Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950
1949

47 (25.11.1949)

Visual Library

WIRTSCHAFTSREVUE

UNABHÄNGIGE EUROPÄISCHE WOCHENSCHRIFT

KURZFASSUNGEN IN FRANZÖSISCHER UND ENGLISCHER SPRACHE: L'ECONOMIE CONTINENTALE · CONTINENTAL ECONOMIC REVIEW

Nr. 47 — 4. Jahrgang · Liz.-Nr. [illegible] · Konstanz/Bodensee, 25. November 1949 · Ausg. D. Preis 50 D-Pfennige

Heute gilt unsere Reportage auf Seite 8 den Fordwerken in Köln. Das Bild hier zeigt die Vorrichtung, in der die einzelnen vorgeformten Bleche zur Karosserie zusammengeschweißt werden. Werkbild Ford

Übertriebene Börsenhausse

Große Kursschwankungen bei gleichbleibend freundlicher Tendenz — D-Mark stabil

Vor neuer Kreditrestriktion? — Seltsame Vorschläge zur Finanzierung des Wohnungsbaues

Wir müssen auch diesmal wieder unseren Bericht mit der Entwicklung an den deutschen Börsen beginnen. Die außenpolitischen Erklärungen Adenauers ließen bereits am Mittwoch voriger Woche die Börsenkurse weiter nach oben gehen. Was sich dann aber am Montag dieser Woche abspielte, war mit bestem Willen nicht mehr zu vertreten. Das war schon keine Hausse mehr. Gäbe es das Wort, so würden wir sagen: Überhausse. Die Montanwerte stiegen an diesem Tage um 8 bis 12¾, Stahlverein z. B. erreichte am Montag einen Rekordkurs von 74½ nach 58 am Freitag, Hoesch 67 nach 57, Klöckner 70 nach 56, Mannesmann 88¾ nach 60, Gutehoffnungshütte 81 nach 70. Von anderen Rekordkursen erwähnen wir Wintershall, das bis zu 70 nach 50 stieg, und Hartmann-Maschinen mit 55 nach 37.

Es konnte nicht ausbleiben, daß solche Übertreibungen schwere Rückschläge brachten. Schon am Dienstag begannen die Kurse nachzugeben, und am Mittwoch ging die Abwärtsentwicklung weiter. Im Düsseldorf setzten am Mittwoch Stahlverein gleich mit 8¾ weniger ein, konnten sich aber dann erholen. Mannesmann setzte mit 8½% weniger ein, die Kohlenwerte dagegen blieben gut behauptet. Zellstoffwerte waren eher schwächer, aber — und nun kommt die Sensation — die Banken haussierten am Mittwoch und konnten ihre Kurse zum Teil um 6¾ verbessern. Die drei früheren Großbanken: Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerzbank stehen jetzt bei 27 (am Mittwoch in Stuttgart) gegen rund 18 am 14. 11. und 17 am 31. 10. Daher scheint bei den beabsichtigten Restriktionsmaßnahmen, die wir noch erwähnen, für eine derartige Hausse in Bankwerten unseres Erachtens nicht genügend Grund vorhanden zu sein. Kehren wir zu den Montanwerten zurück. Stahlverein ermäßigte sich am Mittwoch auf 67, Gutehoffnungshütte auf 73, Rheinstahl auf 60, Mannesmann und Klöckner auf 62,5 und Hoesch auf 60. Auch die Elektrowerte wurden von der Schwäche angesteckt: Siemens ging auf 45 und AEG auf 33 zurück. Sogar die heimischen Werte zeigten an der Stuttgarter Börse am Mittwoch Schwächeneigungen: Daimler 47 gegen 50, Brauerei Wulle 46 gegen 50 (bei Daimler war der Umsatz sogar sehr lebhaft). Im übrigen war die Grundtendenz der Börse freundlich, auch die Festverzinslichen waren gut behauptet, wenn auch ruhig.

Wir wollen hoffen, daß auch die Börse jetzt in etwas ruhigere Bahnen kommt. Wir sind sicher, daß eine auch weiter freundliche Haltung durchaus berechtigt ist. Es sprechen alle Anzeichen dafür, daß die Aufwärtsentwicklung der deutschen Wirtschaft anhält und daß auch nach Weihnachten das Geschäft stetig bleibt. Einen Rückschlag wie im Januar und Februar d. Js. werden wir 1950 nicht erleben. Wenn z. B. heute die Gastwirte und der Tabakhandel über eine erhebliche Flaute klagen, so dürfte dies mit dem früher als üblich einsetzenden Weihnachtsgeschäft hinreichend geklärt sein. Vielleicht war auch das Gaststättengeschäft etwas überzogen. Kurz, die Situation ist keineswegs so kritisch wie vor einem Jahr, als wir um diese Zeit voraussagen mußten, daß bereits das Weihnachtsgeschäft nicht die Erwartungen erfüllen werde und hinterher Rückschläge zu erwarten seien — was dann auch eintraf.

Ruhige freie Warenmärkte

An den freien Warenmärkten verlief das Geschäft ruhig. In Berlin hat sich der Butterpreis weiter ermäßigt, um 2.60 DM je kg. Die Umsätze in München waren allgemein rückläufig. Der Kaffeepreis in Bremen stieg. Eigenartigerweise macht sich noch keine Preissteigerung im Hinblick auf das Weihnachtsgeschäft bemerkbar, nur bei Bohnenkaffee, der ja bekanntlich international in den letzten Wochen stark haussiert hat. Einige Preise: Kaffee in Bremen 32 bis 36 DM für das Kilo geröstet, Butter in Hannover 12 und München 8 DM je kg, Speck 10 DM, Schmalz 8 DM, Kakao in Bremen 7 bis 8 DM.

Devisen unverändert

Auf den freien Devisenmärkten waren in der vergangenen Woche nur geringe Schwankungen zu verzeichnen. Der grüne Dollar ging etwas zurück, der Scrips-Dollar stieg leicht an. In Berlin wurden Dollar und Pfund zu geringerem Kurs angeboten. Der Dollar schwankt zwischen 6.10 und 6.50 DM, das Pfund zwischen 14 und 15 DM und der Schweizer Franken zwischen 1.40 und 1.45, der holländische Gulden steht bei 1.35, die Dänenkrone bei 0.62½, die Schwedenkrone bei 0.90, die norwegische Krone bei 0.55 und für 100 franz. Franken werden 1.55 DM gezahlt. International ist die D-Mark stabil geblieben; in Zürich 68 sfr. für 100 DM, das Pfund neigt zur Schwäche.

Januskopf Soforthilfe

Ehe wir zur Lage in den einzelnen Industriezweigen übergehen, erscheint es uns heute notwendig, ein paar prinzipielle Bemerkungen über gefährliche Tendenzen zu machen. Wir sind in der „Wirtschaftsrevue" nicht müde geworden, vor dem Lastenausgleich und der Soforthilfe zu warnen. Unsere düsteren Prognosen sind eingetroffen: Die Zahlungseingänge aus der Soforthilfe sind gering. Stundungsanträge über Stundungsanträge [illegible] zu großen Haufen — die Wirtschaft kann diese Mittel nicht aufbringen, zumindest ist sie nicht liquide genug dafür. Nun hat aber der Bund größere Kassenvorschüsse von der Bank deutscher Länder für die Soforthilfe bekommen. Diese Gelder sind ausgezahlt worden und der Zahlungsmittelumlauf hat sich nicht unerheblich dadurch erhöht. Man erwägt nun in Kreisen der BdL. neue Kreditrestriktionen durchzuführen. Sollten diese unsere Informationen richtig sein, dann wäre es höchste Zeit, daß die Bundesregierung aktiv wird, um solche Tendenzen sofort zu unterbinden. Die Kreditpolitik der Bank deutscher Länder ist denkbar unglücklich gewesen, und es muß verhindert werden, daß noch einmal ein Malheur passiert wie damals bei der Kreditrestriktion. Die Gesundung der deutschen Wirtschaft fundiert sich immer mehr. Experimente mit Argumenten aus der klassischen Mottenkiste verträgt sie nicht.

Im übrigen ist ja die Soforthilfe nur eine finanztechnische Verlagerung: sie bringt im wesentlichen dem Personenkreis Einnahmen, der bisher größtenteils durch die Fürsorgeämter bereits versorgt wurde. Wir haben seinerzeit, als die Soforthilfe beschlossen wurde, bereits erklärt, daß die Soforthilfe eine Finanzierung der öffentlichen Hand, nämlich eine Entlastung der Fürsorgeetats bedeutet und nicht eine Wiedergutmachung an den Geschädigten.

Zwangssparen – redivivus!

Jedoch kommt man jetzt in einem anderen Zusammenhang auf einen ähnlichen Gedanken: Die Herren der Bundesregierung haben sich stark dafür gemacht, ab 1. Januar 1950 Steuererleichterungen durchzuführen. Daß diese dringend notwendig sind, haben wir in unserem Blatt immer wieder betont (siehe auch den nebenstehenden Leitartikel), und darin ist sich die gesamte deutsche Wirtschaftspresse einig. Die augenblicklichen Steuersätze bremsen die wirtschaftliche Entwicklung, vermindern den Anreiz zur Mehrarbeit und Mehrleistung und verführen zu wirtschaftlich unsinnigen Ausgaben: „denn sie bezahlt ja das Finanzamt". Nun hört man — und man staunt —, daß bei den Bonner Beratungen erwogen wurde, die vorgesehenen Steuerermäßigungen in mehr oder weniger großem Umfange nicht dem Steuerpflichtigen zu belassen, sondern für den Wohnungsbau zu verwenden. Es soll sogar ein derartiger Antrag des zuständigen Bundesministeriums vorliegen — wieder also ein Finanzplan zur Sanierung der öffentlichen Finanzen (siehe Soforthilfe!) diesmal zu Lasten der Kapitalbildung in der Wirtschaft und damit zur Sicherung der Aufwärtsentwicklung und der Hebung des Wohlstandes. Wir begrüßen die Ausführungen, die Bundesminister Wildermuth am Mittwoch über sein Wohnungsbauprogramm im besonderen und über die konjunkturpolitische Wichtigkeit des Bauens im allgemeinen gemacht hat. Jedoch eine derartige Finanzierung des Wohnungsbauprogramms lehnen wir ab. Daß für den Wohnungsbau Kapital beschafft werden muß, ist klar. Ebenso erfreulich ist es, daß, wie Minister Wildermuth andeutete, für Neubauten die Grundsteuer auf 10 Jahre erlassen werden soll. Viel wichtiger aber scheint uns für eine nachhaltige und wirtschaftliche Lösung des Bauproblems: 1. eine der wahren Lage sich anpassende Mietregelung und 2. die Ausnutzung aller technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten zur Baukostensenkung. Würde man die Steuerermäßigungen mit der Kapitalbeschaffung für den Wohnungsbau koppeln, dann würden die günstigen Wirkungen der Steuerermäßigung nicht eintreten. Wie jeder wirtschaftliche Vorgang, so hat auch der Steuererlaß eine psychologische Seite. Alle Nachteile, die sich in dieser Hinsicht gezeigt haben, werden weiter bestehen, wenn die Steuerermäßigungen nicht wieder in die Betriebe gesteckt werden können. Die Zeiten des Zwangssparens erwachen wieder; die Rudimente des dritten Reichs spuken immer noch in den Ministerien. Wie will man Zwangssparen in den Begriff der freien Wirtschaft einbauen?

Schattenseiten der Liberalisierung des Außenhandels

Schließlich sei noch eine Tendenz kurz gestreift, die nicht minder gefährlich ist. Manche Erfahrungen aus der Liberalisierung des Außenhandels haben zu Erwägungen geführt, die deutsche Wirtschaft zu schützen. Diskriminierende Maßnahmen sind uns verboten. Immerhin haben wir aber Ausgleichsabgaben (siehe unsere Glosse über die Obstkonserven-Einfuhr). Die deutsche Wirtschaft ist kapitalarm, kann infolgedessen nicht so rationalisieren, wie entsprechende Industriezweige im Ausland. Aus diesem Grund können — und sind auch — Waren zu wesentlich billigerem Preis nach Deutschland gekommen als wir sie herstellen können. Es ist in diesem Zusammenhang das Bonmot gefallen: Einfuhren wohl, aber mit Vernunft. Man half sich hier und da mit Begrenzungen in der Menge. Eine ideale Lösung ist das nicht. Das Problem ist ernst, aber zu lösen. Jedoch sollte man diese Lösung der gemeinsamen Arbeit der Wirtschaftsverbände überlassen. Je weniger sich hier der Staat einschaltet, um so sicherer wird der Erfolg sein. Übrigens haben die Schweden auch ein nettes Diskriminierungsmittel entwickelt: Trotz genehmigter Einfuhren setzt die Preisbehörde einfach keine Preise fest, so daß, wie wir erfahren z. B. die eingeführten Opel-Wagen nicht verkauft werden können. Eine Preisbehörde macht ihre Sonderhandelspolitik. Wird ein solches System Schule machen?

Produktion steigt

Im allgemeinen sind die Meldungen aus der Wirtschaft weiter günstig. Nach längerer Zeit steht der erste größere Auftrag der Bundesbahn an die westdeutsche Hüttenindustrie bevor; es sollen 30 000 t Schienenmaterial geliefert werden, die 1950 verbaut werden sollen. Der Index der Industrieproduktion im Bundesgebiet ist von 92 im September auf 93 im Oktober (1936 = 100) gestiegen. Immerhin muß man dabei bedenken, daß infolge der erhöhten Bevölkerungszahl jetzt nur 73% der Produktion von 1936 auf den Kopf der Bevölkerung kommt. Die Schuhproduktion im Oktober um 4% gestiegen auf 7,5 Millionen Paar und die Lederproduktion um 7% auf 5000 t. In Bayern hat die Besserung der Wirtschaftslage auch im Oktober angehalten; der Produktionsstand blieb auf der Höhe des Vormonats, aber der Auftragseingang und der Absatz haben sich in einer Reihe von Industriezweigen gebessert. Die Zellstoffindustrie berichtet von einer Entspannung durch die Importbeschränkung, durch erhöhte Ausfuhr und Herabsetzung der Zellstoffpreise. In der feinmechanischen und optischen Industrie macht sich im Inlandsumsatz das Weihnachtsgeschäft bemerkbar und der Export belebt sich wieder. Kautschuk-, Glas-, Keramik- und elektrotechnische Industrie verzeichnen Umsatzsteigerungen. Trotz der auslaufenden Bausaison konnte die Baustoffindustrie ihren Absatz und Auftragsbestand gut halten. Der Produktionsindex in Bayern (ohne Bauwirtschaft) steht auf 131. Auch ein gewisser Rückgang der Zahlungsschwierigkeiten macht sich bemerkbar. Die Zahl der Konkurse und Vergleichsverfahren war im Oktober nur gering.

In Württemberg-Baden erreichte im Oktober der Produktionsindex mit 103.8 einen neuen Nachkriegshöchststand. Die stärkste Produktionsausweitung verzeichneten: Gummi-, Asbest-, Metall- und Schmuckwaren, ebenso die Glasindustrie und der Fahrzeugbau. Auch die Einzelhandelsumsätze in Stuttgart sind im Oktober weiter gestiegen; der Index dafür stellt sich auf 228,7 gegen 193,3 im September und 100 im Mai 1948; bei den Warenhäusern stiegen die Umsätze von 88,7 im September auf 103,6 im Oktober; die Umsätze für Bekleidung stiegen von 477,2 im September auf 646,1 im Oktober!

Die Zahl der Beschäftigten, Arbeiter, Angestellten und Beamten in der Bundesrepublik ist nach neuesten Feststellungen vom 30. 6. 48 bis zum 30. 9. 49 von 13,47 auf 13,6 Millionen gestiegen. In Württemberg-Baden betrug die Zahl der Arbeitslosen Ende Oktober 56 740 Personen; damit wurde der Höchststand vom Juli um 2391 unterschritten. Einen Beschäftigungsrückgang meldet nur das württemberg-badische Handwerk: die Mehrzahl der Handwerksbetriebe sei unterbeschäftigt.

In Nordrhein-Westfalen wird eine Exportbank gegründet, die nach dem Jahre 1953 die Finanzierung des Exports erleichtern soll. Insbesondere will sie die Ausfuhr kleinerer und mittlerer Unternehmungen fördern.

Ob wir es mit unseren „Empfehlungen" hochpäppeln können?

Die hohen Einkommen

Das Schlagwort, daß man das Geld bei den Reichen nehmen muß, ist außerordentlich einleuchtend. Schon deshalb, weil die Armen keines haben, das man ihnen nehmen könnte. In eine Steuertabelle gekleidet, hat das Schlagwort außerdem noch den Vorteil, demjenigen, der es gebraucht, den Heiligenschein sozialer Gewissenhaftigkeit zu verleihen. Und schließlich ist auch nicht zu verachten, daß diese Reichen die wenigsten Stimmzettel haben, so wenig, genau genommen, daß sie bei einer Wahl gar keine Rolle spielen, während die Armen und die Mittleren in der ganz überwältigenden Überzahl sind.

In dieser Nummer:

Geringe Kaufkraft des deutschen Arbeiters

Preise nach der Abwertung

Sorgen der Braunkohle

Benelux als Partner

Und wenn der Marshallplan fehlschlüge?

Schilling abgewertet

Austerity-Lohnpolitik

Ob man also die Sache pragmatisch, sozial oder politisch betrachtet — es spricht alles dafür, die Lasten möglichst alle an die Spitze der Einkommenpyramide zu hängen. Und sich dagegen zu wenden, wird immer äußerst unpopulär sein.

Natürlich: so bedenklich ein Schlagwort sein mag, immer enthält es auch etwas von der Wahrheit. In einem gewissen Maße zumindest ist es richtig. Kein vernünftiger Mensch wird gegen eine progressive Einkommensteuer Einwände erheben wollen. Selbst wer die primitive Nachtwächterkonzeption vom Staat aufrechterhält, wird zugeben, daß der Nachtwächter für einen Mann mit Haus und Hof wichtiger ist als für den Bewohner einer leeren Dachkammer, viel wichtiger sogar, als dem Verhältnis der beiden Einkommen entspräche. Wer überdies eine Auffassung von der sozialen Aufgabe des Staates hat, die ja in Wirklichkeit seine Hauptaufgabe ist, wird weiter gehen und eine scharf progressive Einkommensteuer für angemessen halten. Aber all dies kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß ein Steuersystem nicht nur äußerlich sozial aussehen darf, sondern daß es innerlich leistungsfähig sein muß. Und für die Leistungsfähigkeit eines Steuersystems gibt es Grenzen. Diese Grenzen zu überschreiten, ist nicht sozial, sondern unsozial. Denn durch die Überschreitung dieser Grenzen wird der Ertrag der Steuern, sei es unmittelbar, sei es auf längere Sicht, nicht erhöht, sondern vermindert, es steht sodann für die eigentliche Aufgabe des Staates, nämlich für die soziale, weniger an Mitteln zur Verfügung als anzusetzen. Das ist an sich leicht einzusehen. Wir haben nur kein klassisches Beispiel in einem einzelnen Lande zur Verfügung, weil der technische Fortschritt und seine ökonomischen Resultate diese Rückschläge immer wieder zu überdecken pflegen. Der Vergleich mit einem Lande, das in den letzten 30 Jahren nicht einen solchen Steuerraubbau getrieben hat wie Europa, nämlich mit den USA, zeigt dagegen die Folgen sehr deutlich. Zwar sagt man, Amerika habe den Krieg gewonnen; aber England hat auch den Krieg gewonnen. Und die USA haben im Kriege und nachher (mit allem, was sie a fonds perdu gezahlt haben) weit mehr an Kriegskosten aufgebracht als jedes andere Land und als einige andere zusammengenommen. Es braucht uns dabei nicht vor allem zu imponieren, daß Amerika mächtig und autark ist. Viel wichtiger ist die Höhe der amerikanischen Löhne. Die Kapitalausstattung, die Amerika sich in der Zeit geschaffen hat, in der wir unser Kapital aufzehrten, auf dem Umweg über Steuern und fragwürdige Kreditoperationen in Gehälter von Partei- und sonstigen Beamten, in Uniformen und Gold weiß was steckten, hat dazu geführt, daß der amerikanische Reallohn heute drei bis viermal höher ist als der europäische. Wer war nun sozial — die Amerikaner oder wir? Die Frage kann jeder für sich selbst beantworten.

Diese Überlegung mag schon sehr unpopulär sein, aber was dazu weiter zu sagen ist, ist noch unpopulärer. Es ist nämlich zu sagen, daß die Grenzen der Leistungsfähigkeit eines Steuersystems gerade in der Progression liegen. Es mag zwar für einen Menschen, der ein Einkommen von 300 Mark im Monat hat, wovon ihm noch 30 Mark für allerlei Steuer- und sonstige Lasten abgezogen werden, sehr schwer verständlich sein, daß man einem anderen Menschen, der 20 000 Mark im Monat verdient, davon nicht 17 000 Mark abziehen soll. Denn ihm bleiben im Jahr nur 2100 Mark, dem anderen bleiben immer noch 36 000 Mark, und damit muß man doch leben können. Damit kann man sogar sehr gut leben. Eine andere Frage ist schon, ob man, um 36 000 Mark zu verdienen, ein Risiko auf sich nehmen soll, das ein Vielfaches dieser 36 000 Mark ausmacht. Denn die Produktion — oder das Geschäft — muß ja nicht 36 000 Mark abwerfen, damit dieser Effekt erzielt wird, sondern 240 000 Mark. Um die aber hereinzuholen, wird man schon für 2,4 Millionen produzieren müssen, und dafür braucht man Maschinen, Rohstoffe, noch viele andere Dinge, und es ist noch nicht sicher, ob man in zwei Jahren mit diesen Maschinen noch konkurrenzfähig ist usw. Man kann zum Beispiel in dem einen Jahr die 240 000 Mark verdienen, im nächsten Jahr nichts verdienen, im dritten Jahr 50 000 Mark verlieren. Dann hat man drei Jahre gearbeitet, 36 000 Mark Reingewinn und 50 000 Mark Reinverlust gehabt, insgesamt also 14 000 Mark zugesetzt. Dann war man erheblich schlechter dran, als der Mann mit den 2100 Mark im Jahr.

Das Risiko ist aber nur die eine Seite der Sache. Man braucht noch etwas anderes, nämlich Initiative. Wenn einer, um schließlich sein Reineinkommen von 36 000 auf 40 000 Mark zu steigern, seinen Gewinn von 240 000 auf sagen wir 400 000 Mark steigern soll, dann wird er leicht geneigt sein, es bei 36 000 bewenden zu lassen und nichts mehr zu unternehmen. Davon aber, daß etwas unternommen wird und von der Möglichkeit Kapital zu bilden und investieren, hängt die Steigerung des Volkseinkommens, des Lebensstandards ab.

Das mag genügen, um zu zeigen, daß die erwähnten Grenzen bestehen und nicht wegzudisputieren sind. Sie sind, was Deutschland betrifft, im Kriege, selbst für Kriegsverhältnisse, bestimmt erreicht, nach dem Kriege aber bei weitem überschritten worden. Man erinnert sich, daß vor nicht allzulanger Zeit in Deutschland die Möglichkeit bestand, daß einer, mitsamt der Kirchensteuer, mehr als sein ganzes Einkommen an Steuern abzuführen hatte. Die Überspitzung der Progression hatte sich damit selbst ad absurdum geführt.

Jetzt handelt es sich darum, in der Steuerpolitik wieder Boden unter den Füßen zu gewinnen. Man glaube nicht, daß das möglich ist, ohne auch die hohen Einkommen entsprechend zu berücksichtigen. Die Sätze, auch die höchsten, müssen immerhin so sein, daß es lohnt, steuerehrlich zu sein und doch zu produzieren. Prohibitive Stufen, die sich um 80 Prozent oder so bewegen, führen dazu, daß entweder die Initiative aufhört oder die Steuer hinterzogen wird. An dieser Alternative kann nicht einmal der allmächtige Staat etwas ändern. Verschärft er nämlich die Einhebungsmethoden, wie es jetzt angekündigt ist, so wird er die Initiative überall dort abwürgen, wo sie heute geradezu auf der Basis einer saloppen Steuermoral noch besteht. Dagegen wird er mit einer vernünftigen Steuertabelle nicht weniger Steuern erhalten als bisher, weil das Bedürfnis nach Steuerehrlichkeit auch bei den Sündern groß ist. Auf der andern Seite wird ein Rückgang der Einnahmen bei den hohen Einkommen eintreten, wenn die Ermäßigungen nicht groß genug sind, um die Steuerehrlichkeit wiederherzustellen; dann werden die Sünder wahrscheinlich die Differenz einstecken und weiter Sünder bleiben. Es ist nun einmal eine Tatsache, daß die Ökonomie psychologische Grundlagen hat. Mit Psychologie muß sie daher behandelt werden. Auch für die mittleren Einkommen, mutatis mutandis, gilt einiges von dem, was hier erörtert wurde.

Wir sagten eingangs, daß der höchste Steuerertrag auch der sozialste ist. Er ist es, wenn der weitaus größte Teil davon zur Bewältigung sozialer Aufgaben verwandt wird. Davon sind wir weit entfernt. Zum Zweck der Verwaltung allein ist kein Steuersystem eigentlich sozial. Das Soziale liegt nämlich im Geben, und nicht im Nehmen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK · Baden-Württemberg

Handelsabkommen Deutschland - Japan neu gefaßt

Der Generaldirektor der JEIA, John Logan, hat nach seiner Rückkehr aus Tokio das am 31. Okt. ds. Js. auf japanischer Seite unterzeichnete deutsch-japanische Handelsabkommen den zuständigen westdeutschen Stellen überreicht. Das Abkommen hat Gültigkeit für die Zeit vom 1. August ds. Js. bis zum 31. Juli 1950. In Abänderung des ursprünglichen, nach Tokio gesandten Entwurfes werden die westdeutschen Einfuhren aus Japan insgesamt 8,05 Mill. Dollar betragen, zu denen noch 2 Mill. Dollar unsichtbare Einfuhren einschl. Transportleistungen kommen, so daß sich insgesamt auf der Einfuhrseite ein Volumen von 10,05 Mill. Dollar ergibt. Die Warenliste sieht folgende Importe vor (in Mill. Dollar):

Textilien einschl. Rohseide, Baumwollgarne und Wollerzeugnisse 3,330; landwirtschaftl. Erzeugnisse, einschl. Walöl und Fischmehl 2,000; Textilmaschinen 1,250; NE-Metalle einschl. Kupfer- und Zinkkonzentrate 0,615; Chemikalien 0,275; Holz- und Holzerzeugnisse 0,155; Tee 0,200; Verschiedenes einschl. Papier und Papiererzeugnisse 0,145. Westdeutschland wird nach Japan Waren im Werte von 7,850 Mill. Dollar exportieren. Hierzu kommen Zahlungen für Lizenzen, techn. Beratungen usw. in Höhe von 0,5 und Schiffsfrachten im Betrage von 1,7 Mill. Dollar, so daß die westdeutsche Exportseite einschl. der gesamten unsichtbaren Ausfuhren in Höhe von 2,2 Mill. Dollar insgesamt 10,050 Mill. Dollar aufweist. An Warenausfuhren Westdeutschlands sind vorgesehen (in Mill. Dollar):

Maschinen und Ersatzteile 2,250; Chemikalien und Pharmazeutika 2,000; Steine und Erden 0,100; halbfertige Stahl- und Eisenerzeugnisse 1,000; Wachs 0,100; Kali 1,300; Hopfen 0,600 und Verschiedenes einschl. Bücher 0,500. Das beigefügte Zahlungsabkommen ist auf japanischer Seite am 4. Oktober unterzeichnet worden. Es sieht ein Verrechnungskonto „Bank deutscher Länder" bei der Chase National Bank of the City of New York, Tokyo Branch, vor. Die Saldenhöchstgrenze ist auf 3 Mill. Dollar festgesetzt worden.

Wenn auch das Warenabkommen, das ursprünglich einen Warenaustausch nach jeder Seite von 12 Mill. Dollar vorsah, nunmehr in Tokio reduziert worden ist, so werden die seiner Zeit noch von den Wirtschaftsberatern der Militär-Gouverneure für Westdeutschland gegebenen Unterschriften auch für das modifizierte Abkommen ihre Rechtskraft behalten, so daß das Abkommen nunmehr in Kraft ist.

... mit Pakistan

Am 27. November wird sich eine pakistanische Handelsmission nach Europa begeben, um Deutschland, Belgien, Norwegen, die Tschechoslowakei und andere osteuropäische Länder zu besuchen. In der Tschechoslowakei wird die Mission über den Abschluß eines neuen Handelsabkommens verhandeln, da das alte im vergangenen Monat abgelaufen ist.

Die aus 12 Mitgliedern bestehende Kommission wird geführt von Shujat Hasnie.

... mit Schweden und Dänemark

Die gegenwärtig in Frankfurt/M. geführten Handelsvertragsverhandlungen mit Schweden und Dänemark werden fortgesetzt und dürften erst in der kommenden Woche ihren Abschluß finden.

... mit England

Eine britische Handelsvertragsdelegation wird in Frankfurt/M. für Anfang der kommenden Woche erwartet. Bekanntlich sind in längeren Vorbesprechungen mit einem Vertreter des Handelsamts die Voraussetzungen für die Aufnahme von Verhandlungen mit dem Sterling-Raum geschaffen worden, die zum Ziele haben, den Wirtschaftsverkehr zwischen Westdeutschland und dem Sterling-Raum den allgemeinen Liberalisierungstendenzen anzupassen.

Holländische Teilnahme an deutschen Messen

Die Teilnahme Hollands an allen kommenden Frühjahrsmessen in Deutschland wurde von dem Direktor der niederländischen Handelskammer für Deutschland, H. R. Marius, als unerläßlich für die weitere Ausweitung des holländischen Exports bezeichnet. Marius sprach auf einer Pressekonferenz am 18. November in Den Haag, an der auch der Leiter der ersten ständigen deutschen Wirtschaftsvertretung in Holland nach dem Kriege, Rolf von Kaiser, teilnahm.

Wie Marius ausführte, wird Holland auf der Leipziger Frühjahrsmesse, für die ein Messekontingent in Höhe von 25 000 Gulden vorgesehen ist, mit einem Stand vertreten sein. Für die Frühjahrsmesse in Köln wird eine holländische Kollektivausstellung vorbereitet, die etwa den doppelten Umfang haben soll wie im vergangenen Jahr. Ebenso wird Holland auch an der Frühjahrsmesse in Hannover teilnehmen. Schließlich wird sich Holland an der Frankfurter Frühjahrsmesse beteiligen und zwar besteht die Absicht, einen ständigen holländischen Pavillon mit finanzieller Unterstützung holländischer Exportfirmen in Frankfurt zu errichten.

Marius wies im Verlauf seiner Ausführungen auch auf die bedeutende Erweiterung des holländischen Exportes in das Bundesgebiet seit dem Inkrafttreten des neuen Handelsabkommens mit der Bundesrepublik am 1. September dieses Jahres hin und teilte mit, daß die Handelsbilanz mit der deutschen Bundesrepublik zum erstenmal wieder einen Aktivsaldo für Holland aufweist.

Maßnahmen zur Belebung des Handels mit den USA

Die außerordentlich starke Passivität der Handelsbilanz zwischen Westdeutschland und den USA hat die zuständigen deutschen Stellen veranlaßt, sich seit Oktober mit Maßnahmen zu beschäftigen, die zur Stärkung des deutschen Exports in den Dollar-Raum ergriffen werden können. So steht die Schaffung eines besonderen Ausschusses zur Debatte, der sich die Förderung der Ausfuhr nach den USA und Kanada angelegen sein lassen soll. Dem Außenhandelsbeirat wird auf seiner nächsten Sitzung bereits ein entsprechender Vorschlag vorgelegt werden. Auch auf amerikanischer Seite wird diesem Problem die größte Aufmerksamkeit geschenkt. Offenbar sind Erwägungen im Gange, beim Hohen Kommissar einen Sonderbeauftragten zu bestellen, der sich der Einfuhr westdeutscher Waren nach den USA annehmen soll. Gleiche Maßnahmen werden auch für die anderen europäischen Länder geplant.

•

In Düsseldorf wurde eine Export-Kontor-Kommanditgesellschaft gegründet, die es sich zum Ziel gesetzt hat, den Außenhandel der westdeutschen Exportindustrie mit den USA zu intensivieren. Es ist beabsichtigt, hauptsächlich für mittlere Industriebetriebe, die qualitativ hochwertige, für die USA geeignete Exportgüter herstellen, zu einer Export-Interessengemeinschaft zusammenzuschließen. Die Export-Kontor-K.G. verfügt über eigene Vertretungen in den USA und ist Mitglied der amerikanisch-deutschen Handelskammer in New York.

Importausgleichsgesetz bis 30. Juni 1950 verlängert

Gegen die Stimmen des Importhandels, der Gewerkschaften und der Verbraucher beschloß der Beirat der Importausgleichsstelle bei der VELF, das bis zum 31. Dezember 1949 befristete Importausgleichsgesetz nochmals, jedoch nur bis zum 30. Juni 1950, dem Ende des laufenden Wirtschaftsjahres, zu verlängern. Es bestand Einmütigkeit darüber, daß für die Zeit ab 1. Juli 1950 der Importausgleich grundlegend neu geregelt werden soll.

Für Wiedereinführung eines Export-Bonus

Der Außenhandelsausschuß der IHK Düsseldorf stellte fest, daß die Düsseldorfer Exportwirtschaft zwar nicht in allen Fällen die Preise entsprechend der Abwertung der DM um 20 Prozent gesenkt habe, daß aber doch von allen Seiten ein äußerst starker Druck auf die Preise stattfindet. Die Betriebe sehen sich einem wesentlich verschärften internationalen Wettbewerb gegenübergestellt. Im Rahmen des liberalen Handelsvertrages mit den Niederlanden haben wohl die holländischen Importe nach Westdeutschland lebhaft eingesetzt, dagegen lassen die holländischen Einfuhrlizenzen für deutsche Industrieerzeugnisse noch immer auf sich warten. Die Frage der Gewährung von Ausfall-Garantien und Ausfall-Bürgschaften bei Exportgeschäften ist noch immer nicht gelöst, weil die Zustimmung der Hohen Kommissare zu den hierfür ausgearbeiteten Richtlinien noch aussteht. Für diese Zwecke sind zunächst nur 120 Mill. DM zur Verfügung gestellt worden. Über den größten Teil dieser Summe wurde bereits durch die bisher eingereichten Anträge verfügt. Die Wiedereinführung eines Export-Bonus zum Zwecke der erleichterten Beschaffung von Maschinen, Rohstoffen usw. für die Exportbetriebe wurde von dem Außenhandelsausschuß als wünschenswert bezeichnet.

Verringerung der deutschen Konkurrenz bei Schiffsreparaturen

Eine Verminderung der deutschen Konkurrenz auf dem Gebiet der Schiffsreparaturen erwartet die dänische Zeitung „Berlingske Aften Avis", nachdem Deutschland der Bau größerer Handelsschiffe gestattet worden ist. Die deutschen Werften würden dadurch mit Neubauten so stark beschäftigt sein, daß sie kein Interesse mehr daran hätten, Schiffsreparaturen unter Selbstkosten auszuführen.

Rhein-Zentralkommissionssitzung ohne deutsche Vertreter

An der außerordentlichen Sitzung der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt am 28. November in Straßburg werden nach Mitteilung Duisburger Schiffahrtskreise keine Vertreter der Bundesrepublik Deutschland teilnehmen, da Deutschland bisher noch kein Mitglied der Zentralkommission ist. Die deutschen Interessen sollen durch Vertreter der alliierten Hohen Kommission wahrgenommen werden.

Die Zentralkommission wird sich auf ihrer außerordentlichen Sitzung mit einem holländischen und Schweizer Antrag befassen, die beide eine Überprüfung des in der Mannheimer Schiffahrtsakte geprägten Begriffes der Freiheit der Rheinschiffahrt und seine Anwendung auf den innerstaatlichen Rheinschiffahrtsverkehr fordern.

Geringe Kaufkraft des deutschen Arbeiters

Ein vom amerikanischen Arbeitsministerium vorgenommener Vergleich der Kaufkraft des Durchschnittsarbeiters in 19 verschiedenen Staaten zeigt, daß die Arbeiter Australiens die meisten und die der Sowjetunion die wenigsten Lebensmittel für die gleiche Lohnsumme erwerben können. Die deutschen Werktätigen nehmen den viertletzten Platz in dieser Aufstellung ein.

Der Vergleich wird durch ein Punktsystem erleichtert, bei dem 100 Punkte diejenige Menge Lebensmittel bedeuten, die der Durchschnittsarbeiter in den USA mit der Lohnsumme einer Arbeitsstunde kaufen kann. Danach erhalten: Australien 160, USA 100, Norwegen 88, Kanada 84, Dänemark 80, Großbritannien 71, 69, Finnland 52, Schweiz 51, Israel 51, Tschechoslowakei 48, Chile 36, Frankreich 35, Ungarn 33, Westdeutschland 32, Österreich 23 und die Sowjetunion 18 Punkte.

Bei den Erhebungen wurden allerdings die Unterstützungen nicht berücksichtigt, die verheirateten Arbeitern mit Kindern in Frankreich, Österreich, Italien und Schweden von staatlicher Seite zufließen. Ferner wird betont, daß in dieser Aufstellung die Auswirkungen der Abwertungen noch nicht enthalten sind, die sich im Laufe der nächsten Zeit durch beträchtliche Veränderungen der Lohn-, Preis-Relation bemerkbar machen dürften.

Vorschläge des Stahlvereins

Auslandsbeteiligung und 300 Mill. DM neue Aktien

Die Verwaltung der Vereinigten Stahlwerke ist nach wie vor bereit, im Rahmen des Gesetzes Nr. 75 Vorschläge für eine Aufgliederung des Konzerns auszuarbeiten und vorzulegen, obwohl nach ihrer Auffassung Größe und Aufbau des Konzerns der amerikanischen Anti-Trust-Gesetzgebung nicht widerspreche. Deshalb soll auch der Vorschlag einer Kapitalerhöhung bei der Gesellschaft um 300 Mill. DM mit einer 75%igen Auslandsbeteiligung die Dekartellisierungsabsichten der Alliierten in keiner Weise beeinträchtigen. Die Kapitalerhöhungsvorschläge lassen sich vielmehr sinngemäß auch auf kleinere Werksgruppen übertragen, die aus den Vereinigten Stahlwerken gebildet werden könnten. Im Gegensatz zu irrigen Auffassungen, die bei dem Bekanntwerden der Vorschläge des Unternehmens entstanden, handelt es sich hier nicht um einen festumrissenen Plan, sondern lediglich um einen Beitrag zu den Erörterungen über die Möglichkeiten ausländischer Kapitalinvestitionen in Westdeutschland. Die Vorschläge sind also als ein Versuch anzusehen, an Hand eines praktischen Beispieles Ansatzpunkte für eine internationale Verflechtung der Montanindustrie zu finden. Dabei sollen die Ansprüche der Alliierten auf Sicherheit berücksichtigt werden, wie auch den Forderungen auf eine Beteiligung der öffentlichen Hand Rechnung getragen werden soll. Daher ist auch in den Vorschlägen vorgesehen, daß von den 300 Mill. DM neuer Aktien, die nach einer Auslandsbeteiligung von 225 Mill. DM verbleibenden 75 Mill. DM von der öffentlichen Hand übernommen werden. Man denkt hier jedoch nicht an die Beteiligung von Ländern oder des Bundes, sondern an eine Aktienübernahme durch westdeutsche Kommunen im Arbeitsbereich der Gesellschaft (Düsseldorf, Essen, Bochum, Dortmund), um unerwünschte Einflußzusammenballungen zu vermeiden. An dem bisherigen Kapital des Stahlvereins ist die öffentliche Hand bereits beteiligt, denn das frühere Thyssen'sche Aktienpaket ist inzwischen in den Besitz des Landes Nordrhein-Westfalen übergegangen. Der Einfluß der Arbeitnehmer soll durch eine stärkere Vertretung dieser Kreise im Aufsichtsrat der Gesellschaft gesichert werden.

Alle diese Vorschläge gehen anscheinend auf schon lange innerhalb der Verwaltung der Vereinigten Stahlwerke im Gange befindliche Überlegungen zurück, auf welche Weise der dringendste Investitionsbedarf des Unternehmens gedeckt werden könnte. Allein die Kriegsschäden im Bereich des Konzerns belaufen sich auf rund eine Mrd. RM dazu kommt, daß der Konzern am stärksten durch die Demontage in der Stahlindustrie betroffen wurde. Werte von rund 400 Mill. DM gingen bereits durch die bisherigen Abbaumaßnahmen verloren. Da die Beschaffung ausländischer Mittel für den Wiederaufbau auf dem inländischen Kapitalmarkt zur Zeit unmöglich erscheint und die Bereitstellung ausländischer Kredite durch die bereits vorliegende Anleihebelastung der Mehrzahl der Anlagewerte erschwert ist, kam man bei den Überlegungen zu den bekannten Kapitalerhöhungsvorschlägen. Durch eine solche Erhöhung des Aktienkapitals um 300 Mill. DM könnte natürlich nur ein Bruchteil der eingetretenen Kriegs- und Demontageschäden beseitigt werden.

Volkswagenexport

Wettbewerb mit Renault und Morris

Der Kleinwagen mit einem Hubvolumen von Maximal 1200 ccm Hubvolumen wurde vom Generaldirektor des Volkswagenwerkes, Heinz Nordhoff, in einem Interview als das künftige Standardkraftfahrzeug in Europa bezeichnet. Außer dem deutschen Volkswagen müßten hier vor allem die Kleinwagen der französischen Renault-Werke und des britischen Unternehmens Morris beachtet werden, die auch auf dem deutschen Markt in absehbarer Zeit dem Volkswagen Konkurrenz machen könnten.

Der Export von deutschen Kraftfahrzeugen wird nach Nordhoffs Angaben nicht durch Absatzschwierigkeiten, sondern durch die Dollarklausel behindert. Nur in der Schweiz sei die Fakturierung in Landeswährung gestattet, dort sei auch der Absatz des Volkswagens seit September 1948 größer als der aller anderen ausländischen Fabrikate.

Der Bedarf des bisher belieferten Auslandes an Volkswagen für 1950 würde von Nordhoff auf mehr als 12 000 Stück beziffert. Für das laufende Jahr rechnet das Volkswagenwerk mit Einnahmen von rund fünf Millionen Dollar aus dem Exportgeschäft. Im November sollen rund 800 Wagen exportiert werden. Bestellungen auf den neuen VW-¾ t Lieferwagen, dessen Export Mitte nächsten Jahres anlaufen soll, sind inzwischen von skandinavischen, holländischen, belgischen und schweizerischen Interessenten eingegangen.

•

Wie wir aus gut unterrichteter Quelle erfahren, soll Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhard beabsichtigen, das Volkswagenwerk zu reprivatisieren. Eine dahin gehende Vermutung, die wir vor einigen Wochen äußerten, findet nun ihre Bestätigung.

Diamantenindustrie treibt kein Lohndumping

Zu den Anschuldigungen der Diamantenindustrien in Amsterdam und Antwerpen, daß die deutsche Diamantenindustrie, wie bereits auch vor dem Kriege, auch jetzt wieder ein Lohndumping durchführe, erfahren wir von Fachkreisen, daß dies nicht der Fall sei. Die deutschen Kreise betonen, daß der deutsche Diamantenhandel bereits vor und auch nach 1933 Verhandlungen mit der niederländischen und belgischen Diamantenindustrie und mit der Diamond Trading Company in London über die in der Diamantenindustrie äußerst wichtige Lohnfrage geführt habe, die damals zu einer allgemeinen Verständigung in dieser Frage führten. Auch nach Ende des zweiten Weltkrieges sei die deutsche Diamantenindustrie bestrebt gewesen, neue Verhandlungen zu führen, jedoch seien diese Verhandlungen von Belgien, den Niederlanden und Großbritannien boykottiert worden. Gegenwärtig beschäftige die westdeutsche Diamantenindustrie nur etwa 20 bis 30 Prozent der Arbeitskräfte vor dem Kriege, schon aus dieser Tatsache heraus sei ein deutsches Diamantendumping nicht möglich. Gegenwärtig würden hauptsächlich Lohnaufträge aus außereuropäischen Ländern durchgeführt, da die Auftraggeber aus den Niederlanden, Belgien und auch zum Teil aus Großbritannien bei Vergebung von Aufträgen nach Westdeutschland damit rechnen müßten, auf die sogenannte „schwarze Liste" zu kommen.

Wie uns weiter mitgeteilt wird, könne von einem Schmuggel oder Schleichhandel in Diamanten keine Rede sein, sondern es sei vielmehr so, daß die deutsche Diamantenindustrie besondere Schleifformen anwende, die in den Niederlanden und Belgien nicht durchgeführt werden können. Abschließend wurde erklärt, daß es die deutsche Diamantenindustrie begrüßen würde, wenn sie wieder im größeren Maße mit Antwerpen und Amsterdam geschäftliche Beziehungen unterhalten könnte.

Verdreifachung der Schäden in der Haftpflichtversicherung

Seit der Währungsreform steigt in der allgemeinen Haftpflichtversicherung die Anzahl der gemeldeten Schäden laufend an. Aus einer Statistik des für alle drei Westzonen maßgebenden Verbandes der Haftpflicht-, Unfall- und Kraftverkehrsversicherer ergibt sich, daß sich die Stückzahl der gemeldeten Schäden im Juli 1949 gegenüber der Stückzahl im Juli 1948 verdreifacht hat.

Der durchschnittliche Schadenaufwand pro Einzelschaden hat sich im ersten Halbjahr 1949 gegenüber dem Friedensjahr 1938 ebenfalls annähernd verdreifacht.

Da die Schadenhäufigkeit den Friedensstand nahezu erreicht hat, wird es verständlich, daß die in den Jahren 1930 — 1933 kalkulierten Haftpflichtprämien nicht mehr ausreichen.

Preise nach der Abwertung

Die sich aus den Währungsabwertungen für die deutsche Industrie ergebende Lage ist noch keineswegs geklärt. Auf einer Sitzung der Vorsitzenden und Geschäftsführer der Exportausschüsse des VWG wurde von sämtlichen Industriezweigen übereinstimmend erklärt, daß die Preissituation sowohl in Hart- wie in Weichwährungsländern z. Zt. noch völlig undurchsichtig sei. Damit verbietet sich auch jede Prognose über die Entwicklung des Ausfuhrgeschäftes in der nächsten Zukunft.

Von besonderer Bedeutung für die Maschinenindustrie ist das Verhalten der hauptsächlichen europäischen Konkurrenzländer: Großbritannien, Schweden, Schweiz, Italien, Belgien und Frankreich. In diesem Zusammenhang interessiert eine Erklärung des britischen „Board of Trade", in der es u. a. heißt:

„Die Kursveränderung schafft einen starken und direkten Anreiz für Ausfuhrfirmen, in Dollarmärkte zu exportieren. Wenn die Exporteure erkennen, daß sie durch Ausnutzung des neuen Kursverhältnisses ihre Dollarverkäufe stark vergrößern können, dann müssen sie alles tun, um dieses Ziel zu erreichen, auch wenn auf anderen Märkten Boden verlorengeht".

„Nichts kann unsere Exporteure daran hindern, ihre Sterlingpreise dort zu erhöhen, wo sie bereits einen sicheren Dollarmarkt haben, damit etwa der gleiche Dollarbetrag wie früher erreicht wird. Das allem voranstehende Kriterium ist die Notwendigkeit, die Dollarverträge auf das Höchstmaß zu steigern".

Aus dieser Verlautbarung der für den Ausfuhrhandel verantwortlichen britischen Behörden ist ersichtlich, daß Großbritannien alle Anstrengungen machen wird, um das bisherige Exportgeschäft, insbesondere in die Dollarländer, zu halten bzw. nach Möglichkeit auszudehnen.

Über diese Mitteilung hinaus verlautet aus London, daß über eine etwaige Notwendigkeit von Preiserhöhungen für die Maschinenindustrie Großbritanniens erst dann etwas gesagt werden kann, wenn die Frage der Lohnforderung eine endgültige Entscheidung erfahren hat. Eine Äußerung des britischen Finanzministers besagt, daß als unmittelbare Folge der Abwertung die Lebenshaltungskosten anziehen werden. Die Steigerung wird von der Zeitschrift „Economist" auf mindestens 5 bis 7,5 Prozent geschätzt. In der Zwischenzeit schließt die britische Maschinenindustrie ihre Verträge im allgemeinen mit Preisvorbehaltsklauseln ab.

Bezüglich der Preisentwicklung für die nächste Zukunft ist gleichfalls eine Mitteilung aus **Schweden** aufschlußreich. Es heißt darin, daß man ohne Zweifel schon heute konstatieren könne, daß die nordamerikanische Maschinenindustrie aus preislichen Gründen für Schweden nur noch als Lieferant von Spezialmaschinen in Frage komme. Man rechnet allerdings mit einer Reduzierung der Dollarpreise der amerikanischen Maschinenfabriken. Die bisherigen **deutschen Maschinenpreise** stellen sich für den schwedischen Käufer um rund 14 Prozent höher. Es besteht der Eindruck, daß auf einigen Fachzweigen des Maschinenbaus diese Preiserhöhung für den schwedischen Käufer gegenüber den augenblicklichen englischen Preisen schon zu Schwierigkeiten führen kann. Auf anderen Gebieten, z. B. Schwerwerkzeugmaschinen, dürfte die Preiserhöhung ohne weiteres in Kauf genommen werden.

Aufgaben der Rationalisierung

Hauptversammlung des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute

Zahlreiche technische, wissenschaftliche und allgemein interessierende Ausführungen über das Gebiet der Eisen- und Stahlerzeugung wurden auf der am 17. und 18. November in Düsseldorf stattgefundenen diesjährigen Hauptversammlung des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute in Düsseldorf gemacht, weitgehend standen dabei bei diesen Ausführungen Aufgaben der Rationalisierung in der Eisen- und Stahlerzeugung zur Erörterung. Als die kurzfristig zu erreichende nächste Aufgabe der Eisenindustrie wurde die Forderung aufgestellt: mehr denn je müsse so gut und so billig wie möglich produziert werden. Ingenieure, Meister und Arbeiter müßten in den Betrieben eine echte Leistungsgemeinschaft bilden. Im Rahmen der Rationalisierung im großen wird die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß die Stahltreuhänder ihre sicherlich nicht einfache Aufgabe, Werkgebilde mit optimaler Leistungsfähigkeit zu schaffen, zum guten Erfolge bringen werden. Die innere Rationalisierung wird jedoch als nicht minder wichtig angesehen. Alle technischen Möglichkeiten kostensenkender Art sind auszuschöpfen.

In diesem Rahmen liegt auch, daß das Gebiet der Forschung durch die wiederhergestellte Arbeitsfähigkeit des Max-Planck-Institutes für Eisenforschung ein neues Rüstzeug erlangt hat, und daß auch bei den Werken wieder der Werkstoffüberwachung und -entwicklung ein weiterer Platz eingeräumt werden konnte. Eine Rationalisierung ist auch schon deshalb notwendig, um zu erreichen, daß sich die deutschen Erzeugungs- und Kopfleistungszahlen im internationalen Stand erneut anpassen können. Die Kopfleistung in t/Mann und Jahr ist in den verschiedenen westeuropäischen Eisenländern sowie in USA heute höher als vor dem Kriege, mit Ausnahme von Westdeutschland. Das Zurückbleiben der deutschen Erzeugungs- und Kopfleistungszahlen ist durch Vorkriegs- und kriegsbedingte Überlastung der Werksanlagen, durch Kriegsschäden, durch Mangel an Instandhaltungsmöglichkeiten, durch Demontage, durch Unterbrechung der Investitionen und sonstige Umstände bedingt.

Erfahrungsaustausch im Marshall-Plan

Der Erfahrungsaustausch zwischen den Ver. Staaten auf der einen und den Ländern des Marshall-Planes auf der anderen Seite gewinnt nach den ersten Anlaufschwierigkeiten allmählich feste Formen und ist dabei, seine Basis ständig zu erweitern. Es gibt jetzt ungefähr 30 verschiedene Zweige in der industriellen und der agrarischen Produktion, auf denen technische Informationen ausgetauscht werden. Etwa 200 Fachleute aus den Marshall-Plan-Ländern befinden sich ständig zu kürzerem oder längerem Studienaufenthalt in den Ver. Staaten, um amerikanische Fabrikations- und Produktionsmethoden kennenzulernen. Die ECA-Verwaltung hat für diesen Zweck in diesem Jahr 13,5 Mill. Dollar ausgeworfen, mehr als doppelt soviel wie im Vorjahr.

Als weit gestecktes Ziel liegt dem gegenseitigen Erfahrungsaustausch der Gedanke zugrunde, die Arbeitsleistung pro Arbeitsstunde in den westeuropäischen Ländern in entscheidender Weise zu erhöhen, im Hinblick darauf, daß die Starthilfe, die der Marshall-Plan für Westeuropa bedeutet, einmal — und zwar in nicht allzu langer Zeit (1952) — ihr Ende findet. Es ist kein Geheimnis, daß in vielen Industriezweigen und auch in der Landwirtschaft der Ausstoß pro Arbeitsstunde — also der Arbeitseffekt — in den Ver. Staaten über demjenigen in Europa liegt. In welchen Fällen und in welchem Umfange sich amerikanische Arbeitsmethoden nach Europa verpflanzen lassen, wird in jedem einzelnen Falle zu untersuchen sein und erprobt werden müssen.

In Kreisen der ECA-Verwaltung hebt man hervor, daß der Erfahrungsaustausch gar nicht so „einseitig" verlaufe, wie man zunächst annehmen könnte, sondern daß in verschiedenen Fällen von den europäischen Besuchern Anregungen ausgegangen seien, die zu Verbesserungen in den amerikanischen Fabriken geführt haben.

Zur Zeit sind etwa 200 amerikanische Fachleute auf den verschiedensten Gebieten in europäischen Marshall-Plan-Ländern und den Kolonialgebieten tätig, um dort als technische Berater bei einzelnen Projekten zu fungieren. Amerikanische Fachleute sind z. B. in Westdeutschland und in Italien als landwirtschaftliche Berater tätig, in Belgien in der Milchwirtschaft, in der Türkei im Kohlen- und Salzbergbau, in Griechenland auf den verschiedensten Gebieten, z. B. in der Wasserwirtschaft, im Erzbergbau, im Verkehrs- und Nachrichtenwesen.

Lohnender Metallschmuggel

Wir wiesen bereits Mitte dieses Jahres auf die glänzenden Gewinne hin, die bei einem Schmuggel von Metallen aus der Ostzone oder aus Ostberlin nach dem Westen Deutschlands zu erzielen sind. Diese Verhältnisse sind eine notwendige Folge des Ost-West-Gefälles der Metallpreise in Verbindung mit dem unterschiedlichen Wert der Ost- und Westmark. Seitdem ist der Anreiz zu solchen Schmuggelgeschäften erheblich gewachsen. Im Westen Deutschlands hat man die Anpassung an die Weltmarktpreise für Metalle vorgenommen, während man im Osten konsequent an den künstlich niedrig gehaltenen Kriegspreisen festhält. Der Erfolg dieser „Wirtschaftspolitik" zeigt sich jetzt in eklatanter Weise. In einer Leserzuschrift der SED-Betriebsgruppe Deutsche Messingwerke in Berlin-Niederschöneweide an die „Tägliche Rundschau" wird jetzt darauf hingewiesen, daß die Ostpresse zahlreiche Inserate von Westfirmen enthalte, in denen sich diese Firmen anbieten, Alt- und Buntmetalle anzukaufen. Nicht durch diese Inserate wird die erschreckende Zunahme der Metalldiebstähle in Ostdeutschland und Ostberlin ausgelöst, wie die Leserzuschrift meint, sondern durch die völlig fiktive Festsetzung der Metallpreise in der sowjetischen Besatzungszone, einschließlich Ostberlins, die direkt zu solchen Diebstählen anreizen muß. Darüber hinaus ist es natürlich auch für den Besitzer auf reellem Wege erworbener Metalle ein lohnendes Geschäft, diese nach dem Westen zu verkaufen, was allerdings auch nur möglich ist, wenn man die Zwangswirtschaftsbestimmungen der Ostzone mißachtet. Der Gewinn ist jedenfalls bei dem gegenwärtigen Umrechnungskurs zwischen Ost- und Westmark groß genug, den Metallschmuggel als sehr lukratives Geschäft erscheinen zu lassen. Er wäre es schon bei einer Bewertung der beiden Währungen 1:1, wie aus der nachstehenden Zusammenstellung deutlich hervorgeht.

Metallpreise

je 100 kg	Ostzone Ostmark	Westzone Westmark	Gewinn in DM Kurs 1:6	in %
Kupfer	14,00	184,00	[illegible]	[illegible]
Blei	22,00	116,00	[illegible]	[illegible]
Zink	21,00	109,00	[illegible]	[illegible]
Zinn	310,00	898,00	[illegible]	[illegible]
Aluminium	177,00	173,00	[illegible]	[illegible]

Natürlich sieht der SED-Betriebsrat der Deutschen Messingwerke nur die äußere Auswirkung einer Wirtschaftspolitik, der er und die Bewohner der Ostzone so manche Benachteiligung zu verdanken haben, ohne sich Gedanken darüber zu machen, wo die wahren Ursachen solcher Erscheinungen zu suchen sind, wie die zunehmenden Metalldiebstähle in der Ostzone und in Ostberlin.

WIRTSCHAFTSREVUE - VERLAG G.m.b.H., Konstanz a. B. · Karlsruher Büro: Karlsruhe Bd., Veilchenstr. 25. Karlsruher Redaktion: Dr. Hans Heiser. Zuständiges Verlagspostamt Ettlingen/Baden. Bezugspreis ¼jährl. DM 6.—, zuzügl. Zustellgebühr. Anzeigenannahme: Karlsruhe, Veilchenstr. 25. Anzeigenpreise: Textanzeigen: die 58 mm breite Millimeterzeile DM 1.—; Anzeigenteil: die 28 mm breite Millimeterzeile 35 Dpf., Klein-(Kompreß)-Anzeigen 40 Dpf.; Stellengesuche 30 Dpf. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 4 gültig. — Satz und Druck: Badendruck G. m. b. H., Karlsruhe. Jede mit Namen des Verfassers versehene Veröffentlichung stellt lediglich dessen Privatmeinung dar. Nachdruck oder sonstige Veröffentlichung nur mit Genehmigung der Redaktion; wissenschaftliche Verwertung nur mit Quellenangabe.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Sorgen der Braunkohle

Der Braunkohle wird nicht recht geglaubt, daß sie schwere Sorgen hat. Ihre konstante Aufwärtsentwicklung in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg, die krisenfeste Haltung in der Zeit um die bösen Jahre 1930, der seitweilig recht lukrative Einsatz in der Kraftstoffwirtschaft, die Aussicht in der Treibstoffherstellung eine besondere Rolle zu spielen, die ausgewiesene Ansammlung von Reserven für Neuaufschlüsse und Umstellung auf den Tiefbau, der sich als größer herausstellende Umfang der Braunkohlenlager, das Fehlen eines Nachwuchsproblemes, alle diese Tatsachen haben den Eindruck entstehen lassen, daß die Braunkohle — ein bisher ausschließlich Deutschland interessierender Wirtschaftszweig — eine recht feste Stütze unserer Volkswirtschaft sei. Die besonders nach Beendigung des Krieges von der Braunkohle erhobenen Warnungen, ihre Hinweise auf die vollständig veränderten Umstände, finden deshalb nicht recht Verständnis. Ihre feste Eingliederung in die Nachkriegs-Kohlenwirtschaft hat zudem nicht dazu beigetragen, daß gegenüber den Sorgen des größeren Bruders, der Steinkohle, ihre Zukunftsbefürchtungen recht zum Ausdruck kamen. So erlebt die rheinische Braunkohle, die durch das Verschwinden der mittel- und ostdeutschen Reviere hinter dem Eisernen Vorhang heute nolens volens die Braunkohle in Deutschland präsentiert, Planungsversuche verschiedenster Art, die den Anschein erwecken, als ob die Braunkohle so bewirtschaftet werden könne wie in guten alten Zeiten.

Demgegenüber beginnt sich die Braunkohle zur Wehr zu setzen. Sie hat zunächst durch den Währungsschnitt ihre Reserven verloren. Sie hat weiter infolge der Kriegsproduktion allen Ausbau zurückstellen müssen. Sie wirtschaftet unter Verschleiß der für sie so wichtigen Apparatur und durch Einsatz von außerordentlich vielen Menschen — weitgehend mußten Leute, meist hochqualifizierte Fachkräfte, aus den östlichen Revieren untergebracht werden — sie wirtschaftet also schlechter als früher und vor allem, sie steht plötzlich vor der Tatsache, daß die bisher gutgehaltene Produktion absinken muß, weil die bisherigen Förderstätten auskohlen und Neuaufschlüsse nur wenig vorhanden sind, so daß die Tagebaulager der Erschöpfung entgegengehen und die technisch so außerordentlich schwierige Aufgabe des Tiefbaues beschleunigt gelöst werden muß.

Sondergesetzgebung für die rheinische Braunkohle

Der rheinische Braunkohlenbergbau steht nun vor der Tatsache, daß seine Landesregierung dem Landtag Gesetzentwürfe zur Annahme vorlegt, die nicht nur reichlich eine Sonderstellung für die rheinische Braunkohle schaffen werden. Die Entwürfe betreffen:

a) eine Gesamtplanung im rheinischen Braunkohlenbergbau,
b) Änderung berggesetzlicher Vorschriften,
c) die Errichtung einer Gemeinschaftskasse.

Da zugleich dem Landtag ein weiterer Gesetzentwurf vorliegt, ist es zunächst nicht klar, wie diese „Sonderplanung für die Braunkohle" mit der Landesplanung vereinbart werden soll. Motiv für die Sondergesetzgebung ist die „Rekultivierung", die nunmehr von Staats wegen planend und mit erheblichen Mitteln der Braunkohle durchgeführt werden müsse, um Versäumtes aufzuholen und Gefahren vorzubeugen.

Nun liegen an sich schon seit 1932 behördliche Richtlinien für die Einebnung und Urbarmachung von Tagebauen vor (zuletzt 1940 neu gefaßt). Diese Richtlinien haben sich in der Praxis bewährt und werden auch nicht bemängelt. Man glaubt aber für ihre Durchsetzung eines neuen (recht beachtlichen) Verwaltungsapparates zu bedürfen. Es wird nicht behauptet, daß die Braunkohle Verfehlungen begangen habe, wohl aber wird bemängelt, daß eine vorausplanende Zusammenarbeit der Gesellschaften fehle. Entscheidend für jede wirtschaftspolitische Beurteilung aber ist es, daß der Gedanke an eine Selbstverwaltungsorganisation — das Beispiel des Ruhr-Siedlungsverbandes stünde etwa als Vorbild zur Verfügung — den Autoren der Gesetzentwürfe, dem Regierungspräsidenten Köln und der Landesverwaltung, nicht gekommen ist. Kein an sich erstaunliches Zeichen, aber doch ein Zeichen, wie wenig dem Staatsbürger heute von der Bürokratie getraut wird, besonders wie gern man Beratungs- und Begutachtungsinstanzen der Öffentlichkeit umgeht.

Zunächst also die Rekultivierung! Nach der Reichsstatistik hatte der deutsche Braunkohlenbergbau 1936 seit 1880 rund 46 000 ha Land in Anspruch genommen, von denen damals 16 000 ha noch bergbaulich benützt wurden, 21 000 ha waren der Nutzung zurückgegeben worden, etwa 9000 ha waren noch nicht wieder nutzbar gemacht worden. Im rheinischen Braunkohlenbergbau waren 1930 etwa 4200 ha vom Bergbau in Anspruch genommen worden, von denen 810 ha wieder rekultiviert waren. Bis 1940 sind rund 7500 ha in Anspruch genommen worden, von denen 2500 ha der Rekultivierung zugeführt worden sind, während 4300 ha noch bergbaulich genutzt werden. Die Rekultivierung dieser 2500 ha erfolgte zu etwa 1500 ha forstwirtschaftliche, im Rest für landwirtschaftliche Zwecke sowie für Obst- und Gartenland.

Diese Rekultivierung in dem der Auskohlung zugehenden südlichen Teil des Reviers zeigt auch nach Ansicht der kontrollierenden Bergbehörde annehmbare Erfolge. Die erhebliche Umwälzung des Bodens hat völlig neue bodenkundliche Verhältnisse geschaffen. Besonders die einzigartige Auflockerung hat eine normalerweise unbekannte Durchlüftung des Bodens mit sich gebracht, dazu zunächst völliges Fehlen von Bodenschädlingen. Die allmählich erfolgende Neuimpfung des Bodens mit Bakterien führt zu einem Pflanzenwuchs, der im Anfangsstoß überrascht und die Anpflanzungsversuche der Gruben vor neue Probleme stellt, um vor allem möglichst schnell eine neue Mutterbodenschicht zu schaffen. Nun hat der Zwang zu verstärkter Produktion seit 1938, wie zugegeben wird, die Rekultivierung ein Jahrzehnt zurücktreten lassen. Auch befinden sich im Liegenden einiger Gruben erhebliche Tonmengen, die für die recht bedeutende Tonindustrie des Reviers noch nutzbar gemacht werden müssen. Endlich müssen Tagebaue offengehalten werden, um die erheblichen Abraummengen der im Norden neu aufzuschließenden tieferen Tagebaue aufzunehmen, so daß sogar der Gedanke der Grundwassersoen-Landschaft problematisch wird. Immerhin ist sich der Braunkohlenbergbau der Verpflichtung, keine Mondlandschaft zu hinterlassen, bewußt, er will durchaus dafür sorgen, daß das alte Erholungsgebiet der Vorgebirgswaldungen wieder hergestellt wird. Das soll man aber nicht in Form einer „Führungsbehörde" tun.

Das Bergbaugesetz und die Bergaufsicht sollen nach den Entwürfen für einen Teil des deutschen Kohlenbergbaus gelockert werden und das rheinische Braunkohlenrevier aus dem Bergrecht insoweit herausgenommen und unter Aufsicht der Mittelinstanz der allgemeinen Verwaltung gestellt werden. Bestimmungen über Strafen beispielsweise sind kein Zeichen eines Vertrauens, sondern ein Überbleibsel einer vergangenen autoritären Wirtschaftsregelung. Die Braunkohle schlägt demgegenüber vor, die Richtlinien von 1940 mit formeller Gesetzeskraft auszustatten und dem Gedanken der Selbstverwaltung Reverenz zu erweisen durch Schaffung einer Selbstverwaltungsorganisation, die in Zusammenarbeit mit der Bergbaubehörde und in Verbindung mit der Landesplanung die Zukunftsplanung für das Revier übernimmt. Der im Gesetzentwurf vorgesehene „Braunkohlenausschuß" entspreche diesem Gedanken auf keine Weise, denn von 29 Mitgliedern könne man dem Bergbau höchstens die je 2 Vertreter der Unternehmer und der Gewerkschaften, vielleicht der Energieversorgung und den Vertreter der Steinzeugindustrie zurechnen. Auch das zu schaffende Planbüro bei der Kölner Regierung werde eine neue behördliche Stelle, die zudem recht unbeschränkt über die Geldbeiträge des Braunkohlenbergbaus verfüge. Auch eine Solidarhaftung für Versäumnisse einzelner müsse abgelehnt werden. Endlich sei die Höhe der für die Gemeinschaftskasse aufzubringenden Beiträge (1 Pfg. je t Förderung bzw. eine weitere Umlage, auf jeden Fall eine Mindestsumme von 1 Mill. DM) im Hinblick auf die Zukunftsaufwendungen des Bergbaus für die Tiefbauerschließung nicht tragbar. Gemeinschaftsaufgaben würden zweckmäßigerweise in Gemeinschaftsorganen erledigt. Dazu wird man die Braunkohle fragen müssen, was sie denn selbst zu tun gedenkt, um unerwünschte obrigkeitliche Regelungen abzuwehren und wichtigen Aufgaben nachzukommen. Als erstes würde es wohl notwendig sein, daß die Braunkohle mit der Schaffung einer Selbstverwaltung Ernst macht, die in Arbeitsgemeinschaft ihrer Mitglieder und unter öffentlicher Kontrolle verbindlich für alle, Erschließungspläne aufstellt und Projekte für die Rekultivierung ausarbeitet. Es würde wichtig sein, einer solchen Selbstverwaltungs-Organisation Autorität gegenüber den Mitgliedern zu geben. Auch in Düsseldorf fühlt man sich bei dieser Sache nicht ganz wohl, denn die Vorschläge des Kölner Regierungspräsidenten mußten mehrfach geändert werden. Der Landtag muß ferner bedenken, daß eine solche Sondergesetzgebung später zu Differenzen mit der Bundesgesetzgebung führen muß, spätestens in dem Fall, daß die Ostzone mit ihren reichen Braunkohlengruben einmal wieder ein deutscher Bergbauzweig wird.

Der Tatendrang der Kölner Behörde geht aber weiter. Ein vom Land erteilter Auftrag, Vorschläge zur Bildung eines wasserwirtschaftlichen Verbandes im Flußgebiet der Erft, des Hauptvorfluters im rheinischen Braunkohlengebiet, soll in ähnlicher großzügiger Form (Beispiel wohl die Emscher-Genossenschaft) erledigt werden. Die Braunkohle würde damit den Anforderungen zweier Gremien ausgesetzt sein, die allein im Interesse der Landesplanung von ihr Mittel und Arbeit erwarten. Dazu käme die allgemeine Bergaufsicht und die Stellung zur Deutschen Kohlenbergbau-Leitung. Eine Stelle zum Ausgleich der vielen Planungsanforderungen würde dann wohl ein Haupterfordernis werden. Aber entspricht diese emsige Verwaltungsarbeit den Bedingungen heutiger Wirtschaftsleitung? Wing Reglementierung nicht einmal wieder größer geschrieben als Arbeit?

Neugliederungen nach Gesetz 75

Sorgen bereitet auch die Stellung der rheinischen Braunkohle bei der Neugliederung des Kohlenbergbaus. Man ist sich nicht klar darüber, ob der Braunkohlenbergbau unter das Gesetz 75 fällt. So erwähnt der Anhang A) wohl das Rheinische Braunkohlen-Syndikat, — das aber seit 1943 nicht mehr besteht — als eine Gruppierung, die dem Verbot übermäßiger Konzentration unterfalle. Der Braunkohlenbergbau selbst oder seine Gesellschaften werden aber nicht erwähnt, wenn man von der Anführung des RWE im Anhang B) absieht. Das RWE Essen ist allerdings erheblich beteiligt an der Roddergrube A.-G., Brühl, der Rheinischen Braunkohlen-A.-G. in Köln, der Biag Zukunft A.-G. in Weiswiler und den Niederrheinischen Braunkohlenwerken A.-G. Frimmersdorf.

Auch das Ruhrstatut erfaßt die rheinische Braunkohle nicht direkt, sondern nur über die Befugnis der Ruhrbehörde, den Kohlenabsatz überhaupt zu regulieren und zu überwachen. So vertritt man in Braunkohlenkreisen die (nicht unbestrittene) Ansicht, die autoritativ nicht geklärt ist, daß infolge der Nichterwähnung im Gesetz 75 die Braunkohle nur unter dem Gesichtspunkt der Dekartellisierung im Zusammenhang mit dem RWE unter dieses Gesetz fälle. Wenn also auch „Treuhänder" benannt sind, so sei doch eine Entflechtung des Bergbauvermögens nicht beabsichtigt. Unausgesprochen scheint man das Fehlen von Aufsichtsorganen, die aus dem Interesse der Beteiligten (Öffentlichkeit, Mitarbeiter, Geldgeber) heraus die Geschäftsführung der Betriebe überwachen, als Mangel zu empfinden.

Einiges Erstaunen hat deshalb ein Vorschlag der Industrie-Gewerkschaft Bergbau (Braunkohle) gefunden, der — auf guter Kenntnis der bergbaulichen Verhältnisse beruhend — vorschlug, das Revier schematisch in 4 große Gruppen aufzuteilen, die man der Einfachheit halber als nördliche, mittlere und südliche (mit der nördlichen in Betriebsgemeinschaft verbundene) bezeichnete und zu der dann noch die „Zukunft"-Gruppe im Düren-Aachener Gebiet treten sollte, sowie die „Union Tiefbau A.-G.", die die Frage des Tiefbaus zu klären versucht. Aber auch hier ist der Gedanke, die notwendige Gesamtplanung durch die Schaffung einer Selbstverwaltungsorganisation zu schaffen, die schiedsrichterliche Befugnisse haben müßte, nicht aufgenommen. Der Gewerkschaftsvorschlag will nach seiner Begründung die von ihm behauptete Zweiteilung der Gesellschaften in Strominteressenten (Roddergrube, Zukunft und Frimmersdorf) und Brikettinteressenten (gemeint ist wohl die RAG, obwohl diese in ihren Kraftwerken Fortuna I und II mit an 200 000 installierten kW recht erhebliche Strominteressen hat) beseitigen. Die dafür vorgeschlagenen „gemischten" Gesellschaften seien geeigneter, bei der Erschließung der Nordfelder die anfallenden qualitätsverschiedenen Kohlen jeweils in Stromerzeugung oder Brikettherstellung wirtschaftlicher zu verwerten. Die Vorschläge zeigen aber eine gewisse Hinneigung zu den Gruben, die hauptsächlich stromorientiert sind und infolge ihrer Südlage zuerst das Problem der Verlagerung in den Nordteil des Reviers zu spüren bekommen. Ihnen werden daher im Nordteil des Reviers die Felder zugesprochen, die zur Mittelgruppe um „Rheinbraun" gehören. Dabei sollte nicht vergessen werden, daß die beiden großen Gesellschaften in der „Vereinigungsgesellschaft Rheinischer Braunkohlenbergwerke" an sich einen Ansatzpunkt haben, der eine gemeinsame Erschließung der Nordfelder ermöglichte, wenn auch diese Gesellschaft von ihrem bisher auf das Handelsinteresse ausgerichteten Arbeitsgebiet auf die Produktion umstellen würde. Es ist richtig, daß die (mittleren) Tagebaue bei Frechen zu einer betriebswirtschaftlichen Einheit hindrängen und die Ausgliederung der „Wachtberg"gruppe aus dem IG-Farbenkonzern führt geradezu zwingend zu einem Anschluß an die Rheinbraun-Betriebe.

Die Aufgaben aber, die die Erschließung der großen und im Vergleich zu dem bisherigen Tagebau recht viel tiefer gehenden Tagebaue im Norden erfordert, setzen Geldmittel voraus, die die einzelnen Gesellschaften nach dem Währungsschnitt nicht mehr zur Verfügung haben. Nicht recht verständlich ist also, warum der Gewerkschaftsvorschlag den Gedanken der Gemeinschaftserschließung, wie er sich in der „Vereinigungsgesellschaft" darbietet, nicht in Rücksicht zieht, sondern neue Gruppierungen verlangt, die sozialpolitisch Gewordenes zerstören würden und bei einer Mitarbeiterschaft, wie sie der rheinische Braunkohlenbergbau gerade besitzt, nur Unruhe und Bedenken erregen würden. Auch hier findet man die bei uns so beliebte Verneinung des Gewordenen mit seinen nicht abzuschätzenden Werten zugunsten seiner Konstruktion ohne Rücksicht auf Werte, die zwar materiell nicht in die Augen fallen, in ihrer betrieblichen Auswirkung aber garnicht abzuschätzen sind.

Fundierung der Zukunft

Betrachtet man wirtschaftliche Tagungen als Versuch, die Öffentlichkeit von den Problemen des betreffenden Wirtschaftszweiges zu unterrichten, so sind als Ergebnis der ersten Braunkohlenversammlung in Köln nach dem Kriege zwei bewegende Momente hervorzuheben. Die technische Hauptsorge gilt der Entwicklung des Tiefbaus. Die noch abbauwürdigen Vorräte im rheinischen Revier an Tagebau-Kohle werden auf 7 Mrd. t, vielleicht 8 Mrd. t, geschätzt. Die erste Zahl entspreche etwa dem, was seit Beginn des Braunkohlenbergbaus in sechs Jahrzehnten gefördert worden ist. Die Tiefbaulager, die man 1934 mit 15 Mrd. t bezifferte, sollen nach neueren Schätzungen noch 50—60 Mrd. t betragen. Ab 1952/53 wird aber im rheinischen Braunkohlenbergbau (konstant fortlaufend bis 1961) etwa jedes Jahr eine Grube in der Förderung ausfallen infolge des Ausgehens der Kohle. Es müßte also spätestens um diese Zeit durch Neuaufschlüsse die ausfallende Produktion ersetzt, wenn möglich sogar gesteigert werden. Die Tiefbauförderung läuft nur sehr langsam an und wird vor 1950 in dem ersten Tiefbauschacht „Union" kaum zu Ergebnissen führen, im Donatus-Tiefbau, einer Versuchsanlage, zu solchen, die keine eigentliche Schlußfolgerung zulassen. Dem steht gegenüber, daß erst jetzt der Tagebau „Fortuna-Nord" in Förderung kommt und daß der neue Tagebau der Roddergrube AG. „Gottshülfe" erst ab 1952 mit Förderung einsetzen soll. Darüber hinaus sind alle Pläne nur als Schätzungen anzusehen. Sie gehen von einer für 1950 vorgesehenen Förderung von 33 Mill. t im Revier auf eine Höchstförderung von 74 Mill. t in den Jahren 1956/57, um dann bis 1963 auf einen Stand von etwa 68 bis 69 Mill. t zurückzufallen. Den Plänen auf Rohkohlenförderung sind aber noch die gleichlaufenden Pläne auf Entwicklung der Stromerzeugung an die Seite zu stellen, die ein Ansteigen der ausgenutzten Maschinenleistung 1949 von 620 000 kW auf 1,8 Mill. kW ab 1954 vorsehen, um so die ganze Größe der dem rheinischen Revier bevorstehenden Aufgaben und ihrer finanziellen Erfordernisse abschätzen zu können. Die heutige Förderung von etwas über 60 Mill. t im Jahr bleibt also zunächst weiterhin ein Höhepunkt und ihre Steigerung von 29% bleibt eine noch zu lösende Aufgabe der technischen Gestaltung. Demgegenüber ist die geplante Steigerung der Brikettherzeugung um 4% auf etwa 13 Mill. t eher denkbar, auch wenn zu bedenken ist, daß von einer Jahresförderung 69%, rund 42 Mill. t, in die Brikettfabriken gehen, um 13 Mill. t Briketts zu erzeugen. Die Anforderungen, die die geplante Erhöhung der nutzbaren Stromabgabe um 180% auf 13 Mrd. kWh an die Förderung stellt, kennzeichnet die Tatsache, daß von der Jahresförderung heute 25% = 15 Mill. t an die Großkraftwerke gehen, um 3 Mrd. kWh zu erzeugen. Selbst die geplanten Vorschaltanlagen der Kraftwerke werden daher den Rohkohlenbedarf nicht entscheidend herabsetzen.

Tiefbau bzw. Tiefagebau sind also die technischen Probleme, um die der Braunkohlenbergbau zur Zeit ringt. Die Tiefbaue mit ihrer ungeheuren Beanspruchung der Landschaft — man denke nur an die Probleme der Grundwassersenkung um 300 m — erfordern sofort derartige Mittel, daß der Braunkohlenbergbau gezwungen hierin zur Zeit kurztreten muß und im Tiefbau entstehen Schwierigkeiten schon bei der ersten an sich verhältnismäßig geringen Mengen ausmachenden Förderung. So glaubt die Braunkohle, daß sie den Beweis für die Möglichkeit der Gewinnung der Tiefvorräte erst in etwa 4 bis 5 Jahren führen kann. Das anschließende Jahrzehnt wird dann entscheidend sein für das Ausmaß der Förderstegerung; es wird die Grundlage eines neuen Braunkohlenbergbaues schaffen müssen. Die Zeit um 1960 wird also die Umstellung des Reviers durchzuführen haben. Diese Umstellung trifft zusammen mit dem Abtreten der Generation, die den rheinischen Braunkohlenbergbau in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg zu seiner beachteten Höhe geführt hat. Die letzte Tagebau-Generation wird also der heute beginnenden Arbeits-Generation ihre Erfahrungen und ihre Lehren zu übermitteln haben. Das bedeutet für den rheinischen Braunkohlenbergbau auch sozialpolitisch eine erhebliche Aufgabe. Eine Tagebau-Belegschaft von zur Zeit gut 24 000 Mann — davon 3 500 über ein Vierteljahrhundert im Braunkohlenbergbau beschäftigt — hat den Nachwuchs heranzuziehen für den Tiefbau, der ganz andere Anforderungen an den heutigen „Bergmaschinenmann" stellt. Er wird also weitgehend auf die sozialpolitische Zusammenarbeit im Revier ankommen, damit es gelingt, einen geschulten Nachwuchs an Bergmännern für diese tatsächliche Pionieraufgabe zur Verfügung zu haben. Ansätze dazu sind durchaus zu beobachten.

Finanzierungsfragen

Die andere Hauptsorge ist die Finanzierung dieser Aufgabe, die von den einzelnen Gesellschaften allein nach dem Währungsschnitt nicht mehr geldet werden kann. Reserven, die für den Neuaufschluß eines Tagebaues mit Brikettfabrik ausreichten, sind nach der Währungsreform kaum noch ausreichend für den Bau eines Großbaggers. So erklärt sich der Braunkohlenbergbau nicht in der Lage, mit der ihm 1948 zugestandenen 25%igen Erhöhung der Brikettpreise (anstatt der geforderten 35%) die Kapitalien zu schaffen, die für die Verlagerung der Produktion nach dem Norden und für die Aufschließung der Tiefbaufelder notwendig sind. Die von ihm vorgelegte Forderung einer Erhöhung des Briketttonnenpreises um 5 DM scheint erörterungswert. Der Braunkohlenbergbau muß aber wohl beachten, daß seine Brikettfabriken sich infolge des hohen Anteils der fixen Kosten erst rentieren bei einem Ausnutzungsgrad, der über 80% der Kapazität liegt. Diese Finanzlage einer Wirtschaftszweiges, der niemals zu Subventionsempfängern oder unterstützten Industriegruppen gehörte, gibt auch der Forderung auf Verselbständigung des Kohlenverkaufs und Ablösung von Essen seine Note. Andererseits hat die Braunkohle zu bedenken, daß sie in absehbarer Zeit im Zeichen eines zunehmend der Bedarfsdeckung entgegengehenden Kohlenmarktes im Hausbrand wieder in Konkurrenz mit der Steinkohle stehen wird. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich die Absatzrichtungen geändert haben. Das Ausbleiben der Braunkohle der Reviere der Ostzone hat in gewissen Absatzbezirken das Rhein-Briketts weiter nach Norden und Osten gebracht als früher. Trotzdem liegt das Schwergewicht des Absatzes weiterhin im Süden, bestimmt durch den Transportweg des Rheines. Immerhin rechnet der Braunkohlenbergbau damit, daß er auf längere Sicht mit gesichertem Brikettabsatz rechnen kann, wobei der Sommerabsatz bei freiem Verkauf wieder in Geltung treten wird.

Allerdings muß man aber die Braunkohle im Hinblick auf die neuartige Zukunftslage darauf drängen, daß ihr Kohleverkauf wieder aus der zentralistischen Koppelung mit dem Deutschen Kohlen-Verkauf Essen, herausgelöst wird. Als ideal erscheint eine Verselbständigung des Absatzes des Braunkohlenbergbaues, eingegliedert in eine Gesamtkohlenwirtschaft, die von der Selbstverwaltung der Reviere weitgehend bestimmt wird, aber in ihrer Preisbestetzung der Kontrolle der Öffentlichkeit und der Verbraucherschaft unterliegt. Der Export wird ja in absehbarer Zeit der Bestimmung durch die Ruhrbehörde bzw. der zentralen Kohlenverwaltung in Essen unterliegen.

Die Preiserhöhungen beider Kohlenarten 1948 bedeuten eine Störung des traditionellen Zusammenhanges zwischen den Preisen und damit auch eine gewisse Verschiebung der Wettbewerbsverhältnisse. Die Braunkohle wird sich also hier erst an ein neues Gleichgewicht mit der Steinkohle herausarbeiten müssen, wobei die Frage des Ein-

Fortsetzung auf Seite 4

Wir greifen auf:

Blohm & Voß

Der Blohm & Voß-Prozeß hat mit einem Schuldspruch und mit Strafen bis zu 10 000 DM und bis zu 12 Monaten Gefängnis, aber auch mit einem Hinweis des englischen Vorsitzenden geendet, daß die Verteidigung sowohl wegen des Schuldspruchs als auch wegen der Höhe der Strafen an den Obersten Britischen Gerichtshof der britischen Zone appellieren sollte, da das Gericht sich in seiner Entscheidung geirrt haben könnte. Da das Verfahren somit weitergeht, wäre es verfrüht, in die Würdigung des Urteils und der Beweise einzutreten. Soviel kann aber schon festgestellt werden, daß das Verfahren gegen die Männer von Blohm & Voß, die hier für die Deutschen allesamt vor Gericht standen, einmal die klassische Auseinandersetzung über die Demontagen genannt werden wird. Und nicht nur über die Demontagen. Denn im Verlaufe dieses Prozesses, der, man kann es nicht anders sagen, fair geführt wurde, ist die Rechtslage, die zwischen jedem einzelnen Deutschen überhaupt und den Besatzungsmächten besteht, zum Bewußtsein geworden. Die Verteidigung hat die Alternative klar herausgearbeitet: Entweder besteht der Kriegszustand noch, dann sind die Besatzungsmächte verpflichtet, die Haager Landkriegsordnung zu beachten, die neben vielen andern Dingen die entschädigungslose Beschlagnahme von Privateigentum ausschließt, oder aber die Oberbefehlshaber sind die Oberste Autorität und ihre Anordnungen gehen jeder Regel des internationalen Rechts ohne weiteres vor, dann sind sie verpflichtet, die Rechtsgrundsätze zu beachten, die in jedem Rechtsstaat von der Regierung gegenüber ihren Untertanen beachtet werden, was ebenfalls die entschädigungslose Enteignung von Privateigentum ausschließt. Jedoch sind Beweise dafür vorgebracht worden, daß der Kriegszustand in Wirklichkeit fortbesteht, da de facto nur eine Kapitulation der drei Wehrmachtsteile, nicht aber einer deutschen Regierung stattgefunden habe, durch die etwa die alliierten Oberbefehlshaber die Vollmacht erhalten hätten, die Verwaltung des besetzten Landes ohne Rücksicht auf völkerrechtliche Vorschriften zu handhaben.

Unter solchen Umständen ist es berechtigt, der Entscheidung des Obersten Britischen Gerichts in Deutschland mit Spannung entgegenzusehen. Denn diese Entscheidung wird nicht nur für Deutschland eine sehr große Bedeutung haben. Sie wird vielmehr der Behandlung besetzter Länder in kommenden Kriegen präjudizieren.

Prohibitivzuschläge für die Konserveneinfuhr

Die Außenhandelsstelle der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat in einer Bekanntmachung AG/9 einen Importausgleichsbetrag für ausländische Konserven festgesetzt. Danach werden bei der Einfuhr von ausländischen Gemüsekonserven für je 100 1-kg-Dosen 25 DM, von ausländischen Obstkonserven 50 DM als Ausgleichsbetrag erhoben. Subventionen aus öffentlichen Mitteln werden, wie betont wird, bei der Einfuhr von Gemüse- und Obstkonserven nicht gewährt.

Die Festsetzung der Ausgleichsbeträge beseitigt die Zweifel, die vor kurzem über die Einfuhr ausländischer Konserven laut geworden waren. Konserven unterliegen den Bestimmungen des Importausgleichsgesetzes, weil sie Erzeugnisse der Ernährungswirtschaft sind. Außerdem gilt für sie auch ein bis zum 1. November befristetes Einfuhrverbot. Das Verbot ist nicht verlängert worden. Damit sind ausländische Obst- und Gemüsekonserven jetzt zur Einfuhr freigegeben. Das wurde erst kürzlich noch in den Besprechungen zwischen deutschen und holländischen Regierungsvertretern festgestellt. Offenbar glaubt aber die VELF, die von der Liberalisierung des Außenhandels offenbar noch nichts gehört hat, die westdeutschen Konservenfabriken, die immer noch Absatzschwierigkeiten haben, nicht dem internationalen Wettbewerb aussetzen zu dürfen, denn der Importausgleichsbetrag von 25 oder 50 Pfg. je Dose ist eine kaum zu überwindende Schranke, für die Einfuhr. Es lebe die Schutzzollmauer!

Geldreform und Umsatzsteuer

Die Folgen der Geldreform für die Umsatzsteuer — § 7 (4) — lassen es erwünscht sein, eine gesetzliche Grundlage für einen Härteausgleich zu schaffen. Sie dürfte angebracht sein, weil die Umsatzsteuergesetze nicht auf eine Geldreform abgestellt sind und Kalenderjahr und Veranlagungszeitraum sich bei ihr decken.

In dem 3. Umsatzsteuer-Sammelerlaß des Finanzministers des Landes Nordrhein-Westfalen vom 15. 9. 1949 (S. 4118) wird jedoch auf die Besonderheiten, die sich aus der Geldreform ergeben, keine Rücksicht genommen. Es wird in dem Erlaß vielmehr ausdrücklich darauf verwiesen, daß für die nach Art. X § 15 und 1 des Anhangs zum Gesetz Nr. 64 verkürzten Veranlagungszeiträume als Vergleichszeit maßgebend sind für das Jahr 1948 das Kalenderjahr 1947 und für das Jahr 1949 das Kalenderjahr 1948; die Umsätze vor und nach der Währungsumstellung sind als gleichwertig (1 RM = 1 DM) zusammen zu rechnen. Da § 12 ausdrücklich für die Umsatzsteuer zwei getrennte Veranlagungszeiträume vorsieht, könnte jeder für sich als Vergleichsbasis im Sinne eines Kalenderjahres angesehen und auf diese Weise eine Erleichterung für den Steuerpflichtigen geschaffen werden. Andernfalls werden wieder solche Firmen und Gewerbetreibende, die nach der Geldreform einen starken Umsatzrückgang aufweisen oder die lediglich in der Reichsmarkzeit eine besondere Blüte erlebt haben, stark betroffen, wenn sie durch die Hinzurechnung der Reichsmarkbeträge die Millionengrenze im Sinne § 7 (4) überschritten haben.

In anderem Zusammenhang hat der Finanzminister von NRW mit Erlaß betreffend die Anwendung des § 7a ESTG vom 6. 9. 49 das zweite Halbjahr 1948 als volles Kalenderjahr erklärt, so daß der entsprechende Höchstbetrag für 1948 als volle Jahresquote abgeschrieben werden darf. In gleichem Sinne dürfte u. E. auch das zweite Halbjahr 1948 für die Festsetzung des Umsatzsteuersatzes für 1949 als volles, für sich bestehendes, Kalenderjahr angesehen werden und als Vergleichsbasis für 1949 gelten. Ebenso wäre im Hinblick auf die außergewöhnliche Lage solcher Fälle auch in bezug auf das 2. Halbjahr 1948 mit dem 1. Halbjahr 1948 zu verfahren.

Aus der deutschen Wirtschaft

Französische Zone

Badens Wirtschaft bewies auch im dritten Vierteljahr 1949 weiterhin eine außerordentliche Stabilität gegenüber allen Depressionseinflüssen, wie ein Bericht des badischen Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit über die Entwicklung der gewerblichen Wirtschaft des Landes in den Monaten Juli bis September feststellt. Beschäftigungszahl und Bruttoproduktionswert der Industrie steigen weiter langsam an. Nach der leichten Festigung des Arbeitsmarktes im August stieg zwar die Zahl der Arbeitslosen im September wieder auf 6 283. Man rechnet mit einer weiteren Erhöhung der Arbeitslosenzahl, besonders in den Gruppen Land- und Forstwirtschaft sowie bei den öffentlichen Angestellten. In Baden dürfte sich aber nach Ansicht der zuständigen Regierungsstellen eine etwaige Wirtschaftskrise kaum in der krassen Form auswirken, wie sie in Gebieten mit weniger ausgeglichener Wirtschaftsstruktur auftreten kann.

Der Eintritt der Herbst- und Wintersaison hat auf die Produktion und den Umsatz in Württemberg-Hohenzollern einen starken Einfluß ausgeübt, heißt es in einem Lagebericht der IHK Reutlingen. Der Produktionsstand von 1936 wurde zu 88% erreicht. Trotz der merklich sichtbaren Konjunkturbelebung ist eine ausgeglichene und gefestigte wirtschaftliche Situation kaum festzustellen. Eine Stabilisierung der Verhältnisse wird auch durch den steigenden Zustrom von heimatvertriebenen Arbeitslosen, durch die verringerte Rohstoffeinfuhr für Textil- und Lederindustrie und durch die Preissteigerung verhindert, da die erhöhten Importpreise offenbar nur teilweise von den einzelnen Produktionsstufen aufgefangen werden. In der Textilindustrie sind die Fabrikverkaufspreise um 5 bis 8% gestiegen.

Für die Soforthilfe sind in Württemberg-Hohenzollern bereits über 8 Mill. DM eingezahlt worden. Wie das Finanzministerium hierzu mitteilt, haben 10% der Zahlungspflichtigen Stundungsanträge gestellt. Davon wurden 60% bereits entschieden. Rund 35% der Zahlungspflichtigen haben weder Stundungsanträge eingereicht, noch Zahlungen geleistet. Gegen diese Säumigen wird das Ministerium mit scharfen Maßnahmen vorgehen. Für die Hausratshilfe wurden bisher 300 000 DM als Vorschuß des Landes gewährt. Der für die Unterhaltshilfe in Südwürttemberg erforderliche Betrag wird vom „Schwäbischen Tagblatt" auf monatlich 1,3 Mill. D-Mark geschätzt.

Die Wirtschaftsminister der Länder der französischen Zone haben sich auf ihrer letzten Konferenz erneut mit der Frage der Übernahme des Demontage-Ausgleichsgesetzes in der französischen Zone befaßt. Dabei sind, wie der Arbeitsgemeinschaft industrieller Fachvereinigungen in Südbaden mitgeteilt wurde, die Wirtschaftsminister zu der Entscheidung gekommen, daß die Frage nach dem Bedürfnis eines solchen Gesetzes unter den heutigen Verhältnissen zu verneinen sei.

In Friedrichshafen am Bodensee findet vom 22. 4. bis zum 6. 3. 50 eine große Industrie-Ausstellung statt, die wegen der günstigen Verkehrslage großen Anklang in der deutschen Wirtschaft gefunden hat. Die Anmeldungen häufen sich bereits. Es werden neue Erfindungen in Hausrat und Hausausstattung gezeigt, ebenso stellt die Textilindustrie aus. Auch Möbel werden zu sehen sein. Es wird eine große technische Leistungsschau erwartet.

In den Dornier-Werken in Friedrichshafen am Bodensee wurde in den letzten Monaten ein Fertighaus entwickelt und letzt den Zulassungsbehörden zur Prüfung zugeleitet, wie von sachkundiger Seite verlautet. Es handelt sich bei dem Haus vorläufig um einen eineinhalbgeschossigen Reihenhausbau aus einer Leichtstahlkonstruktion, die zwar auf einem Achsmaß von 1,25 m aufgebaut sind, die aber Stockwerkshöhe und -Breite haben. Als Füllkörper ohne tragende Funktionen werden Porenbetonplatten verwendet, die noch mit einer 2 cm starken Putzschicht versehen werden. Die Innenwände werden mit Hartplatten ausgefüllt. Die jetzt entwickelte Wohnung enthält im Erdgeschoß neben einem 14 qm großen Wohnraum Küche und Waschraum nebst WC und im Dachgeschoß drei Schlafzimmer. Die Gesamtwohnfläche beträgt etwas über 80 qm. Über die Lieferbarkeit des Hauses und seinen Preis ist bisher nichts bekannt.

Englische Zone

Auf der siebenten ordentlichen Mitgliederversammlung des Nordrhein-Westfälischen Landkreises in Lüde befaßte sich Ministerialdirektor Dipl.-Ing. Brand mit den Verkehrsproblemen in Nordrhein-Westfalen. Nach Mitteilung des Referenten liegt der Lastkraftwagenverkehr bereits 60 Prozent über dem Friedensstand und hat damit die volle Ladekapazität der Bundesbahn erreicht. Auch der Omnibusverkehr habe den Friedensstand erreicht, so daß es zwei große Verkehrsnetze gebe. Die Eisenbahn bezeichnete er als völlig überaltert. So seien heute im Ruhrschnellverkehr Lokomotiven eingesetzt, die bereits vor 50 Jahren im Berliner Schnellverkehr gefahren sind. Große Reformen im Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen seien daher unerläßlich. Unter anderem soll die Reisegeschwindigkeit um 50 bis 100 Prozent erhöht werden. Die geplante Elektrifizierung der Bahn soll eine Kohlenersparnis von drei Fünftel des bisherigen Verbrauches bringen. Brand bedauerte, daß der Export von Verkehrsmitteln unter der Unzulänglichkeit der Produktionsstätten leide. Von den im Ausland laufenden Lokomotiven seien 80 000 von Großbritannien, 130 000 von Deutschland und 140 000 von den USA geliefert worden. Es sei fraglich, ob Deutschland diesen Lieferanteil wieder erreichen werde.

Die Hüttenwerke an der Ruhr haben mit dem deutschen Erzbergbau ein neues Abkommen getroffen, das für die Zeit vom Oktober 1949 bis März 1950 eine monatliche Abnahme von 30 000 Tonnen phosphorhaltige Erze — wie schon in den letzten Monaten — vorsieht. Voraussetzung dazu ist nach Angaben des Vereins deutscher Eisenhüttenleute, daß eine bestimmte Thomas-Rohstahlerzeugung des Ruhrgebiets nicht unterschritten wird. Das Abkommen verpflichtet den Bergbau zur Lieferung qualitativ besserer Erze als bisher und schließt die Lieferung einiger unwirtschaftlicher Erzsorten aus. Für November sind angesichts der zurückgegangenen Thomas-Stahlerzeugung nur rund 300 000 Tonnen phosphorhaltiger Erze von den Ruhrwerken abgerufen worden.

Das gegenwärtig größte deutsche Schiff, der 9970 BRT große Tanker „Lecklan" der deutschen Vacuum-Öl A.G., läuft am Sonntag zur ersten Reise aus. In Raf Tanura im persischen Golf, soll das Schiff etwa 13 000 t Rohöl für Westdeutschland übernehmen.

Die Aufhebung des Küstenkohlentarifs ist für Schleswig-Holstein auf den 31. März 1950 verlegt worden, gab der schleswig-holsteinische Wirtschaftsminister Dr. Preller in Kiel bekannt. Ursprünglich war geplant, den Küstenkohlentarif für Schleswig-Holstein bereits zu Ende des laufenden Jahres aufzuheben.

Die Außenhandelsumsätze Schleswig-Holsteins erreichten im Oktober eine Höhe von 17,3 Millionen DM, wovon auf den Export 12 Mill. DM und auf den Import 5,3 Mill. D-Mark entfallen.

Der Umsatz des ambulanten Gewerbes im Gebiet der deutschen Bundesrepublik beläuft sich nach Mitteilung des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen der ambulanten Händler in diesem Jahr bereits auf 2,5 Milliarden DM. Im Vorjahr belief sich der Umsatz auf rund 1,5 Milliarden DM, von denen etwa 100 Millionen für Steuern, Platzmieten und sonstige Abgaben abgeführt wurden.

Der Anteil des Wohnungsbaues am Gesamtbauvolumen erreichte im September mehr als 30 v. H. Der entsprechende Anteil lag vor wenigen Monaten noch knapp über 22 v. H. Da sich gleichzeitig das Gesamtbauvolumen stark vergrößert hat, bedeutet dies, wie das Statistische Landesamt für Nordrhein-Westfalen feststellt, eine wesentliche Belebung des Wohnungsbaues, die in erster Linie auf die verstärkte Bereitstellung öffentlicher Kredite zurückzuführen sein dürfte.

Mit der Herstellung von 434 000 Glühlampen im Oktober hat die schleswig-holsteinische Glühlampenindustrie einen Produktionsrekord in der Nachkriegszeit erreicht. In den ersten zehn Monaten 1949 wurden rund 1,7 Mill. Glühlampen hergestellt.

Ein Zusammenbruch der westdeutschen Waggonindustrie, die infolge der Ausfälle der Bundesbahnaufträge in eine kritische Lage geraten ist, wäre nach Ansicht des Fachverbandes Waggonbau in Düsseldorf „schlimmer als die von allen deutschen Stellen bekämpften Demontagen". Wenn die dringend benötigte Hilfe zu spät komme, werde die Waggonindustrie zu größeren Entlassungen gezwungen sein und Ende 1950 wahrscheinlich nur noch eine Belegschaft von knapp 6000 Arbeitskräften gegenüber 12 000 im Januar dieses Jahres beschäftigen. Man befürchtet eine stärkere Entbindung der Waggonindustrie von Fachkräften, die dem Exportgeschäft den Boden entziehen würde.

Köln verzichtet niemals auf die ihm vor Jahren fortgenommene Wertpapierbörse, erklärte Handelskammerpräsident Franz Greiz anläßlich der letzten Sitzung der IHK Köln. Die Kölner Kammer und die Kölner Wirtschaft würden sich unablässig dafür einsetzen, daß diese Wertpapierbörse wieder nach Köln komme.

Die 1899 in Essen gegründete E. J. Collin A.-G., heute in Dortmund, hat zur Entwicklung einer unabhängigen deutschen Kokosfaserhaubenindustrie maßgebend beigetragen. Das Unternehmen hat seit Jahrzehnten Weltgeltung erhalten. Dazu haben wesentlich die dem Stande der Technik stets angepaßten Neuerungen der Firma beigetragen.

Amerikanische Zone

Im deutschen Patentamt, München, werden zur Zeit keine Patentprüfungen auf Neuheit vorgenommen, erklärte der stellvertretende Präsident des Patentamtes, Dr. Friedrich Reich, am 18. November in München. Neuanmeldungen werden vier Monate in den Räumen des Amtes aufbewahrt. Während dieser Zeit kann dagegen Einspruch erhoben werden. Dr. Reich trat damit Pressemeldungen entgegen, nach denen Mitglieder des Berlin-Ausschusses des Bundestages erklärt haben sollen, daß München ohne die beim früheren Reichspatentamt in Berlin lagernden Patentschriften nicht arbeiten könne.

Die Industrie- und Handelskammern und die industriellen Wirtschaftsverbände von Württemberg-Baden haben den Vorschlag des württemberg-badischen Wirtschaftsministerium zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft für Rationalisierung unter staatlicher Einflußnahme auf Landesebene abgelehnt. Eine besondere Arbeitsgemeinschaft für die Rationalisierung auf Landesebene ist nach Ansicht der Kammern und Verbände überflüssig, da diese Aufgabe in erster Linie den Wirtschaftsverbänden obliege und in deren Spitze bereits seit langem behandelt werde. Auch der kürzlich gegründete Ausschuß für Wirtschaftsfragen werde der Rationalisierung größte Aufmerksamkeit zuwenden. Zudem beschäftigen sich der Rationalisierungsausschuß der deutschen Wirtschaft (RAW), der Deutsche Normenausschuß und die verschiedenen Refa-Verbände seit geraumer Zeit mit stetig wachsendem Erfolg mit den Aufgaben der Rationalisierung.

In der Metallindustrie von Württemberg-Baden sind bei über 500 Betrieben Erhebungen über die Lohnentwicklung im Juni 1949 angestellt worden, die im Vergleich zur letzten Erhebung vom Oktober 1948 interessante Ergebnisse zeigen. Allgemein ist festzustellen, daß die Akkordarbeit gegenüber dem reinen Zeitlohn laufend zunimmt und im Juni 1949 37% Arbeitskräfte gegenüber 31% im Oktober 1948 umfaßte. Auch die Zahl der Facharbeiter hat zugenommen, ebenso die Frauenbeschäftigung. Von 100 Arbeitern waren 50,6 Facharbeiter gegen 47,5 im Oktober 1948. Der Effektivlohn des Metallarbeiters in Württemberg-Baden hat sich unter Einrechnung der Teuerungszulage, aber ohne Sozialzulage und Überstundenzuschläge, seit der letzten Erhebung im gewogenen Durchschnitt um 4,4% erhöht. Die Wochenverdienste sind infolge Zunahme der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit um 7% gestiegen. Sie weisen damit eine stärkere Erhöhung auf als die Lebenshaltungskosten.

Die durch die D-Mark-Abwertung bedingte Verteuerung der Rohstoffe hat sich nach Angaben des Wirtschaftsministeriums Bayerns bereits in Erhöhungen der Verbraucherpreise ausgewirkt. So wurden in der Textilindustrie sowie im Textilfeinzelhandel Preiserhöhungen um 10—15%, in der Lederindustrie um 20—25% festgestellt. Auch die Baukosten werden, insbesondere bei Stundenlohnarbeiten, durch langsame Arbeitsweise und überhöhte Zuschläge verteuert. Bei Handwerksbetrieben wurden Überpreise bis zu 40% gefordert.

Nach einer Erhebung des Landesarbeitsamtes waren von den 300 000 Angestellten in Württemberg-Baden 4,1% arbeitslos. Etwa 19 000 beschäftigte Angestellte sind als Arbeiter tätig. Gegenüber dem Jahre 1936 hat sich die Zahl der im Angestelltenverhältnis beschäftigten Personen bei den Männern um 20 000 und bei den Frauen um 40 000 erhöht. Von den beschäftigten männlichen Angestellten waren 30% über 50 Jahre alt und von den arbeitslosen fast 50%. Bei den Frauen lauteten die entsprechenden Zahlen 15 bzw. 20%.

Auf der diesjährigen Tagung der Vereinigung der Maschinenbau-Anstalten in Württemberg-Baden in Stuttgart wurde die bisher auf Landesbasis selbständige Vereinigung als Landesgruppe dem Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten (VDMA), Sitz Frankfurt a. M., angeschlossen. Der Maschinenbau in Württemberg-Baden steht mit 18,4% der Gesamterzeugung im Jahre 1948 im Vereinigten Wirtschaftsgebiet an zweiter Stelle. Der Produktionswert in Württemberg-Baden betrug im Jahre 1948 381 Mill. Mark, für 1949 wird mit 650 Mill. DM gerechnet. Mengenmäßig bedeutet das etwa 85% des Standes von 1936. Die Zahl der Beschäftigten im Maschinenbau ist von 48 000 Anfang 1948 auf 62 000 Mitte 1949 gestiegen. An der Ausfuhr von Maschinen aus dem Vereinigten Wirtschaftsgebiet im ersten Halbjahr 1949 im Werte von 24,3 Mill. DM war Württemberg-Baden mit 18,3% beteiligt.

Die Kraftwagen- und Zugmaschinenproduktion des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (jedoch ohne Ackerschlepper in der amerikanischen Zone) hat mit 18 193 Einheiten gegenüber dem Vormonat (18 529 Einheiten) nach der VDA-Statistik um rd. 10% zugenommen. Die Zunahme entfiel fast ausschließlich auf die Personenkraftwagen-Produktion (11 797 gegenüber 10 373 Einheiten im Vormonat), während die Erzeugung von Lastkraftwagen und Omnibussen zusammengenommen sich nur um rd. 7% (5 271 gegenüber 5 132) erhöhte. Die Lieferkraftwagen unter 1 t Nutzlast erreichten im Oktober mit 2 585 Einheiten einen Anteil von 51% der Lastkraftwagenproduktion insgesamt. Der Ausstoß von Zugmaschinen (Straßenzugmaschinen und Ackerschlepper) hat sich im Oktober gut behauptet (1 035 gegen 1 009 Einheiten im September). Die Erzeugung von Kraftfahrzeug-Anhängern lag bei den von dem VDA statistisch erfaßten Firmen im Oktober mit 970 Einheiten gegenüber 1 010 im Vormonat dagegen rd. 4% unter den Vormonatszahlen. Für die Monate Januar bis Oktober ergibt sich eine Gesamtproduktionsziffer von 79 097 Personenkraftwagen (1948: 29 942), 43 695 (27 931) Lastkraftwagen und für Kraftfahrzeuge insgesamt von 134 438 (64 422) Einheiten, somit eine Steigerung um über 100% für die Gesamtproduktion und von mehr als 250% bei den Personenkraftwagen.

Von der Binnenschiffahrt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes wurden im Oktober rd. 4,0 Mill. t Güter befördert, davon 3,3 Mill. t unter deutscher Flagge.

Ostzone

Eine neue Wirtschaftsbürokratie der Buchhalter und Kontrolleure tritt in der volkseigenen Wirtschaft der Sowjetzone immer beherrschender in Erscheinung. Während Direktoren und Betriebsgewerkschaftler Funktionen ausüben, die auf das Werk selbst beschränkt sind, entsteht innerhalb der Betriebe eine zentral ausgerichtete Organisation, deren Vollmachten den betrieblichen Rahmen sprengen. Die wichtigste Rolle spielen dabei die Buchhalter. Sie sind nicht vom Werk selbst eingestellt, sondern wirken als Funktionäre und Vertrauensleute jener Stelle, der die Finanzplanung obliegt. Die Buchhalter sind also Beauftragte des Finanzministeriums. Ihre Titel sind „Oberbuchhalter" bei kleineren, „Hauptbuchhalter" bei großen Betrieben. Die Aufgabe dieser amtlich bestellten Buchhalter ist die Kontrolle über die Verwendung der planmäßig ausgewiesenen Finanzmittel für den betreffenden Betrieb. Ihr Einfluß geht soweit, daß nicht ein Stuhl angeschafft werden kann, wenn der Buchhalter nicht gegengezeichnet hat. Begründet wird die überragende Stellung, die ihnen eingeräumt wurde, mit der Notwendigkeit, die plangerechte Verteilung der Investitionsmittel zu überwachen. Der volkseigene Betrieb diene nicht Privatinteressen, auch nicht sich selbst, sondern er sei „Diener des Planes". Deshalb müsse ein Vertrauensmann des Staates über die Verwendung der Mittel und über die Ablieferung der Überschüsse an die Staatskasse wachen. Der Buchhalter ist auch für die ordnungsgemäße und rechtzeitige Entrichtung der Steuern und die Abführung der Gewinne an den Staat verantwortlich. Sollte einmal eine Betriebsleitung den Versuch machen, gegen Anordnung des Staates auf steuerlichem Gebiet oder in Sachen der Planerfüllung zu verstoßen, so ist der Buchhalter zur Meldung an die Finanzverwaltung verpflichtet. Kaum weniger Einfluß haben in der volkseigenen Wirtschaft die technischen Kontrollkommissionen. Sie sind gleichfalls zentral eingesetzt, um über Normen, Abmessungen, Gewichte, Gütevorschriften u. a. m. zu wachen. Vom Rohstoff bis zum Fertigprodukt kontrollieren diese Kommissionen sämtliche Arbeitsvorgänge. Sie unterstehen selbstredend nicht dem Betriebsleiter, sondern der betreffenden Industrieverwaltung. In Zukunft sollen die Mitglieder der Kontrollkommissionen auch materiell für entstandene Schäden haften.

Der Ausweis der deutschen Notenbank in der Ostzone über den Noten- und Münzen-Umlauf per 10. 11. zeigt, daß der Notenumlauf sich um 23 Mill. auf 3,295 Mill. Ostmark weiter erhöht hat.

Aus der Sowjetzonenrepublik treffen zur Zeit täglich zwölf Eisenbahnzüge mit Grubenholz, Kali und Kohle, sowie drei bis vier Transitzüge mit Glaswaren über Vorstelde im Gebiet der deutschen Bundesrepublik ein.

Um die Auszahlung der Erlöse aus Lieferungen an die Sowjetzone sicherzustellen, hat der Bundesminister für Finanzen für die im Interzonenhandelsabkommen vorgesehenen Swingbeträge Mittel aus dem Bundeshaushalt bereitgehalten. Im Abkommen ist festgelegt worden, daß der Gläubiger-Partner erst dann seine Lieferungen einstellt, wenn sein Konto einen Aktivsaldo von 16 Mill. Mark für Warenlieferungen oder von einer Million Mark für Dienstleistungen aufweist. Wie die Bank deutscher Länder am Samstag bekanntgab, werden zum Ausgleich der dem Bundeshaushalt durch die Vorfinanzierung erwachsenden Kosten und Risiken von jeder Überweisung für eine Warenlieferung an die Sowjetzone 4 Promille des Betrages einbehalten und einem Sonderfonds des Bundesfinanzministers zugeführt. Ergänzend wird mitgeteilt, daß es sich bei der Bereitstellung von Mitteln aus dem Bundeshaushalt im wesentlichen nur um Giralgeld handeln werde.

In einem Notenaustausch zwischen der Sowjetunion und der Ostzonen-Republik wurde, wie die Pressestelle des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten der Ostzonen-Republik am Samstag mitteilt, die Errichtung einer Handelsvertretung der Sowjetunion in der Ostzonen-Republik mit dem Sitz in Berlin vereinbart. Ferner wurde mitgeteilt, daß der Ministerrat der Ostzonen-Republik am 17. November Gustav Sobottka zum Handelsattaché innerhalb der diplomatischen Mission der Ostzone bei der Regierung der Sowjetunion ernannt hat. Von beiden Seiten wurde nach Vollzug des Notenaustausches der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß die vereinbarten Maßnahmen wesentlich dazu beitragen werden, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern zu festigen und zu vertiefen.

Sorgen der Braunkohle

(Fortsetzung von Seite 3)

satzes in der Stromerzeugung unter Berücksichtigung beider Interessen und vor allem der Tatsache, daß die Kapazität unserer Stromerzeugung heute und in nächster Zukunft weit unter dem Bedarf liegt und daher mit schnellen Mitteln, naturgemäß also unter Voranstellung der Braunkohle, behoben werden muß, zu berücksichtigen ist.

Wie immer sich auch die Neuorganisation des Kohlenabsatzes gestalten wird, eine vollständige Trennung von der Organisation der Produktion, also der DKBL, wäre nicht empfehlenswert. Produktion und Absatz müssen in ständiger Verbindung bleiben. Das gilt selbstverständlich auch für die Braunkohle, um so mehr, als die Einwirkung der Alliierten Ruhrkontrolle eine solche Verbindung zwischen Steinkohle und Braunkohle auch in Zukunft erforderlich macht. Die vernünftigste Lösung wäre der Neuaufbau einer wirtschaftlichen Selbstverwaltung von den Gruben und Zechen her in Reviergruppen, die sich dann in Form etwa des früheren „Reichskohlenverbandes" zu einer Spitzenorganisation, die DKBL, zusammenschlösse. Die verwaltungs-, produktions- und absatzmäßigen Vorteile, die sich aus einer von unten her beeinflußten Selbstverwaltung ergäben, wären positiv, weil sie die aktive Mitwirkung aller am zweckmäßigsten zum Ausdruck bringt. Das würde auch für die Organisation des Absatzes in einer selbständigen Verkaufsstelle für die Braunkohle gelten. Auch bei Fortfall der Bewirtschaftung ist eine gegenseitige Abgrenzung der Verkaufsinteressen mit der Steinkohle notwendig, sowohl in der Abstimmung auf den Inlandsmarkt wie in der Preispolitik, endlich in der Stellung zur Elektrizitätswirtschaft. Schon die Bearbeitung der statistischen Unterlagen und die Berichterstattung an die Ruhrkontrolle machen eine solche Zusammenarbeit unerläßlich. Endlich wird bei einem Kohlenüberfluß die Frage des Absatzes der Sorten auftreten, so daß auf eine Versand- und Transportplanung für die gesamte Kohlenwirtschaft nicht verzichtet werden kann. Die finanzielle Verkaufsabwicklung müßte dabei aber selbständig werden.

Eine Trennung der Braunkohle von DKBL und DKV würde aber für den Fall überflüssig, daß diese beiden Organisationen sich in ihrer Struktur ändern. Das gilt nicht sowohl für den DKV als für die DKBL, deren Aufgabe die Zusammenfassung sich selbständig verwaltender Reviere werden müßte. Ausschüsse und Arbeitsgemeinschaften müssen aber die Gewähr für eine einheitliche Kohlenwirtschaft in Deutschland geben, letzten Endes auch als Ansatzpunkte für die doch einmal notwendig werdende europäische Kohlenorganisation.

Das Schicksal hatte es bisher dem rheinischen Braunkohlenbergbau im Vergleich mit dem großen Bruder an der Ruhr verhältnismäßig leicht gemacht. Die Wendung, und zwar nach einem verlorenen Krieg und einem wirtschaftlichen Zusammenbruch dieser Ausmaße, auf eine Umstellung hin, die eigentlich eine neue Wirtschaftsreform ist, läßt den Wunsch, unabhängig von Formen zu arbeiten, die als künstlich empfunden werden und nicht selbständig gewachsen sind, verständlich erscheinen. Selbständigkeit des Kohlenverkaufs, Neuaufbau einer eigenen wirtschaftlichen Selbstverwaltung in produktionsmäßiger und sozialpolitischer Hinsicht sind die Ziele, mit denen sich auch die Öffentlichkeit einverstanden erklären könnte, sofern eine Einordnung in die deutsche Kohlenwirtschaft bleibt. Es geht dem Braunkohlenbergbau wie der Forstwirtschaft, was heute geplant wird, erweist sich erst in einem Menschenalter als neue Kraft. Planung und Initiative müssen dabei ineinandergreifen. Es wäre also schon bedenklich, wenn man einem solchen in die Zukunft tastenden Wirtschaftszweig Beschränkungen auferlegte, die jeden mutigen Vorstoß von vornherein überlasteten.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Benelux als Partner

Von Dr. Hans Posse

Wegen der für die beteiligten Volkswirtschaften gegebenen weitreichenden Ergänzungsmöglichkeiten ist in westdeutschen Außenhandelskreisen das Interesse für den Warenaustausch mit unseren nordwestlichen Nachbarn Belgien, den Niederlanden und Luxemburg stets rege gewesen. Es hat gerade in der letzten Zeit dadurch noch eine starke Belebung erfahren, daß seit dem Vorstoß des Marshallplan-Verwalters Hoffman vor dem Rat der Pariser Organisation für die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas am 31. Oktober 1949 die europäische Zollunion in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit von Öffentlichkeit und Regierungen gerückt ist. Denn es ist für alle in die ein wenig spröde Materie Eingeweihten klar, daß der Weg zur gepriesenen europäischen Zollunion am schnellsten und sichersten über Wirtschaftsbündnisse zwischen einzelnen gleichgesinnten Staaten unseres Kontinents führt, die sich später zur alleuropäischen Zollunion vereinigen können. Das internationale Paradestück derartiger Regionalpakte ist nun die Beneluxunion, der gegenüber die sonst noch in Europa zu verzeichnenden Bestrebungen nach Kooperation zurückstehen müssen, weil ihre Durchbildung noch nicht so weit getrieben ist wie die der Beneluxunion.

Sie ist bereits ins Leben getreten; und wenn auch das umfangreiche Gesetzgebungswerk für ihre Vollendung noch nicht bis zur letzten Konsequenz ausgefeilt ist, so läßt die Entschlossenheit der beteiligten Regierungen heute nach der Debatte in der OEEC noch weniger Zweifel als früher an der vollständigen Ausführung der entworfenen Pläne zu. Die Zollunion zwischen den Beneluxstaaten ist mit dem Wegfall der Zwischenzölle an ihren Ländergrenzen gegeneinander und unter Anwendung eines gemeinsamen Zolltarifs im Verhältnis zu Dritten bereits am 1. Januar 1948 eingeleitet worden. Dieser Zolltarif baut sich entsprechend den Empfehlungen der Studiengruppe für eine europäische Zollunion auf dem sogenannten „Brüsseler Verzeichnis" des Völkerbundes von 1927 auf und enthält Wertzölle aus dem früheren holländischen Zollsystem, weil das bisherige belgische Prinzip der Gewichtszölle den Preisschwankungen nur mühsam anzupassen war. Die Verteilung der einlaufenden Zollgebühren auf die Unionsmitglieder bleibt späterer Entschließung vorbehalten; ebenso wird die handelspolitische Selbständigkeit der drei Unionsstaaten vorerst nicht angetastet.

Schon die Zollunion und noch viel mehr die für später in Aussicht genommene vollständige ökonomische Vereinigung erfordern in den betroffenen Volkswirtschaften umfangreiche Umstellungen zur Anpassung an die neuen Verhältnisse. Keine einfache Aufgabe ist es, die konservative belgische Liberalität mit der in Holland üblichen Lenkungswirtschaft in Einklang zu bringen. Und es bleibt zu bedenken, daß in einer Zeit, während deren international die Zölle wenig und die Einfuhrverbote und Devisenbeschränkungen viel bedeuten, bis zur kompletten Wirtschaftsunion noch ein steiler Weg zurückzulegen bleibt. Daher ist es verständlich, daß der gigantische Plan zu Reibungen und zu temperamentvoller Kritik, namentlich in Belgien, wegen der von den Niederlanden vorgenommenen industriellen Investitionen, Anlaß gegeben hat. Diese natürlichen Kinderkrankheiten eines so bedeutenden Werkes wie die Beneluxunion scheinen indessen inzwischen überwunden zu sein. Die Regierungen Belgiens, Hollands und Luxemburgs haben jedenfalls am 16. Oktober 1949 die „Vorunion" mit Wirkung vom 1. Oktober ab in Kraft gesetzt; sie bringt in Stufen den Abbau der Außenhandelshemmnisse zwischen ihren Mitgliedern. An ihrer Absicht, die umfassende wirtschaftliche Vereinigung zum 1. Juli 1950 durchzuführen, halten die drei Regierungen fest. Benelux hat sich schon jetzt international den Ruf und Ruhm eines Musterbeispiels für vernünftige Wirtschaftspolitik erworben, und die Blicke aller an der europäischen Verständigung hängenden Kreise sind hoffnungsvoll auf den ökonomischen Zusammenschluß im Nordwesten unseres Kontinents gerichtet.

Die Entscheidung darüber, ob die Volkswirtschaften Deutschlands und der Staaten der heutigen Beneluxunion sich vorteilhaft ergänzen und infolgedessen die Aufnahme der Trizone in den Bund empfehlenswert ist, kann nur auf nüchterne Betrachtung der obwaltenden wirtschaftlichen Verhältnisse, des Warenaustausches zwischen den beteiligten Staaten mit ihrer Produktionskapazität gegründet werden. Dabei ist in der Zusammenstellung und Bewertung des vorliegenden statistischen Materials bis auf die Entwicklung vor dem letzten Weltkriege zurückzugreifen, weil die Offenlegung normaler wirtschaftlicher Gegebenheiten für eine Beurteilung auch der heutigen Lage unentbehrlich ist. Den Außenhandel Deutschlands und der Beneluxstaaten mit der Welt, mit Europa und untereinander mögen die folgenden Zahlenbilder erläutern, die der amtlichen deutschen und der internationalen Statistik des früheren Völkerbundes entnommen wurden:

1. Gesamtaußenhandel Deutschlands und von Benelux (in Mill. Dollar):

		1928	1932	1935	1938
Deutschland	Einfuhr	5647	1882	1877	2195
	Ausfuhr	4951	2315	1732	2117
Belgien-Luxemburg	Einfuhr	1505	761	622	770
	Ausfuhr	1434	696	577	723
Niederlande	Einfuhr	1827	887	637	779
	Ausfuhr	1353	577	439	571

2. Außenhandel Deutschlands und von Benelux mit Europa und Außeneuropa im Durchschnitt der Jahre 1936 bis 1938 (in Mill. RM):

		aus und nach Europa	aus u. nach Außeneuropa
Deutschland	Einfuhr	2843 = 56,4 vH.	2203 = 43,6 vH.
	Ausfuhr	3710 = 69,8 vH.	1602 = 30,2 vH.
Belgien-Luxemburg	Einfuhr	1173 = 58,5 vH.	831 = 41,5 vH.
	Ausfuhr	1319 = 71,0 vH.	538 = 29,0 vH.
Niederlande	Einfuhr	1168 = 61,6 vH.	729 = 38,4 vH.
	Ausfuhr	1026 = 73,4 vH.	372 = 26,6 vH.

3. Außenhandel Deutschlands und von Benelux miteinander:

a) Im Durchschnitt der Jahre 1936 — 1938 hat Deutschland aus Belgien-Luxemburg für 176,9 Mill. RM = 6,2 vH. und aus den Niederlanden für 194,1 Mill. RM = 6,8 vH. seiner europäischen Gesamteinfuhr bezogen; die Einfuhr aus Belgien-Luxemburg stand in Deutschland an 5., die aus den Niederlanden an 4. Stelle von europäischen Staaten hinter Großbritannien, Schweden und Italien. Deutschland lieferte nach Belgien-Luxemburg für 242,2 Mill. RM = 6,5 vH. und nach den Niederlanden für 437,1 Mill. RM gleich 11,8 vH. seiner europäischen Gesamtausfuhr; der Export nach Belgien-Luxemburg besetzte den 6. Platz von europäischen Staaten hinter den Niederlanden, Großbritannien, Italien, Frankreich und Schweden; die Ausfuhr nach den Niederlanden führte also im deutschen Export nach allen europäischen Staaten. In Belgien-Luxemburg war der Import aus Deutschland der zweitgrößte hinter dem aus Frankreich, in den Niederlanden der weitaus größte (1938 180 Mill. Dollar gegenüber 88 Mill. aus Belgien-Luxemburg und 64 Mill. aus Großbritannien); die Ausfuhr Belgien-Luxemburgs nach Deutschland befand sich in derjenigen nach europäischen Staaten an 4. Stelle hinter Großbritannien, Frankreich und den Niederlanden, die holländische an 2. Stelle hinter Großbritannien.

b) Im Jahre 1948 hat die Doppelzone aus Belgien-Luxemburg für 80,3 Mill. RM/DM oder fast 9 vH. und aus den Niederlanden für 121,6 Mill. RM/DM oder 13,6 vH., während der ersten acht Monate 1949 aus Belgien-Luxemburg für 293,7 Mill. DM oder fast 18,2 vH. und aus den Niederlanden für 149,3 Mill. DM oder 9,3 vH. ihrer europäischen Gesamteinfuhr bezogen. Sie lieferte 1948 nach Belgien-Luxemburg für 362,9 Mill. RM/DM oder 17,3 vH. und nach den Niederlanden für 224,4 Mill. RM/DM oder 14,7 vH., von Januar bis August 1949 nach Belgien-Luxemburg für 266 Mill. DM oder 13,5 vH. und nach den Niederlanden für 248,8 Mill. DM oder 12,7 vH. ihrer europäischen Gesamtausfuhr. Im Import der Doppelzone aus Europa stand Belgien-Luxemburg 1948 am 4. und 1949 am 1., die Niederlande befanden sich 1948 am 2. und 1949 am 4. Platz; im Export besetzten Belgien-Luxemburg 1948 die 1., 1949 die 2., die Niederlande 1948 und 1949 die 3. Stelle.

c) Die Aufgliederung des Spezialhandels nach Warengruppen zwischen Deutschland und den Beneluxstaaten für den Durchschnitt der Jahre 1936 bis 1938 und zwischen der Doppelzone und ihnen 1948 und während des ersten Halbjahres 1949 zeigt (in Mill. RM, für 1948 RM/DM und 1949 DM) das folgende wertvolle Bild, das uns einen Einblick in die Struktur der Außenhandelswirtschaften gestattet:

			Ø 1936—1938		1948		½ 1949	
			Betrag	vH.*)	Betrag	vH.*)	Betrag	vH.*)
Rohstoffe	Einfuhr aus	Belgien-Lux.	43	2,4	14,7	2,0	18,1	2,0
		Niederlanden	27	1,5	7,8	1,1	7,5	0,8
	Ausfuhr nach	Belgien-Lux.	57	11,5	54,9	12,0	31,2	8,3
		Niederlanden	74	14,7	70,5	15,4	46,4	13,2
Halbwaren	Einfuhr aus	Belgien-Lux.	66	7,2	33,9	7,5	62,8	13,6
		Niederlanden	40	4,3	18,0	4,0	24,4	5,3
	Ausfuhr nach	Belgien-Lux.	38	8,1	126,5	23,3	104,7	18,2
		Niederlanden	26	5,6	23,9	4,4	26,8	4,7
Fertigwaren	Einfuhr aus	Belgien-Lux.	49	12,4	18,5	11,9	53,9	16,9
		Niederlanden	19	4,9	5,9	3,8	15,4	4,6
	Ausfuhr nach	Belgien-Lux.	143	3,4	70,1	9,1	67,9	8,6
		Niederlanden	332	7,8	128,6	16,7	110,2	13,93

*) v. H. der Gesamtein- und -ausfuhr in der betreffenden Warengruppe.

Diese Zahlen sprechen zu dem aufmerksamen Betrachter für sich; zur Erläuterung genügen wenige Bemerkungen: Deutschland und die Beneluxstaaten fanden vor dem Kriege mit ungefähr gleicher Stärke für Bezug und Lieferung in Europa den Schwerpunkt ihres Außenhandels; für die Doppelzone anders als für unsere nordwestlichen Nachbarn ist nach dem Kriege der Absatz in Europa und der Bezug aus der übrigen Welt ungesund angeschwollen. Der Warenaustausch zwischen ihnen ist gewichtig; 1948 ist er gegenüber der Vorkriegszeit verhältnismäßig, 1949 sogar prozentual und summenmäßig gewachsen. Für Deutschland ist das Beneluxgebiet heute wie früher ein bevorzugter Lieferant und Abnehmer. Umgekehrt — und das sei mit Nachdruck hervorgehoben — ist der Warenbezug aus und der Versand nach Westdeutschland für die Beneluxstaaten als lebenswichtig zu bezeichnen; das ist auch aus der Rangstellung Deutschlands in ihrem Außenhandel abzulesen. Die Struktur des Handelsverkehrs nach einzelnen Warengruppen hat sich nach dem Kriege gegenüber 1938 nicht wesentlich verschoben; hervorstechend war vielleicht 1948 und 1949 die prozentuale Steigerung der Ein- und Ausfuhr von Halbwaren und des Exports von Fertigwaren, der allerdings summenmäßig gegenüber der Vorkriegszeit noch stark zurückbleibt.

Eine Zusammenstellung der am Außenhandel Westdeutschlands mit dem Beneluxraum beteiligten Warenarten im einzelnen würde hier zu weit führen. Nur des Exports von Brennstoffen aus der Doppelzone sei mit wenigen Worten gedacht, weil er den Charakter der Ausfuhr nach Nordwesten zu günstig erscheinen läßt. Die Zwangsausfuhr von Kohle und Koks, vor allem nach Belgien, ist erdrückend hoch: 1948 sind es im Wert von 156,3 Mill. RM/DM oder 59,4 vH. und im ersten Halbjahr 1949 von 113 Mill. DM oder 54,4 vH. der nach Belgien-Luxemburg gerichteten Gesamtausfuhr der Doppelzone dorthin und 1948 von 66,1 Mill. RM/DM oder 29,5 vH. und im 1. Halbjahr 1949 von 44,2 Mill. DM oder 23,9 vH. der für die Niederlande bestimmten Gesamtausfuhr zu ihnen gegangen. Demzufolge ist der übrige Export Westdeutschlands nach dem Beneluxgebiet und namentlich nach Belgien als unzureichend zu bezeichnen. Das drückt sich auch in der unerfreulichen Tatsache aus, daß die Handelsbilanz der Doppelzone gegenüber Belgien-Luxemburg, die vor dem Kriege stets und auch nachher noch im Jahre 1948 mit rund 183 Mill. RM/DM aktiv war, nach dem Ablauf von acht Monaten 1949 mit einer Passivität von 27,7 Mill. DM abgeschlossen hat; dieser Fehlbetrag wirkt bei der wirtschaftlichen Überlegung noch belastender, daß, wie vorher ausgeführt wurde, mehr als die Hälfte des Gesamtexports aus der Doppelzone nach Belgien-Luxemburg in Kohle und Koks bestanden hat. Leider ist auch die Ausfuhr von Halb- und Fertigwaren in der gleichen Richtung während des ersten Halbjahres 1949 gegenüber 1948 sowohl summen- wie verhältnismäßig gesunken. Allerdings hat sich auf der anderen Seite dadurch nichts an dem Werte Belgiens und Luxemburgs mit dem belgischen Kolonialreich als Bezugsgebiet geändert: nicht nur in der Lieferung von Lebensmitteln (Margarine, Küchengewächsen, Fischen, Käse, sonstigen pflanzlichen Nahrungsmitteln, Schmalz und Ölfrüchten, diesen aus dem Kongo), sondern vor allem auch in der Versendung von Rohstoffen und Halbwaren zur gewerblichen Verarbeitung in Deutschland (Kupfer und Zink, technischen Fetten und Ölen, auch aus dem Kongo, Wolle-, Baumwolle- und Flachsgespinsten, chemischen Halbwaren und Kunstseide sowie Kongo-Rohbaumwolle) ragt die belgisch-luxemburgische Zollunion aus dem Kreise der Belieferer Westdeutschlands hervor. Nicht ohne ein Gefühl der Bewunderung und des Neides müssen wir anerkennen, daß die in Belgien-Luxemburg verfolgte liberale Linie der Wirtschaftspolitik sich für das eigene Gebiet ausgezeichnet bewährt hat: sein Außenhandel hat die frühere konstante Passivität der Handelsbilanz in einen Überschuß verwandelt, der sich in den ersten acht Monaten 1949 auf rund 1,8 Mrd. belg. Franken belief. Es ist zwar zu hoffen, daß die im Warenaustausch zwischen der Trizone und Belgien-Luxemburg aufgetretenen Schwierigkeiten in Verfolg eines am 22. Oktober 1949 gezeichneten Abkommens über den Zahlungsverkehr gemildert oder sogar beseitigt werden können. Aber Belgien-Luxemburg wird bei den im Gange befindlichen erneuten Verhandlungen mit Westdeutschland über die Liberalisierung des Güteraustausches nach dem Muster unserer jüngsten Vereinbarungen mit der Schweiz, den Niederlanden, Österreich und Norwegen den Beweis erbringen müssen, daß es in erheblich größerem Maße als bisher zur Aufnahme deutscher Waren möglichst lohnintensiver Art willens und fähig ist.

Die gemachten Angaben aus der Statistik und ihre Verwertung lassen zur Genüge erkennen, daß zwischen den Volkswirtschaften der beiderseits beteiligten Staaten brauchbare und ausbaufähige Ergänzungsmöglichkeiten bestehen. Die reichen Bodenschätze im Beneluxgebiete, seine hochgezüchtete, rationell arbeitende Landwirtschaft, Gartenbau- und Gemüsekultur, die auf Verarbeitung heimischen Materials spezialisierte Industrie sind ebenso wertvoll und wichtig für Deutschland, wie unsere nordwestlichen Nachbarn auf die Versorgung mit Massenprodukten der technisch durchentwickelten deutschen Fabrikation nicht verzichten können, ohne den gesteigerten Lebensstand ihrer Bevölkerung zu gefährden. Umgekehrt ist die Landwirtschaft im Nordwesten, namentlich in den nahen Niederlanden, wie vor dem Kriege mit der Veredelung als Rückgrat, vom Absatz in Deutschland geradezu abhängig, und Deutschland selber wird von jeder Förderung seines Exportes nach Belgien-Luxemburg und den Niederlanden günstig berührt. Zwar gibt es auf beiden Seiten der Grenzen parallel arbeitende Fabrikationszweige, doch ist eine Verständigung zwischen ihnen über gemeinsames Auftreten im vergrößerten inneren Markt und im Export, also der Ausschluß eines schädlichen Wettbewerbes untereinander durchaus denkbar. Belgien-Luxemburg und die Niederlande, deren Erzeugung in vielen Abarten der Landwirtschaft und Industrie (hier denke man nur beispielsweise die Schwerindustrie und die Fabrikation von Papier, Porzellan und Lederwaren) miteinander konkurriert, haben sich dadurch nicht entmutigen lassen; warum sollte die Gleichförmigkeit in der Produktion für das Verhältnis zwischen Westdeutschland und Benelux, in dem sie weniger betont auftritt, ein Abschreckungsgrund sein?

Dazu kommt schließlich noch die schlechthin entscheidende Bedeutung, die den großen Seehäfen Antwerpen und Rotterdam als vielfach befruchtenden Faktoren für die heimische Wirtschaft zukommt. Zu normalen Zeiten waren sie auf lebhaften Güterverkehr nach, von und durch Deutschland eingerichtet, ein Faktor, der den Regierungen Belgiens und der Niederlande Veranlassung gab, immer wieder bei den deutschen Besatzungsbehörden auf die Wiedereinschaltung ihrer Häfen in das deutsche Geschäft hinzuwirken. Auch auf diese Weise ist das Beneluxreich mit Deutschlands Wirtschaft untrennbar verflochten. Es ist für uns recht interessant, einer im Zusammenhang mit den Hafeninteressen gebrachten Bemerkung in der bekannten belgischen Zeitung „Libre Belgique" entnehmen zu können, daß nach Meinung der von ihr vertretenen Kreise eine Wirtschaftsunion mit Deutschland leichter zu verwirklichen sei als die Beneluxunion, weil die Bundesregierung in der Frage des ungehinderten Warenverkehrs sich aufgeschlossener verhielte als Holland.

Bei dieser ganzen Sachlage ist es eigentlich seltsam und nur aus der sich langsam lichtenden politischen und ökonomischen Verworrenheit unserer Tage zu erklären, wenn die wirtschaftliche Vereinigung Westdeutschlands mit den Beneluxstaaten über die bisher eingegangenen Abmachungen weit hinaus noch nicht angefaßt worden ist. Man überlege nur, daß unter normalen Um-

Ihre Fähigkeiten
sowie Ihre erarbeiteten und teuer bezahlten Kenntnisse möchten Sie auswerten. Warum nicht auch bei Versicherung Ihres Lebens? Nutzen Sie die Vorteile unserer unmittelbaren „Hannoverschen Werbung".
Hannoversche
Lebensversicherung a.G.
(20a) Hannover Postfach 58

Und wenn der Marshall-Plan fehlschlüge? . . .

Pariser Brief unseres m.a.r.r.-Korrespondenten in Frankreich

In dem Maße wie der Fälligkeitstermin von 1952 heranrückt und sich die Schwierigkeiten einer europäischen Union mehren, scheint sich die Pariser Presse der Tatsache bewußt zu werden, daß die Fassade der OECE und der Straßburger Kongreß den Weg nicht aufzeigen konnten, den man anders als mit Worten hätte einschlagen müssen. Wozu dienen auch Versammlungen und gemeinsame Bankette, wenn sich jedes Land — man denkt dabei sogleich an England — zwecks Isolierung sofort in seinen Elfenbeinturm zurückzieht, sobald es gilt, einen Entschluß zu fassen!

Die Amerikaner haben soeben zu verstehen gegeben, daß sie keineswegs auf die scheinbare europäische Einstimmigkeit hereinfielen, die vorgetäuscht wurde, als es sich darum handelte, die Gelder zu teilen, die aber nachher bereit ist, dem andern in die Beine zu schießen; ebensowenig was die Verwendung der vorgestreckten Summen betrifft, die oft dazu dienten, die peinlichen Löcher am Monatsende zu stopfen . . . wenigstens in Frankreich. Ihr Fehler bestand darin, zu glauben, oder zu tun, als ob sie glaubten, daß die europäische Einheit das Allheilmittel sei für die Übel, an denen wir leiden. Das traf nicht zu; die Ursachen für das Versagen muß man gleichfalls anderswo suchen als im Mangel an Einheit auf dem alten Kontinent.

Erstens ist die Verbindung zwischen Europas Mangel an Dollars und seinem Mangel an innerer Einheit nur eine oberflächliche. Der Handel der europäischen Länder zerfiel von jeher in zwei Gruppen: in den Austausch innerhalb Europas und den Warenaustausch mit anderen Kontinenten. Die Entwicklung des ersteren begünstigen, heißt nicht automatisch, den anderen steigern. Wäre die Einheit Europas schon vorhanden, so würden die ausländischen, in Dollar zahlbaren Einkäufe an Baumwolle, an Nichteisenmetallen und Petroleum weiterbestehen. Lediglich die Vergeudung von Dollars infolge der Vielheit der Einkäufe würde verringert. Dies allein würde jedoch die Lage von heute bis 1952 nicht völlig umkehren.

Ferner ist die Vereinigung der Länder Westeuropas keine tatsächliche, einmal, weil die landwirtschaftlichen und weniger entwickelten Länder des europäischen Ostens, die durch den eisernen Vorhang abgetrennt wurden, fehlen, woraus sich eine Störung im Gleichgewicht des europäischen Warenaustauschs ergibt, — andererseits weil es unsinnig wäre, in ein- und demselben Ganzen Griechenland oder die Türkei mit Großbritannien zu vereinigen. Ein gemeinsamer Mangel an Dollar bedeutet keineswegs eine Identität der Probleme.

Schließlich wäre es unbegreiflich, Großbritannien einem solchen System integrieren zu wollen und hätte nur von solchen Menschen getan werden können, die die wesentlichsten Gegebenheiten der Geschichte und der Geographie nicht gekannt oder verachtet hätten. Europa wird London die fehlenden Dollars nicht bringen, und niemals wird ihm London seine imperialistische Priorität (Vorliebe) opfern.

Es sind aber da noch andere, mehr zufällige Gründe vorhanden.

Die beständige Störung des Gleichgewichts der Zahlungsbilanzen hat die verschiedenen europäischen Länder veranlaßt, alles ins Werk zu setzen, um individuelle Lösungen zu finden; und dies geschah vor der europäischen Einigung und lief ihr zuweilen sogar zuwider in den Ländern, die neue Industrien aufgebaut haben mit dem ausschließlichen Ziel, ihre Verkäufe in Amerika zu steigern, selbst um den Preis, ihrem europäischen Nachbar zu schaden.

Die angebliche „Koordination" der verschiedenen nationalen „Vierjahres"-pläne war mehr der Ausdruck von Anwandlungen und Hoffnungen als von Verwirklichungen. Da fehlt es gleichfalls noch an der übernationalen Autorität, welche die Beschlüsse der OECE oder des Europarates auferlegen würde.

Die freie Umwandelbarkeit der Währungen ist ein weiterer Betrug. Sie würde jegliche Wirtschaftspolitik der verschiedenen Länder Europas wieder fraglich machen. Nun, wo wäre ein Gebiet des Ausgleichs zu finden zwischen den Vertretern der Arbeitslenkungstendenz und dem belgischen Liberalismus? Dieses Gefüge der Nachkriegsplanung ist jedoch derartig künstlich, daß die geringste „Abweichung" dem Zusammenbruch des Systems Tür und Tor öffnen würde.

Um diese Untersuchung der Ursachen des Mißlingens des Marshall-Planes zum Abschluß zu bringen (der indessen für die europäischen Länder eine gewaltige Unterstützung bedeutete bei der Unterbindung der Inflation und ihnen half, eine wirtschaftliche Tätigkeit wiederzufinden, welche die der Vorkriegszeit um ein Viertel überstieg), muß man wohl sagen, daß die Europäer Sklaven der Vergangenheit und des traditionellen Rahmens der Vorkriegszeit sind. Sie haben das Bedürfnis nach neuen Strukturen und nach dem Aufgeben eines veralteten Nationalismus noch nicht verstanden.

Er hat die beiden letzten vorgeschlagenen Lösungen zum Scheitern gebracht: die Freigabe des Warenaustausches und die liberale Integration (Einfügung) der Länder Europas. Als Herr Stafford Cripps die Freigabe von 50% des Austauschs vorschlug, handelte es sich mehr um „Propaganda" als um Wirklichkeit. Denn diese Freigabe bedeutete für Großbritannien zunächst das Ausscheiden der Länder mit Hartgeld, der Schweiz, Belgiens und Schwedens; andererseits erstreckte sie sich nur auf den privaten Austausch; schließlich lähmte das Spiel der mannigfachen Einfuhrsteuern, in dem das englische Schatzamt Meister ist, den ganzen Vorschlag. Die von England vorgeschlagenen 50% wurden auf 10% reduziert, deren Zoll- und Steuertarif das Gesetz bestimmte.

Was die Integration der verschiedenen Wirtschaftsformen betrifft, so setzt sie liberale Anwendungen voraus; ihre Anwendung braucht keineswegs den verschiedenen, nach Führung strebenden Regierungen ausgeglichen zu werden.

Die einzige neue Tatsache ist die Anerkennung des — teilweisen — Bankerotts des Marshall-Plans, was seine Politik auf lange Sicht betrifft.

Die einzige noch verbleibende Lösung wäre die Errichtung gebietlicher Ausgleiche und Einverständnisse, bei denen gewisse Regierungen die Initiative ergreifen würden.

Was Frankreich betrifft, so ist es offensichtlich, daß, nachdem das zu imperialistische Großbritannien ausgeschaltet ist, der einzige Partner von Bedeutung, mit dem es einen solchen Aufbau wagen könnte, nur Deutschland sein könnte. Der Gedanke ist geboren, man beginnt, davon zu sprechen, wenn auch noch leise, denn die Vergangenheit ist noch zu nah, aber er macht Fortschritte, und wir werden wohl bald darauf zurückkommen.

Süddeutscher Spinnweber-Verband G.m.b.H.
Stuttgart z. Zt. Wendlingen (Neckar)
Spinnereien
Webereien
Bleichereien
Färbereien
Druckerei

ständen beispielsweise Hollands Wirtschaft doppelt so stark mit der Deutschlands verkoppelt war wie mit der belgisch-luxemburgischen, und daß diese Verbundenheit auch jetzt noch besteht und sich fortgesetzt kräftigt. So wird es auch verständlich, daß in industriellen Gremien Holländisch-Limburgs mit steigendem Nachdruck darauf verwiesen wird, die Beneluxunion, die sie nicht ablehnen, sei kein ausreichender Ersatz für einen „engen Kontakt" mit Westdeutschland.

Uns aber brennt das Feuer auf den Nägeln. Von unserem gesteigerten Export ist das deutsche Schicksal nach dem Ablauf des Marshallplanes abhängig. Man gebe also frisch und ohne übertriebene Furcht vor den natürlichen Übergangsschwierigkeiten aus Werk, den inneren Markt zu werben! Gewiß ist Benelux, als Wirtschaftspartner mit Westdeutschland vereint, aus politischen Gründen nicht ebenso zugkräftig, wie es etwa unsere Aufnahme in die im Entstehen begriffene französisch-italienische Zollunion sein müßte. Indessen schließt das eine das andere nicht aus; mit einiger Phantasie läßt es sich durchaus vorstellen, daß Westdeutschland als Bindeglied zwischen den beiden Regionalblocks hingieren könnte, in denen schon jetzt vorsichtige Fäden herüber und hinüber gezogen werden; der neue Name „Tritalux" beginnt sich einzubürgern. Auch würde der aus wirtschaftlichen Notwendigkeiten gebotene Anschluß der Trizone an die Beneluxunion nicht nur für die beteiligten Länder von gar nicht abschätzbaren Nutzen sein, sondern auch international als erreichter Meilenstein auf dem Wege zu der ersehnten europäischen Zollunion wirken können.

Schilling abgewertet

Das österreichische Finanzministerium gab am 21. November die Abwertung des österreichischen Schilling an. (Wir kündigten die Abwertung vor 14 Tagen und noch einmal in der vorigen Ausgabe an.) Es wurden drei Kurse festgesetzt, nämlich Grundkurs von 14.40 Schilling für einen Dollar (bisher 10 Schilling) und 40.32 Schilling für ein Pfund Sterling; Zwischenkurs von 21.38 Schilling für einen Dollar und 59.80 Schilling für ein Pfund Sterling; Prämienkurs von 26.00 Schilling für einen Dollar und 72.80 Schilling für ein Pfund Sterling.

Der österreichische Finanzminister erklärte, daß die neuen Verrechnungskurse für den österreichischen Schilling am 22. November in Kraft treten. Die österreichische Nationalbank werde für Transaktionen in ausländischer Währung bis zum 25. November geschlossen sein. Der neue Prämienkurs wird zum erstenmal am 23. November amtlich gehandelt werden. Über den neuen Prämienkurs sagte er, daß er glaube, er werde sich auf etwa 28 Schilling für einen Dollar stellen, das ist gleich der jetzigen Notierung des Verrechnungskurses. Die österreichische Nationalbank wird für den Handel in ausländischen Währungen einen Markt einrichten, an dem sich die Notierungen nach Angebot und Nachfrage frei bilden können. Dieser Markt wird jedoch nur solchen Händlern offen sein, die dazu eine Erlaubnis der österreichischen Nationalbank haben. Dieser Markt werde den Spekulanten nicht zur Verfügung stehen, sagte der Minister.

Über die Anwendung der neuen Verrechnungskurse führte der Finanzminister aus, daß die Exporteure 60% ihrer Erlöse in ausländischer Währung für eigene Rechnung oder zum Kurse von 26 Schilling für einen Dollar verwerten können. Die restlichen 40% müssen der Nationalbank zum Grundkurse von 14.40 zur Verfügung gestellt werden, d. h., daß der Exporteur für einen Dollar im Durchschnitt 21.38 Schilling erhält.

Marshallplan-Waren von besonderer Wichtigkeit wie Mehl, Fette, Zucker, Medikamente, Haustrandkohle, Futtermittel, Saaten, Düngemittel usw. werden zum alten Kurs von 10 Schilling für einen Dollar eingeführt werden können. Daher werde sich der Lebensstandard nicht erhöhen. Andere lebenswichtige Güter können zum Grundkurse von 14.40 Schilling für einen Dollar bezahlt werden.

Der Finanzminister fügte hinzu, daß sonstige Einfuhren zum Zwischenkurs beglichen werden, während die Einfuhr von Gütern, für die kein besonderes Interesse besteht, zum Prämienkurs bezahlt werden müssen.

•

Der amtliche Umrechnungskurs in Österreich sieht also das gleiche valutarische Verhältnis von Pfund zu Dollar vor, wie in Deutschland, nämlich 2.8:1 (gerechnet aus 40.32:14.4 Schilling bzw. 11.76 DM : 4.20 DM). International dagegen ist infolge der gerade in den letzten Tagen immer stärker werdenden Abschwächung des englischen Pfundes das valutarische Verhältnis nur 2.4 : 1 z. B. in Zürich: 10,50 : 4,31. Die Abwertung des Schillings beträgt also 44% (vom alten Kurs aus gerechnet) bzw. 30,5% (vom neuen Kurs aus gerechnet). Die Abwertung des Schillings hält sich damit genau an die Abwertung des Pfundes zum Dollar vom 20. September d. Js. Die Abwertung des Schilling ist damit um 30% stärker als die Abwertung der D-Mark. Im Export ist damit Österreich nun günstiger gestellt als wir.

Schweizer Exportpreise zu hoch

In der Schweiz hat die Aufrechterhaltung des bisherigen Wechselkurses eine Verteuerung der Exportpreise für Weichwährungsländer um 30 bis 45% zur Folge gehabt. Dieser Tatbestand hat zu einer Reihe von Annullierungen geführt, von denen anscheinend besonders die Maschinenindustrie betroffen ist. Es ist anzunehmen, daß darin ein Bestreben der Kunden zu sehen ist, in neue Preisverhandlungen einzutreten. Auf jeden Fall wird sich die Wettbewerbslage für die schweizerische Maschinenindustrie durch die Währungsabwertungen verschärfen. Die Schweizer Industrie fordert daher die Rationalisierungsbestrebungen und die wissenschaftliche Forschung zur Aufrechterhaltung des Exportvolumens zu intensivieren.

Schweizer Schrottkäufe gehen zurück

Die Schrottbezüge der Schweiz im Ausland sind in der letzten Zeit stark zurückgegangen. Die Schrottverbraucher, in erster Linie die beiden Eisenwerke, sind so stark mit Vorräten eingedeckt, daß im Augenblick selbst das schweizerische Schrottaufkommen nicht schlank abgenommen wird. Unter diesen Umständen wird gegenwärtig sogar eine Ausfuhr des schweizerischen Schrotts, die bisher nicht in Frage kam, in Erwägung gezogen.

Frankreichs Außenhandel

Im Oktober zum erstenmal seit 24 Jahren aktiv

Durch die von der französischen Zollbehörde veröffentlichte Mitteilung, daß der französische Außenhandel im Oktober 1949 zum erstenmal seit 24 Jahren wieder ein, wenn auch geringes, Aktivsaldo von 800 Mill. ffrs. aufweist, erhebt sich die Frage, ob der französische Außenhandel nun endgültig aus seinem chronischen Passivstadium herausgekommen und in Zukunft, wenn nicht mit einem Ausfuhrüberschuß, so doch mit einem ungefähren Ausgleich der Handelsbilanz zu rechnen sei. Der Handel mit dem reinen Ausland war auch im Oktober noch passiv, aber nur noch mit 2,2 Mrd. ffrs. gegen rund 20 Mrd. ffrs. im September, während der Aktivsaldo aus dem Warenhandel mit den Überseegebieten von +4,5 Mrd. auf 3,1 Mrd. ffrs. zurückgegangen ist.

Die nachfolgende Aufstellung gibt Aufschluß über diese Entwicklung, sowie über die Tendenzen, die sich aus diesen Zahlen für die nächste Zukunft herauslesen lassen.

Französischer Außenhandel
(in Mill. ffrs.)

Einfuhren:	September 1949	Oktober 1949	gegenüber Vormonat
aus Ausland	55.875	45.952	— 9.523
aus Überseegebieten	19.084	23.400	+ 4.316
insgesamt:	74.959	69.352	— 5.207
Ausfuhren:			
nach Ausland	39.094	43.655	+ 4.561
nach Überseegebieten	23.561	26.934	+ 3.373
insgesamt:	56.667	70.909	+14.242

Der starke Einfuhrrückgang aus dem Ausland wird zur Hälfte wertmäßig durch erhöhte Einfuhren aus den französischen Überseegebieten ausgeglichen, was die konstanten und auch erfolgreichen Bemühungen des Mutterlandes bestätigt, die Kolonien in immer stärkerem Maße als Rohstofflieferanten heranzuziehen. Saisonmäßige Einflüsse, wie das starke Nachlassen der Rohtextilimporte im Oktober aus der Dollarzone, geben der Oktoberbilanz ein besonders günstiges Bild. Infolge der langen Fahrtdauer aus dem überseeischen Ausland hat sich die Franzabwertung auf den Oktobereinfuhrwert noch kaum auswirken können; überdies sind die Oktoberstatistiken der französischen Zollbehörde für die Zeit vom 20. September bis 20. Oktober erfaßt worden. Hingegen dürften die Rückwirkungen der Abwertung angesichts der fast zu 80% nach dem europäischen Festland und Großbritannien gerichteten französischen Auslandsexporte bereits in der Oktoberbilanz teilweise in Erscheinung getreten sein. Eine Reihe von Exportaufträgen dürften einmal infolge der Ferienperiode und dann in Erwartung der Abwertung zurückgehalten und in den ersten Oktobertagen erledigt worden sein. Diese Aufhäufung von Exportaufträgen und ihre plötzliche Erledigung dürfte in erster Linie zu der außergewöhnlichen Erhöhung des französischen Exports im Oktober beigetragen haben. Wenn die Novemberbilanz aller Voraussicht nach weniger günstig ausfallen dürfte, so lassen die sich seit einiger Zeit abzeichnenden Grundtendenzen des französischen Außenhandels doch auf eine langsame, aber stetige Besserung schließen. Diese Grundtendenzen sind: Zunehmende Beteiligung der französischen Überseegebiete am gesamtfranzösischen Außenhandel; langsame Verminderung der Rohstoff- und Industrieausrüstungsimporte aus dem überseeischen Ausland, insbesondere aus der Dollarzone. Erhöhung der französischen Exporte nach den europäischen Ländern.

Bedenken gegen „Liberalisierung" und „Fritalux"

Die Zustimmung der französischen Regierung zu einer 50%igen „Liberalisierung" des Außenhandels ist in zahlreichen französischen Wirtschaftszweigen mit starken Vorbehalten aufgenommen worden. Die Landwirtschaftsorganisationen haben sogar offen gegen die geplante Maßnahme protestiert. Andererseits hat der „nationale Wirtschaftsrat", der aus Vertretern sämtlicher französischer Wirtschaftszweige und Berufsgruppen zusammengesetzt ist, sein Bedauern ausgedrückt, daß er nicht vor der Beschlußfassung konsultiert worden ist. Er hat, noch ehe er in die Einzelberatung ging, starke Vorbehalte ausgesprochen. Landwirtschaftskreise fordern bei der geplanten „Fritalux", d. h. der Wirtschafts- und Währungsunion zwischen Frankreich, Italien und den Beneluxländern, die Ausweitung auf Westdeutschland und Großbritannien, da diese beiden letzteren Staaten allein interessante Kunden darstellten. Der Kreis der „Fritalux" sei zu eng und zwei seiner Teilnehmerstaaten, nämlich Italien und Holland, seien scharfe Konkurrenten. Ganz allgemein erklären die Landwirtschaftskreise, daß die Modernisierung noch nicht fortgeschritten genug sei, um die französische Landwirtschaft den geplanten Liberalisierungsmaßnahmen aussetzen zu können. Der ganze Problemkreis wird demnächst Gegenstand einer Debatte in der Nationalversammlung sein.

Französisch-jugoslawische Handelsbesprechungen verschoben

Die französisch-jugoslawischen Handels- und Finanzbesprechungen, die am 17. November in Paris beginnen sollten, sind um 10 Tage verschoben worden.

Bedeutende Produktionserhöhungen

Zwei der bedeutendsten französischen Grundindustrien, der Bergbau und die Schwerindustrie, haben im Oktober ihre Produktionen gegenüber den Vormonaten stark gesteigert und annähernd die Rekordziffern im Frühjahr ds. Js. wieder erreichen können. Die Rohstahlproduktion belief sich im Oktober auf rund 800 000 t und die Kohlenförderung auf 4 526 000 t. Für die ersten zehn Monate ergibt sich eine Stahlproduktion von 7 800 000 t und eine Kohlenförderung von 44 033 000 t. Der bisherige Monatsdurchschnitt der Stahlproduktion beträgt somit 780 000 t gegen 604 000 t im Jahre 1948 und 518 000 t im Jahre 1938. Der Monatsdurchschnitt der Kohlenförderung beträgt rund 4,4 Mill. t gegen 3 761 000 t im Jahre 1948 und 3 900 000 t im Jahre 1938.

Die Produktion der französischen Automobilindustrie hat im September 1949 mit 26 694 Einheiten einen neuen Rekord erreicht. Die durchschnittliche Monatsproduktion beläuft sich nach den ersten neun Monaten auf 22 883 Einheiten gegen 16 531 im Jahre 1948 und 19 950 im Jahre 1938. Allein die Personenkraftwagen-Produktion betrug im September 18 112. Bisheriger Monatsdurchschnitt 14 298 gegen 8 341 im Jahre 1948 und 13 290 im Jahre 1938.

Bau eines Großkraftwerks an der saarländisch-lothringischen Grenze

Innerhalb des Programms zur Modernisierung des lothringischen Kohlenbergbaus wird zur Zeit in Karlingen eine Großkraftanlage gebaut, die nach ihrer Fertigstellung 3 Mrd. kWh liefern soll. Der Aufbau eines weiteren Werkes wird zur Zeit in Großbittersdorf an der saarländisch-lothringischen Grenze begonnen, das nach Fertigstellung eine Leistung von 320 000 kWh aufweisen soll.

Austerity-Lohnpolitik

Die britischen Arbeiter werden für geraume Zeit nicht mit allgemeinen Lohnerhöhungen rechnen können. Der Generalsekretär der britischen Transportarbeitergewerkschaft, Arthur Deakin, führte am Sonntag in einer Londoner Gewerkschaftsversammlung aus, daß die neue Lohnpolitik, wie sie von den Wirtschaftssachverständigen des britischen Gewerkschaftsverbandes in längeren Verhandlungen festgelegt worden ist, größte Zurückhaltung in Lohnforderungen und Steigerung der Produktion bedeutet. Auf der Grundlage der augenblicklichen Produktion, sagte Deakin, sollten die Löhne nach Auffassung der Gewerkschaft nicht erhöht werden, dagegen sei bei Produktionserhöhungen nichts gegen eine entsprechende Aufbesserung der Löhne einzuwenden. Er fügte hinzu, daß sich die Gewerkschaften mit dem Lebensstandard der am schlechtesten bezahlten Arbeiter befassen müßten.

Einzelheiten über die neue Lohnpolitik des britischen Gewerkschaftsverbandes sollen zum erstenmal am Mittwoch bekanntgegeben werden. Aus den Äußerungen Deakins geht hervor, daß sich die Gewerkschaften für die Unterstützung des Wirtschaftsplanes der Labour-Regierung entschieden haben und den in letzter Zeit ständig erhobenen Forderungen nach allgemeinen Lohnerhöhungen nicht nachkommen werden. Wie Deakin weiter mitteilte, dringen die Gewerkschaften darauf, daß Lohnfragen auch künftig direkt zwischen Unternehmern und den Vertretern der Arbeiter ausgehandelt werden, ohne daß sich die Regierung einschaltet.

Cripps: Ermutigende Entwicklung . . .

Die britischen Valutareserven nehmen seit der Pfund-Abwertung ständig zu und die Rohstoff- sowie die Lebensmittelvorräte haben sich im Laufe des letzten Halbjahres um einen Wert von 100 Mill. Pfund Sterling erhöht, erklärte der britische Schatzkanzler Sir Stafford Cripps am 17. November auf einer Pressekonferenz. Gleichzeitig habe die britische Produktion das Niveau des Vorjahres um sechs Prozent überschritten. Die Lebenshaltungskosten hätten sich nur unwesentlich erhöht und der Inflationsdruck dank der gemäßigten Haltung der Gewerkschaften in der Frage von Lohnerhöhungen sich nicht verstärkt.

Den billigen Sterling-Verkäufen im Ausland dürfe man keine übertriebene Bedeutung beimessen, führte Cripps weiter aus. Solange der Dollar- und Hartvalutamangel in der Welt ein Devisenkontrollsystem notwendig mache, würden immer einmal derartige Devisentransaktionen vorkommen.

. . . aber Pfundkurs geht zurück

Das Pfund Sterling fiel am Freitag auf dem Zürcher Devisenfreimarkt auf 10,40 bis 10,30 sfrs gegenüber 10,53 bis 10,55 sfrs am Vortage, obgleich der britische Schatzkanzler am Donnerstag erklärt hatte, daß die britischen Gold- und Dollarreserven seit der Pfundabwertung gestiegen sind.

England kauft Textilrohstoffe in der UdSSR

Eine britische Firma und die sowjetische staatliche Einfuhrorganisation unterzeichneten ein Abkommen, nach dem Großbritannien für 200 000 Pfund Sterling Textilrohstoffe aus der UdSSR bezieht. Die Verschiffung der Rohstoffe soll noch im November und Dezember dieses Jahres erfolgen.

Bergbaumaschinen nach Polen

Am 17. November gingen 29 Waggons mit 106 t Maschinen für den Bergbau aus Henwick, Worcestershire nach Polen. Dies stellt die erste von 14 monatlichen Lieferungen nach Polen dar.

KALODERMA

GLYZERINHALTIG: *leichtes, angenehmes, hautschonendes Rasieren:* **Manche Rasierer ziehen die (sparsamere) Stange, andere die (im Gebrauch noch handlichere) Creme vor. Beide ergeben den gleichen sahnigen, glyzeringesättigten Kaloderma-Schaum und ein:**

Rasieren in der Perfektion

RASIERSTANGE DM 1.35
in formschönem elfenbeinfarbenem Plastikbehälter DM 2.10
RASIERCREME DM 1.50

F. WOLFF & SOHN G·M·B·H KARLSRUHE IN BADEN

Welt-Warenmärkte

Baisse an der Londoner Zinn-Börse

Allgemein schwächere Tendenz in Getreide, Baumwolle und sogar in Kaffee – Nur Wolle haussierte

Die in Paris aus der Taufe gehobenen Pläne zu einer Zollunion zwischen Frankreich, Italien und dem belgisch-luxemburgisch-niederländischen Zollgebiet haben noch keineswegs den Zustand der Reife erreicht. Es wird noch über die Forderungen und Leistungen der einzelnen Teilnehmerländer verhandelt, und man kann daraus vielleicht den Eindruck gewinnen, daß das „Fritalux"-Projekt nicht so recht vorankomme. Eine Idee von dieser Bedeutung indessen braucht Zeit zur Reife. In der Weltpresse wurde bisher fast ausschließlich nur die zolltechnische Seite der Angelegenheit, die ja auch das ist, dessen Lösung man primär erstrebt, beleuchtet, ohne daß die Möglichkeit, diesen Wirtschaftsblock zu dem Kern eines Gebietes frei konvertierbarer Währungen zu machen, besonders herausgestellt worden ist. Nach allem, was über dieses Projekt aus dem Munde seiner Väter an die Öffentlichkeit gelangt ist — zu diesen Vätern darf man wohl den ECA-Verwalter Paul G. Hoffman mit an erster Stelle rechnen — ist das Fernziel ohne Zweifel die freie Konvertierbarkeit der Währungen innerhalb dieses Wirtschaftsblockes, dem sich, wie man hofft, Westdeutschland bald anschließen werde. Auf diese Weise würde aus den westeuropäischen Ländern eine wirtschaftliche Einheit gebildet werden, die sich stärkstens nach den Gesichtspunkten einer freien Wirtschaft entwickelt, im Gegensatz zu Großbritannien und seiner sozialistischen Planwirtschaft und auch in einem gewissen Gegensatz zu den skandinavischen Ländern, die stark im Schlepptau der britischen Wirtschaftspolitik liegen.

Bekanntlich wurde von der Gesamtzuteilung der Marshallplanhilfe für das laufende Wirtschaftsjahr ein Betrag von 150 Mill. Dollar in Reserve gestellt, von dem in im allgemeinen gut unterrichteten Kreisen angenommen wird, daß er sozusagen eine Erstausstattung von harter Währung für „Fritalux" sein könne. Es darf nicht übersehen werden, daß eine derartige Entwicklung durchaus den amerikanischen Fernzielen entsprechen würde.

Für unsere Betrachtung der Rohstoffmärkte hat diese Angelegenheit ohne Zweifel eine sehr große Bedeutung, insofern nämlich, als die Durchführung dieser Pläne wahrscheinlich das Schwergewicht der Rohstoffe — nach Europa hin gravitieren lassen wird. Daß diese Entwicklung bereits im Flusse ist, haben schon die ersten Tage des Geschäftes an der Londoner Zinnbörse bewiesen. Für den Zinnhandel hat der New Yorker Markt in diesen Tagen an Bedeutung verloren, er ist auf dem Wege, in die Rolle eines Inlandmarktes zurückzufallen.

An den internationalen Rohstoffmärkten setzte sich der steigende Trend auch in der Woche zum 18. November, allerdings weniger ausgeprägt, fort. Einige Notierungen gingen zurück.

Getreide

In Chikago ging die Notierung für Weizen, Dezember-Sicht, von 211⅞ cts je Bushel am 10. November auf 209¼ cts am 17. November zurück. Hafer fiel im gleichen Zeitraum von 75 auf 74, während sich Mais von 130⅝ auf 131¼ cts je Bushel erholen konnte. Die Chikagoer Getreidebörse verkehrte in der Berichtswoche in uneinheitlicher Haltung. Das Ausfuhrgeschäft enttäuschte und der Inlandsabsatz ist wenig befriedigend. Die Nachfrage des Auslandes nach Mais ist noch etwas stärker als die nach Weizen, was auch in der Entwicklung der Notierungen zum Ausdruck kommt. Norwegen kaufte 200 000 Bushel Mais. Gegen Ende der Woche bot die ECA-Zuteilung in Höhe von 17,8 Mill. Dollar an Frankreich und an die Türkei für Mais- und Weizenkäufe in den USA eine gewisse Anregung. — Der amtliche Wetterbericht der Vereinigten Staaten meldet klares Wetter, das die Maisernte in fast allen wichtigen Anbaugebieten sehr begünstigt hat. Der Stand von Winterweizen wird als gut bis ausgezeichnet gemeldet. — In Kreisen des internationalen Getreidehandels diskutiert man mit wachsendem Interesse die Höhe der amerikanischen Getreidepreise und die Frage, wie lange sie sich auf dem derzeitigen Stande werden halten können. Es ist auch an dieser Stelle wiederholt betont worden, daß das Gebäude der nordamerikanischen Getreidepreise auf Sand gebaut ist, insofern nämlich, als es mit dem „eigenartigen" Stützungssystem der USA steht und fällt. Zu Anfang dieses Jahres bestand die Aussicht, daß der Plan des nordamerikanischen Landwirtschaftsministers, der das geltende System der Preisstützung durch ein System der direkten Subventionierung ablösen wollte, angenommen werden könnte. Ohne Zweifel wäre dies besser gewesen, denn dann hätten sich wahrscheinlich die Preise auf einem niedrigeren Niveau stabilisiert, und zwar ohne den Zweck der Preisstützung zu verfälschen, nämlich dem nordamerikanischen Farmer ein Mindesteinkommen zu gewährleisten. Die vielverbreitete Meinung, daß die nordamerikanischen Getreidepreise über kurz oder lang nach unten revidiert werden müssen, ist durchaus berechtigt. Fraglich ist nur, wann diese Korrektur eintreten wird.

Die am 17. November veröffentlichte dritte und letzte kanadische Ernteschätzung für 1949 liegt in allen Getreidearten zum Teil nicht unerheblich niedriger als die von Mitte September 1949. Kanada erwartet eine Weizenernte von 367,4 Mill. Bushel (1948 393,3 Mill.), eine Haferernte von 316,6 Mill. (353,8) und eine Gerstenernte von 120,4 Mill. Bushel (150,0).

Getreide-Notierungen

Weizenpreise in Chikago in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 24,2 kg

	13. 11.	19. 11.
Dezember	211⅞	211¼
März	214⅛	214
Mai	211⅛	211½

Maispreise in Chikago in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 24,2 kg

	13. 11.	19. 11.
Dezember	130	134⅝
März	134	137⅝
Mai	134⅝	137⅝

Haferpreise in Chikago in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 24,2 kg

	13. 11.	19. 11.
Dezember	74⅛	75⅛
März	71⅝	72⅝
Mai	68⅝	69⅝

Roggenpreise in Winnipeg in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 25,4 kg

	13. 11.	19. 11.
Dezember	149	146⅛
Mai	153	150⅛
Juli	**150⅝**	**148⅝**

Gerstenpreise in Winnipeg in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 21,7 kg

	13. 11.	19. 11.
Dezember	145⅛	142⅞
Mai	142⅛	141⅛
Juli	136⅛	131⅞

Öle und Fette

Der Markt für eßbare Öle und Fette in den Vereinigten Staaten verkehrte in der Berichtswoche in nachgebender Haltung. Ursächlich hierfür war der starke Schweineauftrieb. Man erwartet, daß sich das bis Ende Dezember nicht ändern werde. Bekanntlich erreichen die Schweineschlachtungen in den Vereinigten Staaten im Dezember ihren jahreszeitlichen Höchststand. Regierungskäufe von Sojabohnenöl, unraffiniert, für die Ausfuhr, trugen dazu bei, den Rückgang für dieses Öl zu mildern. Der Verbrauch in den USA hat ohne Zweifel zugenommen, aber auch die Versorgung steht heute auf einer breiteren Grundlage. Ein besonderer Preisdruck zeigte sich in den Notierungen für Leinsaatöl. — Die griechische Regierung hat in dem Bestreben, die Ausfuhr von Olivenöl aus der hohen diesjährigen Ernte zu fördern, Olivenöl von der Devisensteuer befreit. Außerdem hat sie verschiedene andere Maßnahmen zur Ausfuhrförderung getroffen.

Kaffee

Zum ersten Male seit langen Wochen beschlossen die Kaffeenotierungen in New York die Berichtswoche auf niedrigerem Stande als zu Ende der Vorwoche. Santos „D"-Kontrakt, Dezember-Termin, ging von 45,85 cts je lb am 10. November auf 44,80 cts am 17. November und Santos „S"-Kontrakt von 51,85 auf 50 cts zurück. Die bisher ununterbrochen steigende Tendenz hat sich in dieser Woche deutlich abgeschwächt. Die Schwankungen waren zeitweilig sehr bedeutend und die Stimmung des Marktes ausgesprochen nervös. Beruhigend und in Richtung auf eine Stabilisierung der Notierungen wirkte die am 15. November offensichtlich in dieser Absicht abgegebene Schätzung des nordamerikanischen Landwirtschaftsministeriums über den Ausfuhrüberschuß Brasiliens für das Jahr 1950. Nach dieser Schätzung ist in 1950 mit einer Ausfuhr von 14,4 Mill. Sack, annähernd der gleichen Menge wie 1949, zu rechnen. Die Niederschläge in Brasilien während der letzten Oktoberwochen haben die Befürchtungen einer außerordentlich niedrigen Ernte für 1950 erheblich gemildert. Es kann wohl heute bereits festgestellt werden, daß die Voraussagen einer ausgesprochenen Kaffeeknappheit übertrieben sind, wenn auch zugestanden werden muß, daß die Versorgungslage nicht gerade rosig genannt werden kann. Wahrscheinlich werden die nächsten Monate entscheiden, ob der Verbraucher geneigt ist, die hohen Kaffeepreise weiter zu bewilligen. Das gilt zumal für die Vereinigten Staaten, die bis Ende September 1949 in diesem Jahre rund 15 Mill. Sack Kaffee eingeführt haben, das sind fast 8⅛% mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres, und bei denen sich die Hausse der Kaffeepreise infolge der geringen Besteuerung beim Konsumenten mit am stärksten fühlbar macht.

Kakao

Bahia loko stieg von 28,50 cts je lb am 10. November auf 30 am 17. November, Accra, loko, im gleichen Zeitraum von 25 auf 28,50 cts je lb. Die Haltung des New Yorker Marktes war überwiegend fest. Brasilien setzte seine Preise für Bahia-Kakao zu verschiedenen Malen herauf. Man befürchtet, daß sich vor der Ernte des nächsten Jahres eine angespannte Versorgungslage entwickeln werde. Am 17. November notierte Bahiaverschiffung 23⅛ cts je lb c&f. New York, Dezbr.-Verschiffung 23⅛ und Januar-Verschiffung 23⅛. Am 30. November wird in Amsterdam die erste Versteigerung von Java-Kakao nach dem Kriege abgehalten werden. Es sollen 158 t unter den Hammer kommen. — Das Kakaoamt der Goldküste teilt mit, daß es seit Beginn der diesjährigen Ernte, dem 14. Oktober, bis zum 15. November 68 358 tons Kakao verkauft hat.

Zucker

Die Zuckernotierungen in New York haben sich wenig verändert. Am 17. 11. wurde Weltkontrakt Nr. 4, März-Termin, mit 4,18 cts je lb gehandelt, gegenüber 4,16 am 10. November. Der New Yorker Zuckermarkt war stetig. — Dänemark erwartet in diesem Jahre einen Ertrag von 278 500 t Rohzucker, von dem ein Überschuß von 116 000 t zur Ausfuhr verbleiben wird. — Kuba rechnet in 1949/50 mit einer Ernte von nur 4,75 Mill. longtons Rohzucker, gegenüber 5,1 Mill. in der Kampagne 1948/49. Zu im Auslande kursierenden Gerüchten, daß zu Anfang 1950 eine vorübergehende Verknappung von Zucker eintreten könne, erklärte der kubanische Minister für Landwirtschaft, daß die Auszahlung der nächsten kubanischen Zuckerernte vor dem 1. Januar des nächsten Jahres beginnen werde, falls sich dies zur Vermeidung einer Zuckerknappheit als notwendig erweisen sollte.

Wolle

Die Berichtswoche brachte an den australischen Wollversteigerungen Rekordpreise. In Geelong erzielten Merino Lammwollen, 1. Qualität, einen Spitzenpreis von 170 d je lb. Die Notierungen liegen jetzt fast allgemein über 100 d je lb, selbst für nicht besonders hochwertige Sorten.

Baumwolle

Dezember-Termin notierte in New York am 17. November 29,78 gegenüber 29,99 cts je lb am 10. November. Trotz des guten Inlandsabsatzes und trotz bemerkenswert starken ausländischen Interesses war die Haltung der New Yorker Baumwollbörse zumeist schwankend. Die Börse erhielt ihre Prägung durch hohe Sicherungsabgaben in Verbindung mit den starken Verkäufen an den Lokomärkten der Südstaaten und durch Liquidationen im Dezember-Kontrakt in Rücksicht auf das Herannahen des ersten Andienungstages. Die rückläufige Bewegung hielt sich jedoch in mäßigen Grenzen infolge von Sicherungskäufen für Rechnung des Auslandes und für Rechnung der einheimischen Spinnereien. Anregend wirkte außerdem die ausgezeichnete Nachfrage für Lokoware, die feste Haltung des Marktes für Baumwollwaren und die Erwägung, die auch schon früher **eine Rolle spielte, daß letzten Endes ein** hoher Baumwollüberschuß nur eine Erhöhung der Bestände der regierungseigenen Commodity Credit Corporation zu Ende der Baumwollsaison bedeutet. Die Termine der neuen Ernte wurden verhältnismäßig vernachlässigt. Beachtliche Aufmerksamkeit fand indessen die Erklärung verschiedener Baumwollstaaten zu Notstandsgebieten wegen der Schäden durch die Rüsselkäferplage, die sich wahrscheinlich bei einem milden Winter im nächsten Jahre verstärken würde. Private Schätzungen beziffern den Verlust durch die Rüsselkäferplage auf 2,8 Mill. Ballen, das ist ein Achtel mehr als die amtliche Schätzung. Damit erreicht der Ausfall durch diese Plage seit 28 Jahren einen Höchststand. Im Ausfuhrgeschäft waren die Umsätze nur mittelmäßig. Es kauften Großbritannien, Frankreich, Westdeutschland und Japan eine weite Sortenauswahl. Aus Washington verlautet, daß ein besonderes Büro eingerichtet wurde, das sich mit den bisher eingegangenen Angeboten zum Austausch von Baumwolle gegen strategische Rohstoffe, von denen bisher über 30 vorliegen sollen, beschäftigen wird. U. a. ist Indien besonders an dem Abschluß eines derartigen Tauschabkommens interessiert. Im übrigen tritt mehr und mehr zutage, daß die Ernte dieses Jahres wohl mengenmäßig sehr groß sein, dagegen aber qualitätsmäßig hinter der des Vorjahres zurückbleiben werde. Bei allgemein großem Überschuß entwickelt sich die paradoxe Situation, daß gewisse feinere Gradierungen, die die Inlandsspinnereien und der Ausfuhrhandel suchen, knapp zu werden beginnen, während die mittleren und minderen Qualitäten wahrscheinlich in den Lagerhäusern der Commodity Credit Corporation landen dürften.

Baumwollnotierungen

New York	13. 11.	19. 11.
Disp.	30.50	30.30
November	29.72	—
Dezember	29.92	29.73
März 1950	29.88	29.71
Mai	29.84	29.66
Juli	29.48	29.30
Oktober	28.06	27.93
Dezember 1950	27.96	27.89
März 1951	27.93	27.80
Mai 1951	—,—	27.75

Kautschuk

Nr. 1 RSS-Kontrakt, Dezember-Termin, ging von 16,85 cts je lb am 10. November auf 16,66 am 17. November in New York zurück. Zu Anfang dieser Woche hatte der New Yorker Kautschukmarkt erhebliche Umsätze zu verzeichnen, die sich wahrscheinlich durch Deckungen für den durch den Brand im Liverpooler Zoll-Lager vernichteten Kautschuk erklären. Im übrigen verfolgt man aufmerksam die Entwicklung in Indonesien, die, wie man in New York meint, nach dem Friedensschluß zwischen den Niederlanden und der indonesischen Republik zu einer Steigerung der indonesischen Kautschukgewinnung führen werde.

Der Londoner Kautschukmarkt zeigte sich für Einflüsse jeder Art außerordentlich empfindlich. Er schloß auf niedrigerem Preisstand. Nach anfänglich fester Haltung, die sich durch eine gewisse Verknappung erklärt, ließ das Kaufbegehren nach und begann erst auf niedrigerem Kursstande erneut in Erscheinung zu treten. Es wurden einige allerdings bescheidene Aufträge für inländische und ausländische Rechnung abgeschlossen. Die schwache Haltung von New York enttäuschte, da man sich nach Beendigung des Stahlstreiks und infolge des Burgfriedens in der Kohlenindustrie eine Belebung der Nachfrage erhoffte. Späterhin besserte sich in London die Stimmung, als sich zeigte, daß sich zum Wochenschluß auch in New York eine stetigere Haltung durchsetzte.

Häute und Felle

Der nordamerikanische Markt für Häute und Felle verkehrte in fester Haltung. Das Kaufbegehren der Gerbereien war im allgemeinen stetig. Der argentinische Häutemarkt meldet höhere Notierungen. Es verlautet, daß das Instituto Argentino de Promocion de Intercambio (IAPI) jetzt keine Preisabschlüsse mehr gewähre, sondern auf seinen Listenpreisen bestehe. Die meisten Frigorificos sind dem Vernehmen nach ausverkauft und werden wahrscheinlich erst im Januar/Februar 1950 in reichlicheren Mengen zur Verfügung stehen. Die Häutemärkte des Sterling-Gebietes melden gutes Geschäft mit bemerkenswert hohen Abschlüssen für deutsche Rechnung. Es heißt, daß Westdeutschland in der letzten Zeit seine Häutekäufe in zunehmendem Umfange im Sterling-Gebiet vornehme.

Eisen und Stahl

Nach Beendigung des Stahlstreiks erwartet man in den USA, daß sich die Ausnutzung der Leistungsfähigkeit der nordamerikanischen Stahlwerke in der nächsten Woche auf 80⅛% und im Dezember auf 90⅛% stellen werde. Die Versorgung mit einigen Walzwerkserzeugnissen wird sich, wie man in Kreisen der Eisen- und Stahlindustrie glaubt, in den nächsten Monaten wahrscheinlich sehr schwierig gestalten. Die Notierungen für schweren Stahlschrott Nr. 1 wurden von 32 Dollar auf 33 Dollar je ton erhöht. Man rechnet mit einem Preise von 35 Dollar je ton, wenn erst einmal alle Werke ihren Betrieb aufgenommen haben werden. Die Versorgung in Roheisen ist gut. In Weißblech erwartet man eine Herabsetzung der Ausfuhrpreise.

Metalle

Die Metallmärkte sind weiter in einer abwartenden Haltung verblieben. Soweit Einflüsse auf die Preisbildung zu beobachten waren, gingen sie vom amerikanischen Markt aus. In Europa wird voraussichtlich in den letzten Wochen des Jahres die Zurückhaltung der Verbraucher überwiegen. Preisbewegungen größeren Ausmaßes scheinen damit ziemlich ausgeschlossen zu sein. Das soll aber nicht heißen, daß von den USA nicht Einflüsse ausgehen könnten, die eine gewisse Unruhe in die Märkte bringen. Am ehesten ist noch mit lebhafteren Preisschwankungen am Zinnmarkt zu rechnen.

Kupfer: Am Kupfermarkt ist die Nachfrage in den USA weiter recht lebhaft geblieben. Aber selbst die amerikanische Fachzeitschrift „Metal & Mineral Markets" äußert ihre Verwunderung angesichts der Auswirkungen des Stahlarbeiter- und Kohlenarbeiterstreiks, die einen Rückgang in der Beschäftigung der Automobil- und Elektrizitätsindustrie zur Folge **gehabt haben, so daß man eher ein Nach**lassen der Kupfernachfrage hätte erwarten sollen. Eine der Stützen des Kupfermarktes ist jedoch der gute Beschäftigungsstand der amerikanischen Bauindustrie. Nach einem Bericht des US-Bureau of Labour Statistics wurde im September mit dem Bau von 100 000 Wohnhäusern begonnen. Das bedeutet eine Steigerung der Bautätigkeit gegen die gleiche Zeit des Vorjahres um rund 22%. Die relativ geringe Kauftätigkeit in den ersten Monaten des Jahres hat außerdem bei den Verbrauchern einen gewissen Nachholbedarf hervorgerufen, und die Möglichkeit von Streiks in der Kupferindustrie geben dem Markt einen weiteren Anstoß. Größere Streikbewegungen in der amerikanischen Aluminiumindustrie könnten unter Umständen auch von dieser Seite zu einer Steigerung der Kupfernachfrage beitragen. Eine zur leichten Befestigung neigende Markthaltung ist deshalb für die nächste Zeit sehr wahrscheinlich.

Zinn: Weiter konzentriert sich das Interesse der am Metallgeschäft interessierten Kreise auf den Zinnmarkt. Die ersten vier Tage der Londoner Zinnbörse brachten, wie erwartet, einen erheblichen Rückgang des Zinnpreises, wobei sich die Schere zwischen Kassapreis und Terminpreis vergrößerte. Die Woche begann mit einer Kassa-Notierung von 725/730 Pfund Sterling je t, sie endete mit 675/680 Pfund Sterling am Vormittag des 18. November. Der 3-Monatspreis fiel im gleichen Zeitraum von 660/665 auf 592½/600 Pfund Sterling je t. (750 ist immer noch der amtliche Kurs!) Die Entwicklung der Notierungen am ersten Tage der Londoner Zinnbörse, dem 15. November, hat denen recht gegeben, die die Ansicht vertraten, daß das britische Versorgungsministerium zur Zeit noch fast der einzige Abgeber von Zinn, dafür sorgen werde, den zu erwartenden Preisrückgang in einigermaßen erträglichen Bahnen ablaufen zu lassen. Die Zinn-Verbraucher auf der ganzen Welt können ohne Zweifel, so meint man in London, eine Erhöhung ihrer Bestände, die ziemlich geräumt sind, vertragen. Vor allen Dingen brauche die UdSSR Zinn, und die Beendigung der internationalen Zuteilung dieses Metalles versetzt dieses Land in die Lage, Zinn zu kaufen. Allerdings wisse man nicht, ob es gewillt sei, dies zu tun. Von niederländischer und belgischer Seite ist in den ersten Wochen kaum größeres Angebot zu erwarten. Das Disagio zwischen Loko-Preis und Terminnotierung braucht kaum besonders erwähnt oder erklärt zu werden, es war zu erwarten. Preisstützend werde auch das Verhalten der USA wirken, die schon mit Rücksicht auf Bolivien, dem Lieferanten von Zinnerzen und -konzentraten für die Texasschmelze, keinen allzugroßen Preisrückgang wünschen können, zumal da die USA mit Bolivien kontraktliche Bindungen zu beachten haben. Auf lange Sicht gesehen glaubt man in London, daß die Gewinnung die Nachfrage übersteigen werde. Diese könne indessen durch Aufhebung behördlicher Kontrollen belebt werden, außerdem dürfe, wenn auch nicht notwendigerweise, mit größeren Käufen für das nordamerikanische Hortungsprogramm gerechnet werden. — Eine Neubearbeitung eines internationalen Kontroll- und Verteilungsplanes für Zinn, womit die Internationale Zinnstudiengruppe zur Zeit beschäftigt ist, ist kaum vor Jahresfrist zu erwarten, selbst dann nicht, wenn im Prinzip alle Forderungen nach einer internationalen Zusammenarbeit auf diesem Gebiete erfüllt werden sollten oder gegeben wären. — Bemerkenswert am ersten Tage der Londoner Zinnbörse war der hohe Umsatz, zumal wenn berücksichtigt wird, daß einer Betätigung der Spekulation sehr enge Grenzen gesetzt sind. Man ist sich jedoch auch in London darüber einig, daß noch geraume Zeit vergehen werde, ehe man von einem wirklich freien Markt werde sprechen können. Auf jeden Fall war der Anfang vielversprechend und es ist erfreulich, daß hierin vielleicht das stärkste Argument für eine Wiederaufnahme des börsenmäßigen Handels auch der übrigen Buntmetalle liegt. Die Bank von England hat in diesem Falle — es wird dies allgemein anerkannt — wirklich ihr Möglichstes getan, um die Voraussetzungen für eine gute Arbeit der Londoner Metallbörse zu schaffen. Unter den gegebenen Umständen konnte man wohl kaum mehr erwarten, denn über allem hängt die Devisenkontrolle als ein vorläufig noch unübersteigbares und sehr ernst zu nehmendes Hemmnis. Immerhin können die Mitglieder der Börse mit irgendeinem Teile der Welt frei handeln und frei Zinn importieren. Die einzige ihnen auferlegte Verpflichtung besteht in einem vertraulichen Monatsbericht an die Bank von England. — Man wird nun abwarten müssen, wie sich die Institution der Börse weiter einspielt. Die Bestrebungen, eine Kontrolle der Zinnerzeugung auf internationaler Basis zu erreichen, sind in der letzten Zeit sehr lebhaft geworden. Man ist sich offenbar in den Erzeugerkreisen der Gefahren bewußt, die der Zinnwirtschaft nach der Aufnahme des freien Zinnhandels drohen, und sucht den Auswirkungen durch eine straffe Kontrolle der Erzeugung zu begegnen. Auf einer Sitzung der London Tin Corporation Ltd. nahm der Vorsitzende dieser Gesellschaft, Mr. J. Ivan Spens zu dieser Frage Stellung, und meinte, daß die Majorität der Zinnerzeuger für eine Konferenz sei, die ein internationales Übereinkommen in der Weltzinnwirtschaft zu erreichen suchen solle. Die Erzeuger seien sicherlich der Meinung, daß dies der einzige Weg sei, welcher der Industrie einen annehmbaren Zinnpreis garantieren könnte. Eine solche Vereinbarung sei sogar im Interesse der Verbraucher, denen damit eine angemessene Zinnversorgung zu angemessenen Preisen gesichert werden könnte. Nun, diese Versicherungen klingen ähnlich denen, die vor der Gründung der Tin Producers Association vor dem Kriege abgegeben wurden. In der Tat war aber dann später das Interesse der Erzeuger auf die Erzielung des höchstmöglichen Preises gerichtet. Anläßlich der Feierlichkeiten zur Erzeugung der 250 000. t Zinn in der staatlichen Zinnhütte in Texas City in den USA gab der Assistent des amerikanischen Verteidigungsministers Paul H. Griffith der Meinung Ausdruck, daß niemand wünsche, daß die Zinnhütte in Texas City ihre Erzeugung nochmals für Kriegszwecke einsetzen müsse, daß man aber **die historischen Erfahrungen nicht außer acht lassen dürfe, und daß die amerikanische** Zinnhütte unter diesem Gesichtswinkel eine außerordentliche strategische Wichtigkeit habe, deren sich das Verteidigungsministerium immer bewußt bleiben würde. Von dieser Seite her könnte dem Zinnmarkt in der kommenden Zeit eine Unterstützung zuteil werden, wenn für den amerikanischen Stockpile bei einem Überangebot und weichenden Preisen größere Käufe getätigt werden. Die burmesische Regierung hat die Pläne für eine Nationalisierung der in Auslandsbesitz befindlichen Werke, zu denen nicht zuletzt der Besitz an Zinn-Bergwerken gehört, vorläufig zurückgestellt. Man hat im Gegenteil sogar englisches und amerikanisches Kapital eingeladen, sich an der Erschließung der burmesischen Bodenschätze zu beteiligen. Verhandlungen, die von der burmesischen Regierung in dieser Richtung in London und Washington vor kurzem gepflogen wurden, sollen erfolgversprechend verlaufen sein. Das könnte zu einer Steigerung der burmesischen Zinnerzeugung in der kommenden Zeit führen. — Der Umsatz an Zinn war in New York gering.

Blei: In den Vereinigten Staaten hat der Bleipreis, wie erwartet, etwas nachgegeben — eine Folge niedriger Auslandsofferten. Der Markt ist bestenfalls als stetig zu bezeichnen. Auf dem Kontinent und in England war die Nachfrage wieder gering und konnte aus Ländern mit weicher Währung gedeckt werden, so daß die Bleinachfrage für Exportzwecke in den Vereinigten Staaten zurückgegangen ist. Man muß sich erinnern, daß gerade der Bleimarkt noch vor wenigen Monaten als besonders fest zu bezeichnen war, um zu erkennen, welche Wandlung seitdem an diesem Markt eingetreten ist. Auf dem Kontinent herrscht gegenwärtig eher ein Überangebot an Blei.

Zink: Etwas überraschend war die Heraufsetzung des amerikanischen Zinkpreises angesichts des Stahlarbeiterstreiks. Das englische Versorgungministerium ist der Heraufsetzung ebenso wie bei Kupfer gefolgt. In Westdeutschland hat man dagegen den Zinkpreis unverändert gelassen. Die Preisheraufsetzung hat aber keine größere Kauftätigkeit ausgelöst. Die Verbraucher sind offenbar der Meinung, daß genügend Zink vorhanden ist, den laufenden Bedarf zu decken, und daß deshalb keine Notwendigkeit zu Voreindeckungen besteht. Auch hier ist mit einem ruhigen Markt bis zum Jahresende zu rechnen.

Quecksilber: Der Quecksilbermarkt zeigt wenig Bewegung in der letzten Zeit. Die führenden Abgeber berichten über eine stetige Nachfrage und die Notierungen haben sich mit 26 £ 5 sh für die Flasche in London behauptet.

Kobalt: Am Kobaltmarkt sind die Notierungen nicht im Umfang der Pfundabwertung heraufgesetzt worden. Sie betragen jetzt für metallisches Kobalt 13 sh 6 d je lb, 8 sh 5 d für schwarzes Kobaltoxyd und 9 sh für graues Kobaltoxyd.

Chrom: Der Markt weist nur geringe Nachfrage auf. Die Notierungen sind mit 5 sh 1 d je lb für 98/99%iges Material unverändert.

Kadmium: Die Entschließung der Kadmiumerzeuger, bei der Neufestsetzung der Preise der Pfundabwertung nicht in vollem Ausmaß zu folgen, wird von den Verbrauchern sicherlich begrüßt werden, die für Partien von mindestens 1 cwt jetzt 14 sh 6 d je lb zahlen müssen.

Wismut: Die englischen Wismutraffinerien haben für den Übergang nach der Pfundabwertung zuerst ein gleitendes Preissystem angewandt, um die Verbraucher bei laufenden Kontraktabschlüssen nicht zu benachteiligen. Nach der Klärung der Lage ist für das Neu-Geschäft eine Neufestsetzung der Preise vorgenommen worden, die für Wismutmetall jetzt 14 sh 6 d je lb betragen bei Abnahme von mindestens 5 cwt-Partien.

Selen: Für 99,5%iges Material kanadischer Herkunft wurden in England für Partien von 100 lbs 14 sh 6 d je lb notiert. Die Nachfrage ist jedoch nicht besonders gut.

Edelmetalle. Die Nachfrage nach Silber hält sich in New York unverändert hoch. Am 17. November belief sich das lokale Angebot auf 200 000 Feinunzen, die zum unveränderten Preis von 73⅛ cts je Feinunze weggingen. — Der Preis für Gold an den freien internationalen Märkten zeigt steigende Tendenz. In Beirut beispielsweise notiert 1 Feinunze zur Zeit etwa 42½ Dollar, bei einem Ankaufspreis der nordamerikanischen Federal Reserve System von 35 Dollar.

Metallpreise

	Engl. in £ je t	USA in cts je lb	Westdtschld. in DM je 100 kg
Kupfer	153/0/0	18,62	184,50
Blei	106/10/0	12,75—13,00	118,00
Zink	87/10/0	9,75—10,00	109,00
Zinn	750/0/0*	93,50—95,00	930,00
Alum.	114/10/0	17,00	172,00

*Amtlicher Preis.

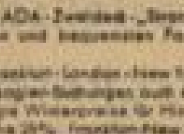
Auslandsbörsen

Die Schwäche der Notierungen für das Pfund Sterling an den verschiedenen Devisenplätzen erweckt erneut die Aufmerksamkeit. In Zürich beispielsweise notierte das Pfund Sterling am 20. Sept. d. J., nach dem Bekanntgeben der Pfund-Sterling-Abwertung 11,10 bis 11,40 sFr für 1 Pfund Sterling. Das wiedergefundene Vertrauen in das Pfund Sterling nach der Abwertung ließ diesen Kurs bis zum 26. September auf 12,70 sFr heraufgehen. Seit diesem Tage setzte eine rückläufige Bewegung ein, die in einer fast ohne Unterbrechung nach unten verlaufenden Linie den Kurs für das Pfd. Sterling in Zürich auf 10,37½ bis 10,45½ am 19. November zurückgehen ließ. In New York verläuft die Entwicklung ähnlich, nur ist sie hier weniger scharf ausgeprägt. Nach einer Untersuchung des Journal of Commerce wird der Rückgang des Pfund-Sterling-Kurses auf fehlende Nachfrage und nicht auf einen ausgesprochenen Abgabedruck zurückgeführt. Sie wird damit begründet, daß die Welt mehr und mehr zu der Ansicht komme, daß die Abwertung des Pfund Sterling die britischen Finanz- und Wirtschaftsprobleme nicht gelöst habe. Die britischen Ausfuhren nach dem Dollarblock haben nicht in dem Umfang zugenommen wie man es erwartet hatte. Ein weiterer Punkt von erheblicher Bedeutung ist nach Ansicht des Journal of Commerce — und scheint dieser Punkt der wichtigste zu sein, denn er macht deutlich daß das Vertrauen der Welt in die britische Regierung und ihre Wirtschaftspolitik im tiefsten Grunde erschüttert ist — die Überzeugung, daß die britische Regierung nicht die Maßnahmen ergriffen hat, die Voraussetzung für einen vollen Erfolg der Pfund-Abwertung gewesen wären. Ein weiterer Faktor wurde durch das kategorische Dementi von Präsident Truman, daß der amerikanische Goldpreis unter keinen Umständen heraufgesetzt werden würde, geliefert. Nach dieser Erklärung setzte ein Kapitalrückfluß aus dem Sterling-Block in den Dollarblock ein. Dieses Kapital hatte gehofft, im Falle einer Heraufsetzung des Goldpreises im Sterling-Block besseren Nutzen zu finden als in den USA. Auch hier zeigt sich also die enge Verbundenheit zwischen Goldpreis und Währungsproblemen, worin gewissermaßen eine Bestätigung der These gesehen werden kann, das nur eine integrale Lösung unter dem Motto „zurück zur Goldwährung" der Weltwirtschaft die so notwendige Stabilität der Währungen bringen kann. Jede andere Maßnahme ist nur Stückwerk.

Die Berichtswoche brachte den internationalen Effektenbörsen in Paris, Zürich, London und New York kaum neue Anregungen, dagegen aber recht beachtliche Sorgen.

SCHWEIZ: Deutsche Werte weiter gut behauptet

Die Schweizer Börsen haben die zeitweilige Unsicherheit gut überwunden. Anfänglich setzte sich der Abschwächungsprozeß noch fort, weil dem Angebot aus Gewinnmitnahmen ungenügende Kauflust gegenüberstand. Eine deutliche Zurückhaltung zeigte sich namentlich in deutschen und deutschorientierten Werten. Die Warnungen gegen einen übereilten Kursanstieg dieser Titel und gegen eine allzu optimistische Beurteilung der Wirtschafts- und Finanzlage Westdeutschlands führten nach den kürzlichen Kurssteigerungen zu einer fühlbaren Ernüchterung. Gegen Wochenmitte konnte sich die Kursrückbildung fangen, da das verringerte Angebot bessere Aufnahme fand. Die innere und die wirtschaftspolitische Entwicklung Westdeutschlands steht jedoch nach wie vor im Blickpunkt des Interesses des Schweizer Börsenhandels, zumal da die Zugeständnisse der Westmächte hinsichtlich von Deutschland im Wirtschaftswiederaufbau zu gewährenden Erleichterungen an den Börsen von Hamburg und Frankfurt a. M. zu ausgesprochenen Haussen geführt haben, die naturgemäß auch auf die Haltung der Schweizer Börsenplätze für deutsche Emissionen nicht ohne Einfluß bleiben konnten. Diese Entwicklung wirkte gegen Schluß der Woche für deutsche Werte und für deutsch orientierte Bank- und Trustaktien als

Jetzt 4mal wöchentlich
AOA-Zweideck-„Stratocruiser"*
von Frankfurt nach New York

Der schnellste direkte Transatlantik-Dienst Deutschland-USA
- Die viermotorigen AOA-Zweideck-„Stratocruiser" sind die schnellsten, größten und bequemsten Passagier-Flugzeuge der Welt
- 4mal wöchentlich Frankfurt-London-New York. Durchgehende Schlafkabinen. Passagier-Buchungen auch nach London
- Besonders ermäßigte Winterpreise für Hin- und Rückflug sparen Ihnen zusätzlich 25%. Frankfurt-New York-Frankfurt jetzt nur $ 631.80. Frankfurt-London jetzt nur $ 37.—
- AOA-Zweideck-„Stratocruiser" haben Frachträume für über 7000 kg.
- Nur AOA verfügt über 77 Büros in USA, Kanada und Mexiko
Auskunft und Buchungen durch Ihr Reisebüro, Ihren Spediteur oder AMERICAN OVERSEAS AIRLINES.
Frankfurt, Bahnhofsplatz 12, Telefon Nr. 31841-49
Berlin, Flughafen Tempelhof, Telefon Nr. 66 52 71
München, Hotel Königshof, Telefon Nr. 20737
Hamburg, Ferdinandstraße 58, Telefon Nr. 32 10 01
AOA Spezialisten im Luftverkehr nach USA

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

klare Tendenzstütze. Lebhaft wurden außerdem die am 14. d. M. in Kraft getretene Liberalisierung des belgisch-schweizerischen Wirtschaftsverkehrs und die bevorstehende Tagung einer schweizerisch-französischen Wirtschaftskommission besprochen. Zumal von letzterer erwartet man gewisse Handelserleichterungen. Schweizerische Industrieaktien verkehrten trotz geringen Geschäftes in guter Haltung. Amerikanische Aktien reagierten auf die Kursrückschläge in New York.

LONDON: Regierung muß Staatsanleihen stützen

Im ganzen gesehen konnte der Kursstand der Londoner Effektenbörse während der Berichtswoche gehalten werden. Das Interesse für die einzelnen Gruppen war indessen stark unterschiedlich. Auch in dieser Woche konzentrierte sich das Geschäft auf britische Staatsanleihen, in denen der Handel geradezu die Formen einer Auseinandersetzung zwischen der britischen Regierung und der Londoner City angenommen hat. Goldgeränderte wurden wiederum durch Regierungskäufe gestützt, und sie beschlossen die Woche auf leicht höherem Niveau. Damit dürfte jedoch das letzte Wort in dieser Angelegenheit noch nicht gesprochen sein. Es handelt sich schließlich um mehr als um die Diskussion über die Frage, ob der Zinssatz für britische Staatsanleihen auf 4% gehalten werden soll oder nicht. Entscheidend wird sein, wie die britische Regierung mit den latenten inflatorischen Tendenzen fertig wird. Sie sieht sich vor das Dilemma gestellt, entweder den Kurs für Staatsanleihen ohne amtliche Stützung absinken zu lassen — das wäre das Anliegen einer deflatorischen Finanzpolitik — oder ihn zu stützen, womit sie die inflatorischen Tendenzen verstärkt. Nach anfänglich lustloser und gedrückter Haltung zeigte sich in der zweiten Wochenhälfte einige Kauflust beschränkteren Umfanges. Sie richtete sich insonderheit auf bevorzugte Industrie- und Ölwerte. Bei geringem Angebot genügten schon kleinere Aufträge, um die Kurse anziehen zu lassen. Naturgemäß wurde der Zusatzantrag der britischen Regierung, der einer Verschiebung des Inkrafttretens des Gesetzes zur Verstaatlichung der Stahlindustrie auf einen späteren Termin zustimmt, lebhaft und mit Interesse besprochen. Zum Wochenschluß verliehen Gewinnmitnahmen dem Londoner Markte eine uneinheitliche Haltung. Der Handel neigte zu den zum Wochenende üblichen Glattstellungen.

Notenkurse in Zürich am 22. Nov.

1 $ USA	4.29/	4.31
1 £ England	10.30/	10.56
100 ffr. Frankreich	1.08/	1.13
100 bfrs Belgien	8.60/	8.85
100 hfl Holland	99.—/	102.—
100 skr Schweden	66.—/	68.—
100 nkr Norwegen	44.—/	48.—
100 dkr Dänemark	46.—/	54.—
100 Lire Italien	0.63/	0.66
100 Escudos Portugal	14.20/	14.75
100 ckr Tschechoslowakei	1.—/	1.50
100 arg. Pesos Argentinien	25.—/	30.—
100 türk. £ Türkei	0.85/	0.95
100 österr. Schill. Österreich	13.50/	13.80
1 israel. £ Israel	8.—/	8.50
100 DM Deutschland	**66.—/**	**68.—**

Deutsche Börsen

Frankfurt	30. 9.	31. 10.	14. 11.	22. 11.
AEG	11	23	30	36½
Brown, Boveri	55	73½	80	84
Buderus	62	68	66	73
Chem. Albert	30½	40	45	41
Degussa	27	32	37½	44¾
Deutsche Erdöl	19½	41	55	60
El. Licht u. Kraft	13	36	35½	38½
Frankf. Masch.	14	58	—	40
Heidelb. Zement	36½	77	81½	84
Holzmann	28½	40	44	39½
Kupferberg	26½	31½	30½	33
Lahmeyer	48	73	81	80
Lanz	27½	41	44¾	39½
Linde's Eis	49¾	38½	75	78½
Metallges.	35	51	60½	70
Rheinmetall	8	18	35½	43
Schöfferhof	44½	46	59½	67
Siemens & Halske	19½	38	40½	47
Voigt & Haeffner	36	39	65	70
Wayss & Freytag	45	65	73	75
Zellst. Waldhof	22½	38	39½	47½
Commerz-Bank	7	19	19½	21
Deutsche Bank	* 7¾	13	18½	20½
Dresdner Bank	8	15	17½	22
4% Frft. Hyp. Bk.	7½	7½	7½	7½
4% Pfälz. Hyp. Bk.	7½	7¾	7¾	7¾
4% Degussa	8½	8½	8½	8¾

Düsseldorf	30. 9.	31. 10.	14. 11.	22. 11.
Alexanderwerk	[illegible]	[illegible]	—	[illegible]
Balcke Masch.	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Basalt AG	[illegible]	—	[illegible]	[illegible]
Dortm. A.-Bräu	[illegible]	[illegible]	—	[illegible]
Felten & G.	[illegible]	[illegible]	[illegible]	—
Ford	[illegible]	[illegible]	—	[illegible]
Gerresh. Glas	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Goldschmidt	[illegible]	[illegible]	—	[illegible]
G.H.H.	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Harpen	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Hoesch	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Kabel Rheydt	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Klöckner	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Mannesmann St.	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Mülh. Berg	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Rheinbraun	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Rhein. Kunstseide	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Rhein. Zellwolle	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Rheinstahl	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
R W E	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Verein. Stahlw.	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Westwaggon	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Westd. Kaufhof	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Rhein. Westf. Boden.	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
4% Rh. W. Bd.	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
4% Gelsenberg	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
4% Klöckner	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]

Hamburg	30. 9.	31. 10.	14. 11.	22. 11.
Accumulat.	34	40	—	44
Bekula	15¾	21	25	—
Bremer Wolle	58	73	82	90
Demag	20½	38	75	74½
Deschimag	32	35	38	50
Dynamit Nobel	11½	13	30	35
Feldmühle	47	58	—	67
HEW	34	40	76	73
Hamb. Hochbau	28½	28	60	63
Hamb. Hyp. Bk.	13	13	18½	22
Hansa Mühle	18	26¾	27	34
Harburg. Gummi	58	62	73	80
Hoffmann Stärke	60	71	76	85
Ilse St. A.	9	—	—	—
Ilse Genuss.	4½	—	—	27
Karstadt	28	38	65	50
Phrix Inh. A	14	20½	27	28
Rütgers	26	33	32	41½
Schering	13½	22	30¾	34
Hapag	12	13	23	32¾
Nordd. Lloyd	9	12	22	31
4% Hbg. Hyp.	8	7½	7½	7½
4% Hbg. El. W.	8½	8¾	8½	8½
Hannover				
Conti Gummi	38	76	85½	100
Hackethal	30	60	73	80
Ilseder Hütte	20	38	51	78
Masch. Wsb. Linden	13	38	35	40
Salzdetfurth	20½	49½	59½	73
Wolle. Döhren	32	73	84	87
Wintershall	30	40	58	60

München	30. 9.	31. 10.	14. 11.	22. 11.
Amperwerke	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Augsb.-Nbg.-Masch.	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
B M W	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Diamalt AG	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Dorrig	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Hackerbräu	[illegible]	[illegible]	[illegible]	—
Hanfw. Füssen	[illegible]	[illegible]	[illegible]	—
Hutschenreuther	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Krauss Maffei	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Lech El.	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Löwenbräu	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Masch. Baumw. Sp.	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Rathgeber	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Rosenthal	[illegible]	[illegible]	[illegible]	—
Spinn. u. Web. Kott.	[illegible]	[illegible]	—	—
Südd. Zucker	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Thomasbräu	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Würzburg. Hofbr.	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Bayr. Hyp.-u. W.-Bk.	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Südd. Boden	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Allianz Leben	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Allianz Vers.	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
4% Bayer. Hyp. Bk.	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
4% Augsb. Nbg.	7½	7	7½	7½
Stuttgart				
Brauerei Wulle	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Daimler	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Junghans	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Knorr	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Salamander	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Württ. Bank	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]

Reise-Schreibmaschinen
mit Koffer, DM 42.75 Anzahlung und 6 Monatsraten à DM 44.— (auch bis 12 Monatsraten).
E. Mühlhoff, Werdohl-Eveking 47.

1 Mercedes-Diesel
DM 39—55 PS, 2—2,5 t, gen.-überholt, fahrbereit . . . DM 5500.—,
1 Ford-Eifel
in Zust., fahrber. . . . DM 2500.—
1 Mercedes-Omnibus f. 1,5 t zu verk.
A. Gerber, Offenburg, Friedrichstr. 45. Fernruf 1520.

Erdbohr- und Brunnenbohrgeräte „Terra", bisheriger Bauart, und
der neue Filterbrunnenbohrer
Alleinhersteller: Friedr. Wehrenberg, gegr. 1911, (13b) Aschau-Chiemgau

Achtung!
Anzeigen-Annahme der Wirtschaftsrevue
Karlsruhe, Veilchenstr. 35
Telefon 9384

Mikrometer 0—25 mm
erstklassige Präzision u. Ausführung in gefüttert. Etui 12 DM. Andere Größ. u. Meßwerkzeuge auf Anfrage. Karl Arnold, (20a) Heuerssen Nr. 4, Post Hesle.

Transp. Zeichenpapier, Zeichenkarton, Millimeterpap., Logarithmenpap., Diagrammrollen, Registrierpapier, Reißzeuge etc. sof. lieferbar. Anfragen u. B 1075 an die Wirtschaftsrevue, Karlsruhe, Veilchenstraße 35.

Abonnieren Sie unser Blatt
und geben Sie uns damit die Möglichkeit, Sie laufend über die
interessantesten und neuesten
wirtschaftlichen Ereignisse in aller Welt
zu unterrichten.

Bitte hier abschneiden!

An die **„WIRTSCHAFTSREVUE"** Karlsruher Büro — Ⓐ Karlsruhe Veilchenstraße 35

Bestellschein

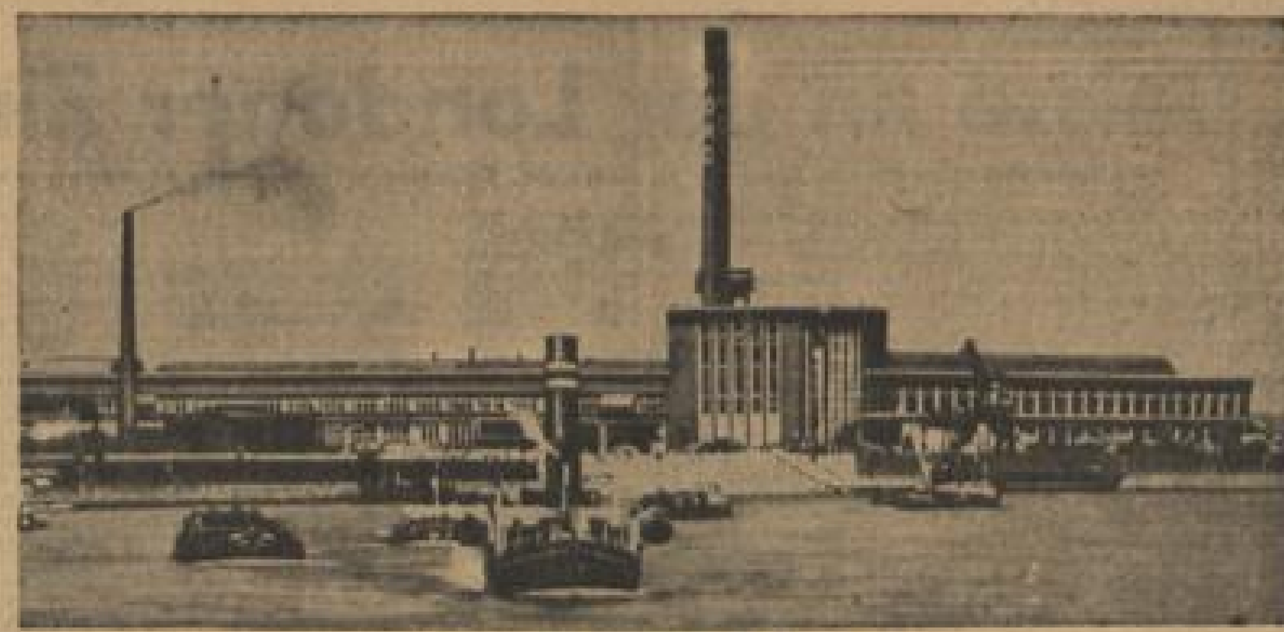
Liefern Sie mir / uns die
„WIRTSCHAFTSREVUE"
Unabhängige Europäische Wochenschrift
ab ____________ 1949 durch die Post / unter Streifband
zum Monatsbezugspreis von DM 2.—
zuzügl. Postzustellgebühr oder Porto
a) laufend — b) für 1 Probemonat

Name / Firma ____________
Beruf / Branche ____________
Ort und Straße ____________
(Datum) ____________ (Unterschrift) ____________
(Nichtgewünschtes bitte zu streichen)

Die aktuelle Reportage:

Fordwerke Köln

Im Zuge unserer Industrie-Reportagen besuchten wir kürzlich die Ford-Werke in Köln, die ebenfalls ziemlich erhebliche Kriegsschäden insbesondere durch den Artilleriebeschuß Anfang 1945 erlitten. Diese Schäden sind wohl zum größeren Teil, aber immer noch nicht ganz, wieder beseitigt. Außerdem hatte das Ford-Werk nach dem Krieg ein großes Schadenfeuer. Davon ist nun nichts mehr zu sehen. Die Stockwerke im Verwaltungsflügel sind wieder hergerichtet und es ist ein neues Stockwerk darauf gekommen. Eine Reihe von Neubauten haben sich in den 12 Jahren, als ich zum letztenmal dort war, zu den alten hinzugesellt. In den letzten Monaten ist eine weitere große neue Halle gebaut worden, die jetzt fast fertig ist und Teile des Betriebes aufnehmen soll.



Gesamtansicht des Werkes vom Rhein her

Beim ersten Blick sind diese Veränderungen nicht so sehr zu sehen, man hat vielmehr das Gefühl, daß eigentlich alles beim alten sei. Und doch muß man bedenken, daß heute noch nicht wieder die Produktionszahlen der letzten Vorkriegsjahre im Werke erreicht wurden (im Frieden liefen in bester Zeit etwa 100 Einheiten pro Tag vom Band, heute sind es erst wieder etwa 60). Auch die Stimmung ist eine andere. Damals schuf man in einem neugebauten Werk, heute ist man mit einem deutschen Fiebereifer daran gegangen, wieder aufzubauen und die Produktion wieder in Gang zu bringen. Nicht das Großzügige, das damals bei der Gründung das entscheidende Charakteristikum war, sondern der zähe Wiederaufbau geben heute den Menschen im Ford-Werk das Gepräge.

Der Taunus-Rahmen wird zusammengeschweißt (meist Punktschweißer).

Am 2. Oktober 1930 legte der alte Henry Ford persönlich den Grundstein mit den Worten „Ich bin überzeugt, daß die Deutschen etwas Wertvolles daraus machen werden". Diese Hoffnung hat sich bestätigt sowohl in den darauffolgenden Friedensjahren als auch jetzt wieder. Nicht nur das Werk und seine Organisation, sondern auch das Produkt, der „Taunus" und die verschiedenen Lastwagentypen sind etwas Wertvolles — und dazu haben es die Deutschen gemacht.

Leicht war dies nach dem Zusammenbruch bestimmt nicht. Nach dem Abzug der Kampffront begannen die Aufräumungsarbeiten und die Beseitigung der Schäden, die durch den Artilleriebeschuß der letzten Tage entstanden waren. Schon am 8. Mai 1945 lief wieder der erste Lastwagen vom Band. Die schwerste Zeit sollte aber erst kommen. Überall mangelte es an Material. Im Oktober 1945 wurden 518 Lastkraftwagen hergestellt, aber in den Jahren 1946 und 1947 nur 300 monatlich. Erst nach der Währungsreform ging die Monatsproduktion schnell wieder auf 700 Lastkraftwagen in die Höhe.

Seit November 1948 läuft auch der „Taunus", der einzige Personenwagen, der hergestellt wird, wieder vom Band. Im augenblicklichen Produktionsprogramm stehen weiter der 3 t „Rhein" mit dem bekannten und bewährten V 8 Motor (3,9 Liter und 95 PS) und der „Ruhr" mit einem 4 Zylinder 3,2 Liter Motor mit 57 PS. Für Stadt- und Überlandverkehr werden die Ford-Busse (V 8 Motor, also 95 PS) mit 33 Sitzen und mit 25 Sitzen gebaut. Als wir das Werk besichtigten, standen eine ganze Reihe dieser Busse bereit, mit der Eisenbahn abtransportiert zu werden. Inzwischen entwickelte das Werk auch einen neuen 1,5 bis 2 Tonner, der seit August d. Js. geliefert wird. Er trägt die Typenbezeichnung G-38-T-Spezial und ist mit einem 3,2 Liter 4 Zylinder Motor (57 PS) ausgestattet.

Von dem „Taunus" wird man in diesem Jahr insgesamt etwa 13 000 Stück herstellen. Die Zahl soll im nächsten Jahr auf 25 000 erhöht werden, wozu noch etwa 5000 Lastwagen hinzukommen.

Bei unserem Rundgang durch das Werk haben wir zunächst alte Bekannte begrüßt, als da sind, die herrlichen Vielfachbohrmaschinen, die das V 8-Gehäuse bearbeiten, die großen Fräsmaschinen, die gleichzeitig 4 Motorgehäuse des V 8 auf Maß bringen und die vielen Spezialmaschinen, die teilweise aus England oder aus den USA stammen. Sie sind alle noch an ihrem alten Standort. Es ist so eng wie es früher auch war, aber die Produktion läuft glatt. Eine ausgezeichnete Vorrichtung bringt die Karosserie zusammen. Das vorher bereits geschweißte Vorderteil, die beiden hinteren Seitenteile und das Dach kommen gleichzeitig von den verschiedenen Seiten heran und werden in einem kleinen Häuschen miteinander verschweißt (siehe Bild). So vielseitig diese Arbeit auch ist, jeder Arbeiter ist auf seine Arbeit eingestellt, und es geht überraschend schnell.

Bei der Motorenmontage fiel uns auf, daß die Mechanisierung des Produktionsprozesses glücklich gekuppelt ist mit sehr einfühlender Arbeit eines alten routinierten Schlossers: Das Einpassen der Kolben wird tatsächlich mit Gefühl gemacht. Wie wir überhaupt feststellen, daß an verschiedenen Stellen doch eine individuelle Arbeit am einzelnen Stück geleistet wird. Das laufende Band hat diese Arbeit keineswegs überflüssig gemacht. Sogar die Nebengeräusche im Motor werden durch ein eigens dafür konstruiertes Hörrohr abgehorcht. Welch lange Erfahrung mag dazu gehören, daß ein Arbeiter, der diese Arbeit verrichtet, sein Ohr so geschult hat, um sämtliche Geräusche zu hören und zu deuten!

An der Stelle des Werks, an der die Karosserie auf das Chassis aufgesetzt wird, wird zweistöckig gearbeitet: im oberen Stock wird die Lenkstange mit allen Einzelheiten eingebaut und dann die Karosserie auf das Band heruntergesenkt. Am Ende des Bandes werden die Scheinwerfer gerichtet mit einer raffinierten, aber für die Bedienung des Arbeiters einfachen Vorrichtung. Der Wagen läuft dann mit eigener Kraft vom Band und macht eine Runde im Werk.

Wir konnten nicht alle, zum Teil neuen, Herstellungsmethoden hier beschreiben, aber es sei erwähnt, daß laufend Verbesserungen an den Wagen vorgenommen werden.

Damit kommen wir auf prinzipielle Dinge. Die Ford-Werke haben sich — bleiben wir bei dem „Taunus" — eine bestimmte Vorstellung von dem Komfort gemacht, auf den sie den Wagen bringen wollen. Dieses Idealbild ist noch nicht ganz erreicht. Ist es aber erreicht, dann wird man daran gehen, diesen Höchstkomfort als Standard zu erhalten, — und die Produktion zu steigern. Wie alle anderen Automobilfabriken sind auch die Ford-Werke auf ihre Zulieferanten angewiesen. Der Anteil der nicht im eigenen Werk hergestellten Teile an den Selbstkosten ist sehr hoch, wie übrigens nicht nur in der deutschen, sondern auch in der amerikanischen Automobilindustrie. Daraus ergibt sich, daß die Automobilfabriken in der Preisgestaltung längst nicht so souverän sind, wie man allgemein annimmt. Berücksichtigt man sogar die heute immer noch verhältnismäßig hohen Preis für Rohmaterial (Stahl und Kohle) und für Zulieferteile, dann ist es sogar erstaunlich, daß der Preis für den fertigen Wagen nicht höher ist.

Ein Blick auf das Fließband der Fertigmontage

Bei Preisvergleichen mit der Zeit vor dem Kriege darf nicht vergessen werden, daß die Qualität der Wagen heute wesentlich besser ist als damals. Insbesondere aber der Komfort. In der ganzen Welt geht der Zug nach steigendem Komfort im Automobilbau. Dem können wir uns nicht verschließen. Es ist ja bekannt, daß auch der deutsche Käufer fast nur die Luxusausführungen kauft und nicht die Standardtypen. Trotzdem stehen wir mit den Ford-Werken auf dem Standpunkt, daß der Personenwagen kein Luxusgegenstand, sondern ein Werkzeug des täglichen Bedarfs ist. Er erhöht den Wirkungsgrad des Wirtschaftslebens und hebt den Wohlstand. Die Amerikaner haben nicht so viele Automobile, weil sie wohlhabend sind, sondern sie sind wohlhabend, weil sie so viele Automobile haben. Es wäre an der Zeit, daß bei den deutschen und bei den Besatzungsbehörden diese Gedanken Fuß faßten und wirtschaftlich nicht vertretbare Einschränkungen, wozu auch das in der englischen und amerikanischen Zone bestehende Sonntagsfahrverbot gehört, beseitigt werden.

Der Auftragseingang ist auch bei den Ford-Werken für die Personenwagen wesentlich höher als die Liefermöglichkeiten, so daß auch für den „Taunus" die Käufer viele Wochen warten müssen, bis sie beliefert werden. Das Lastwagengeschäft liegt überall in der deutschen Autoindustrie schwach; wir haben nämlich in Deutschland noch 30 % mehr Lastwagen z. Zt. als im Frieden. Dagegen ist der Personenwagenbestand gerade 50 % von dem des Friedens.

Zur Zeit beschäftigt das Werk 3500 Arbeiter und 800 Angestellte. Die Produktionsziffern der letzten drei Monate zeigen für August 1375 Einheiten, für September 1848 Einheiten und für Oktober 3056 Einheiten.

Motorenfließband — Werkbild Ford (5)

Der fertige Taunus läuft vom Band. Der Prüfer sitzt am Steuer.